

Politikberatung kompakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

2021

Zusammenhalt in Corona-Zeiten: familienwissenschaftliche Perspektiven

C. Katharina Spieß, Daniel Deckers und Jörg M. Fegert (Herausgeber)

IMPRESSUM

© DIW Berlin, 2021

DIW Berlin
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49 (30) 897 89-0
Fax +49 (30) 897 89-200
www.diw.de

ISBN 978-3-946417-54-5
ISSN 1614-6921

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
des DIW Berlin ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

DIW Berlin: Politikberatung kompakt 163

Herausgegeben von
C. Katharina Spieß^{1,2}
Daniel Deckers³
Jörg M. Fegert^{1,4}

Zusammenhalt in Corona-Zeiten: familienwissenschaftliche Perspektiven

Berlin, 2. Februar 2021

¹ Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen

² Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin / E-Mail: kspiess@diw.de

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

⁴ Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ulm

Inhaltsverzeichnis

1 Hintergrund.....	2
2 Familie ist mehr!	4
3 Trautes Heim – Arbeit allein?	10
4 Neue Lebensphase? Studierende müssen länger warten.....	16
5 Für pflegende Familien wird nicht geklatscht	23
6 Ein Digitalpakt für Kitas ist überfällig	29
7 Wenn Eltern überfordert werden	36
8 Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen	42
9 Familien nicht mit der Gießkanne fördern	50
10 Wenn zwei sich streiten	56
11 Ankommen im Lockdown	62
12 Das falsche Signal	68
13 Die Schere geht auseinander.....	74
14 Dazugehören und zusammenhalten	82
15 Autorenliste	91

1 Hintergrund

Familien sind das Grundgerüst unserer Gesellschaft. Die Corona-Pandemie hat daran nichts geändert – im Gegenteil. Corona hat nicht nur gezeigt, wie wichtig Familie für den Zusammenhalt im Privaten sein kann, sondern auch für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Gleichwohl hat die Politik das Thema Familie am Beginn der Pandemie kaum wahrgenommen. Inzwischen ist allen klar, dass es ohne die Familien nicht geht. Doch Familien sind vielfältig, sie haben sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Bedarfslagen, und das nicht nur in Abhängigkeit davon, in welcher Phase des Familienlebens sie sich gerade befinden.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben zusammen mit ausgewählten Kolleginnen und Kollegen aus den Familienwissenschaften Herausforderungen und auch Chancen für Familie in Zeiten der Pandemie und auch danach beschrieben. Jeweils zwei oder drei Autorinnen und Autoren haben sich in insgesamt zwölf Essays ausgewählten Aspekten der Familie in Zeiten der Corona-Pandemie gewidmet. Die Essays wurden zunächst in Form einer Serie der FAZ.NET im Dezember letzten Jahres und im Januar diesen Jahres veröffentlicht.

Dabei ist eine Sammlung von Analysen und Empfehlungen entstanden, welche es der Politik ermöglicht, Hintergründe, Argumentationen und Ansatzpunkte für eine nachhaltige Familienpolitik während und nach der Pandemie zu finden. In diesem Band liegen die Texte nun auch gebündelt vor. Diese Sammlung macht wieder einmal deutlich, dass Politik für Familien ein Querschnittsthema ist. Was in angrenzenden Politikfeldern wie der Arbeitsmarkt-, der Bildungs-, der Wohnungs- oder der Gesundheitspolitik entschieden wird, berührt die Lebenswelt der Familien oft mehr, als den jeweiligen Akteuren bewusst ist.

Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen ist eines der ältesten Gremien in der wissenschaftlichen Politikberatung der Bundesrepublik. Mit seiner bestehenden Satzung feierte er im letzten Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Üblicherweise äußert sich der Beirat in Gutachten und Stellungnahmen, die auf regelmäßig stattfindenden Präsenzsitzungen abgestimmt sind. Aufgrund der Corona-Pandemie trifft sich der Beirat seit dem Sommer 2020 in digitalen Sitzungen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen in der Corona-Pandemie haben Beiratsmitglieder beschlossen, die sonst hinter verschlossenen Türen stattfindenden Diskussionsprozesse in der interdisziplinären Zusammenarbeit in dieser Essayform der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es gibt bereits erste Daten zur Situation der Familie im ersten Lockdown, diese sind aber längst noch nicht so ausgewertet, dass sie dazu dienen könnten, um Familienpolitik während der Corona-Pandemie umfassender zu bewerten und daraus Schlüsse zu ziehen.

Im akuten Prozess muss vielmehr ergebnisoffen immer wieder reflektiert und nachgesteuert werden. Die Beiträge sind deshalb eine Momentaufnahme und Anregung zur weiteren Diskussion über die Bewältigung der Krise. Wir wünschen Ihnen im Interesse der Familien eine gute Lektüre und hoffen auf zahlreiche Rückmeldungen!

C. Katharina Spieß, Daniel Deckers und Jörg M. Fegert

2 Familie ist mehr!

Heiner Fangerau und Maria Griemert

Veröffentlicht in FAZ.NET am 5.12.2020

Seit mehr als neun Monaten hält uns die Pandemie in Atem. Für die Familien werden die Zeiten nicht einfacher. Und die Politik sendet fatale Signale.

Die Corona-Pandemie stellt die Gesellschaft vor große familienethische Herausforderungen. Einige davon treten in der aktuellen Debatte über Weihnachten als Familienfest besonders hervor. Sie möchten wir kritisch kommentieren. Denn der politische Umgang mit dem Weihnachtsfest scheint über weite Strecken von einem Familienbild getragen, das wir längst überwunden glaubten.

Als im März 2020 die Covid-19-Pandemie Deutschland erreichte, wurden fast über Nacht rund 20 Millionen Menschen zur „Risikogruppe“. Einer extrem großen und extrem heterogenen Gruppe von Menschen unterschiedlichster physischer und psychischer Voraussetzungen wurde ein (im Vergleich zu anderen) höheres Risiko vorhergesagt, schwer zu erkranken oder sogar an oder mit Covid-19 zu versterben. Lebensalter und / oder Vorerkrankungen dienten und dienen dabei bis heute als leicht zu identifizierende und leicht zu begreifende Risikofaktoren.

Die politische Strategie zielte darauf ab, die Verbreitung des Coronavirus durch Einschränkung von Kontakten zu verlangsamen. Unter dem Eindruck in die Höhe schnellender Infektionszahlen und beeindruckt von Berichten aus Italien als einem Land im Ausnahmezustand, das seiner Erkrankten und Toten nicht mehr Herr werde, entfaltete sich hierzulande eine breite, mediale Kampagne.

Diese zielte auf die angenommene Risikogruppe und teilte in besonderer Weise Generationen bis auf die kleinstmöglichen (Familien-) Einheiten auf. Auf der einen Seite stand die Kernfamilie mit dem Idealbild von Vater, Mutter und Kind als Gefährdende. Auf der anderen Seite standen die Großeltern und andere ältere Verwandte als Gefährdete. Ein internes Strategiepapier des Bundesministeriums des Inneren verstärkte im April 2020 diese Lesart der geteilten Gruppen durch den Rat, in der medialen Risiko-Kommunikation einen Fokus auf die Gefahr zu legen, die

gerade von Kindern als stillen Verteilern des Virus für ihre nächsten Familienangehörigen ausgehe.

Welchen Einfluss die Distanzierungsaufappelle auf das Verhalten der Bürger hatten und weiterhin haben, lässt sich nicht auf einen Nenner bringen. Im Umfeld der Familie, der Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen traten in den vergangenen Monaten unterschiedlichste Risikoeinschätzungen und daraus resultierende Strategien zur Alltagsbewältigung unter Pandemiebedingungen zu Tage. Persönliche Gefährdungslagen, Bildungsgrad oder Lebensstile scheinen die individuellen Einschätzungen nicht ausreichend zu erklären. Der Erfolg der von einer breiten medialen Basis getragenen Kommunikationsstrategie lässt sich bei allen Unterschieden jedoch daran ablesen, dass der Kontakt zwischen Großeltern- und Enkelgeneration erheblich eingeschränkt wurde. So berichtet das Deutsche Jugendinstitut (DJI), dass viele Kinder seit dem Frühjahr deutlich weniger Zeit mit ihren Großeltern verbringen, als vor der Pandemie.

Kinder als „stille Superspreader“?

Eine solche intergenerationelle Distanzierung mag unter virologischen beziehungsweise epidemiologischen Gesichtspunkten wünschenswert und rational sein. Selbst der rhetorisch fragwürdige Alarmismus bezüglich der – zwischenzeitlich widerlegten – Rolle der (jüngeren) Kinder als „stille Superspreader“ oder „Virenschleudern“ mochte im Frühjahr vor dem Hintergrund der damals herrschenden Unwissenheit und Unsicherheit seine Berechtigung gehabt haben, diente er doch dazu, mit drastischen Worten menschliches Verhalten so zu lenken, dass die Verbreitung des Virus sich verlangsamte.

Gleichzeitig birgt diese familiäre Distanzierung die Gefahr, sich von einer ursprünglich kurzfristig angelegten Maßnahme der Krisenbewältigung zu einem langfristigen Trend mit familienpolitisch schwer zu überblickenden Folgen zu verstetigen. Die Pandemie hält uns nun seit rund neun Monaten in Atem. Weitere drei bis vier Monate werden wohl noch vergehen, ehe die hohen, jahreszeitlich bedingten Infektionszahlen stabil sinken werden. Die Impfkampagne, auf der derzeit alle Hoffnungen ruhen, wird – selbst bei ausreichenden Produktionszahlen – aufgrund der Verteilungslogistik wohl mindestens bis Jahresende 2021 gehen müssen, ehe sie für eine deutliche Entspannung bezüglich der Risikogruppen sorgen kann.

Dieser Zeitraum von (mindestens) eineinhalb Jahren ist gerade aus Kindersicht unüberschaubar lang. Für deren Entwicklung sehen wir noch andere Gefahren als das Virus, wenn der sich abzeichnende Trend des physischen Kontaktabbruchs der Familiengenerationen fortsetzt. Jüngere Kinder sind zum Aufbau und Verstärkung von Vertrauen und emotionaler Nähe auf „echte“ persönlichen Kontakte angewiesen. Telefonate, Zoom-Konferenzen und Päckchen von Großeltern oder Patentanten und -onkeln ersetzen langfristig nicht das physische Zusammentreffen.

Betrachten wir das Familienbild vom anderen Ende her, um die pandemische Herausforderung für Familien zu verdeutlichen: In den vergangenen Jahrzehnten fungierte als ein Leitbild der Familienpolitik das Wort von dem „ganzen Dorf“, das benötigt werde, um ein Kind großzuziehen. Hiermit sind nicht nur die materielle Ausstattung der Familien oder die Bereitstellung von Ganztagsangeboten der institutionellen Betreuung gemeint, sondern gerade auch die für ein gesundes, vertrauensvolles Aufwachsen unabdingbare Einbindung eines Kindes außerhalb der Eltern-Kind-Beziehung in soziale Geflechte der weiteren Familie, der Nachbarn und der Freunde.

Familie ist mehr als Vater, Mutter, Kind

Aus der Perspektive der Pandemiebekämpfung wird „Familie“ jedoch ausschließlich als Kernfamilie verstanden, als die in einem „Haushalt“ zusammenlebende Konstellation aus Vater-Mutter-Kind. Dies erscheint als mittel- und langfristige Strategie gesellschaftlich als hochproblematisch:

Zum einen entsprach und entspricht die absolute Konzentration auf die Kleinstfamilie zu keiner Zeit den vielgestaltigen Formen und Aufgaben, die Familie für eine gelingende Gesellschaft und das Wohlbefinden des Einzelnen hat. Zum anderen blendet dieses auf Blutsverwandtschaft und geteilten Wohnraum abhebende Familienbild alle nicht-verwandtschaftlichen Konstellationen der emotionalen Bindung und Verantwortungsübernahme füreinander aus. Gerade alleinstehende Menschen pflegen oftmals enge Freundschaften, die als so wichtig empfunden werden, dass sie ebenso „Familie“ sein können.

Hier tut sich ein Dilemma auf. Wie soll generationenübergreifendes Familienleben auf der einen Seite ermöglicht werden, wenn auf der anderen Seite Kontaktbeschränkungen als Mittel der Wahl zum Schutz vor dem Corona-Virus gleichzeitig logisch erscheinen und politisch forciert

werden? Und warum soll der Rückzug auf die Kern- und Kleinstfamilie das Mittel der Wahl sein? Umfragen und Studien aus den vergangenen Monaten zeichnen vielmehr ein eher düsteres Bild der zu einer Art gesellschaftlichen Kernzelle zusammenschmolzenen Kleinstfamilie: Beklagt wird oftmals eine Überlastung der Eltern-Kind-Beziehung, und das nicht nur auf organisatorischer, sondern gerade auch auf emotionaler Ebene. Eltern können für ihre Kinder nicht „alles“ sein – und sollten es nach gängiger erziehungswissenschaftlicher Meinung (und eventuell intergenerationeller Erfahrung) auch tunlichst vermeiden, es sein zu wollen.

Jugendliche sind auf Kontakte mit Gleichaltrigen und auf eventuell vorhandene andere Familienangehörige angewiesen, um die notwendigen Ablösungsprozesse von ihren Eltern vollziehen und sich sozial zu mündigen Erwachsenen entwickeln zu können.

Sind „Helikoptereltern“ plötzlich erwünscht?

Kontaktbeschränkungen verlangen von Erziehungsberechtigten nun die aktive Unterdrückung dieser Kontakte – mit merkwürdigen Folgen. Zugespitzt könnte man fragen, ob die unter dem Schlagwort von „Helikoptereltern“ feuilletonistisch vielbeklagte Unentrinnbarkeit der Kinder aus dem Schatten ihrer überbesorgten Erziehungsberechtigten durch die Risikogruppendifinition nicht gerade eine fatale Umkehrung erlebt. Lautet etwa ein informeller gesellschaftlicher Auftrag in Pandemiezeiten an die Eltern, ihre Kinder nun besser zu überwachen?

Die Rede von gefährdenden Kindern und gefährdeten Alten kann überdies dazu führen, dass viele Kinder und Jugendliche sich selbst kaum mehr als Bereicherung, sondern vor allem als Gefahr für ihre Umwelt erleben. Sie erfahren schmerzhaft, wie wichtige und oft auch emotional enge Mitglieder der Familie wie die Großeltern sich von ihnen (physisch) abwenden müssen, sollen oder wollen. Fraglich bleibt, ob diese Zurückweisung – so gut sie rational auch begründet und erklärt und natürlich auch beidseitig bedauert wird – dauerhafte Schäden auf der Beziehungsebene hinterlassen wird. Selbst wenn diese These noch belegt werden muss, verlangt es doch der Grundsatz der allgemeinen Minimierung von Risiken, dass schon die Annahme eines möglichen Schadens zu Beschränkungen führen sollte, diese Schäden möglichst gering zu halten.

Auch die mittlere Generation beziehungsweise die Eltern eben jener Kinder, die unter dem nicht nur subjektiv gefühlten, sondern messbaren Kontaktabbrüchen leiden, sind vom Rückzug der

per Altersgrenze definierten „Risikogruppe“ – nämlich ihren eigenen Eltern – betroffen: Neben dem persönlichen Schmerz befördert der vielfach völlige Ausfall der älteren Generation bei der Bewältigung des Familienalltags die allseits festgestellte, große Erschöpfung vieler Eltern. Wenn aber die Mithilfe und die emotionale wie praktische Entlastungsfunktion der Großeltern bei der Erziehung der (Enkel-)Kinder eine familiengeschichtliche Bedeutung hat, dann kann die Verantwortung, die die Großelterngeneration seit Menschengedenken selbstverständlich übernimmt, den Familien nicht bedenkenlos und ohne Ersatzangebot entzogen werden. Andernfalls drohen Überforderung und Frustration auf allen Seiten.

Neben diesen längst in Umfragen messbaren Verwerfungen im Familienleben besteht zudem die Gefahr, dass in Folge auch weitere ungeschriebene Prämissen des Generationenvertrags Schaden nehmen könnten: Werden intergenerationale emotionale Bindungen bewusst über längere Zeiträume geschwächt, ist zu befürchten, dass diese Erfahrung mangelnder Solidarität auch in die andere Richtung wirken könnte: Erfährt die Elterngeneration dauerhaft keine Unterstützung, könnte dies ihre eigene Bereitschaft unterminieren, sich dereinst für pflegebedürftige alte Familienmitglieder zu engagieren.

Vergiftetes Weihnachtsgeschenk

Die bisher für die Kinder- und Elterngeneration beschriebenen Gefahren treffen – und das ist die Ironie und das Problem an der Debatte – in gleichem oder höherem Maße für die Großelterngeneration zu. Der zwischenzeitlich im öffentlichen Diskurs völlig verfestigte Begriff der „Risikogruppe“ wirkt in Kombination mit einer Flut von Sondersendungen und Katastrophendarstellungen im Fernsehen auf viele Menschen alarmierend und gleichzeitig marginalisierend. Schon heute ist Einsamkeit im Alter ein gewaltiges Problem, das sich durch den propagierten Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben, durch die Abkehr von der Familie und durch den Aufruf, selbst einfachste Tätigkeiten zu unterlassen, künftig verschlimmern könnte. Ein Verlust emotionaler Beziehungen durch pandemiebedingte längerfristige Kontaktabbrüche lässt sich im Alter kaum mehr kompensieren. Fähigkeiten der Alltagsbewältigung wie das eigenständige Einkaufen drohen bei einer großen Gruppe der lebensälteren MitbürgerInnen verfrüht zu verfallen, wenn sie zu lange nicht praktiziert beziehungsweise unterdrückt werden.

Soviel zum düsteren Bild, das sich auftut, wenn der verständliche Aufruf zur innerfamiliären Distanzierung nicht aufgebrochen und um Ermöglichungsnarrative bereichert wird. Einen

Ansatz zum Eröffnen der verfestigten innerfamiliären Trennung bot in den letzten Wochen die politische Debatte um eine Öffnung der Kontaktbegrenzungen zum Weihnachtsfest. Das politische Versprechen auf ein Weihnachtsfest im Kreise der Lieben kann aber angesichts der bisherigen Debatte und Risikodefinitionen wie ein vergiftetes Geschenk in der winterlichen Dunkelheit wirken.

Ähnlich wie im Frühsommer, als die Politik den verdienten Sommerurlaub nach den Entbehrungen des Frühjahrs in Aussicht stellte, soll nun zu den Feiertagen die Familie wieder zu ihrem Recht kommen. So schön diese Vorstellung einer Atempause von den derzeitigen Kontaktbegrenzungsmaßnahmen auch ist, und so sehr wir sie für die Familienbeziehungen wünschen, so sehr offenbart sich hier in der medialen Außenrepräsentation der von Bund und Ländern beschlossenen politischen Maßnahmen ein seltsamer Bruch zwischen den derzeitigen Beschränkungen und den ausgelobten Lockerungen zu den Feiertagen.

Gleichzeitig mit der Öffnung von Spielräumen wird gemahnt, verantwortlich mit der Freiheit der Familientreffen umzugehen. So hinterlässt die Politik eine seltsame Ambivalenz. Durch die Fixierung auf das Weihnachtsfest wird auf der einen Seite ein fast biedermeierhaft anmutendes Ideal der heilen Familie unterm Tannenbaum flankiert, das vielleicht am Ende eben doch nur eine Kleinstfamilie umfasst. Der allgegenwärtige Verweis auf die innerfamiliäre Verantwortung legt jeder familiären Zusammenkunft die Bürde der Verantwortung für nichts weniger als die Volksgesundheit auf.

Alltägliche Notwendigkeit statt einmaliger Sause

Es braucht nicht allzu viel Phantasie, um einen argumentativen Turn der politischen Akteure vorauszusagen, der im Januar folgen wird. Steigende Infektionszahlen könnten als Folge des Fests gedeutet werden und verschärfte und / oder bis ins Frühjahr verlängerte Kontaktbeschränkungen nach sich ziehen. Und spätestens an dieser Stelle erkennt man an der aktuellen Weihnachtsdebatte eine absurde Seite: Die derzeitige diskursive Fixierung auf das Weihnachtsfest in Politik und Medien als „große Ausnahme“ fokussiert auf ein Bild von Familie als kitschigem Event. Dieses Bild ist zu kontrastieren mit einer stetig gelebten Familie, wie auch immer man diese für sich definiert, in der Emotion und Verantwortung im Guten wie Schlechten gleichermaßen geteilt werden. Dieses Bild sieht Familie als mehr als alltägliche, humane Notwendigkeit, denn eine einmalige Sause.

Soviel zur Zustandsbeschreibung einer von uns als merkwürdig erlebten Familiendebatte. Wir sehen hier eine kommunikative Herausforderung für die Politik, für die wir nur indirekte Lösungen anbieten können. Die Aufgabe der Politik wird in der kommenden Zeit sein, neben der – im Hinblick auf familiäre Strukturen –wirkungsvollen Schreckens- und Verbotsrhetorik der vergangenen Monate kommunikativ nun vermehrt auf rationale Ermöglichungsräume unter längerfristigen pandemischen Bedingungen zu setzen.

Ausgewogene kommunikative Ansätze könnten darin liegen, weniger auf strikte physisch-räumliche Trennung der Generationen, denn auf wirksame persönliche Schutzmaßnahmen in Gemeinschaft zu setzen. Im Sinne der Familien insgesamt und der Risikogruppe im Besonderen wäre eine Ermutigung zum persönlichen Kontakt mit Zuhilfenahme geeigneter Schutzmaßnahmen eventuell zielführender als die erbitterte Verhandlung von Personenhöchstzahlen. Dies könnten zum Beispiel im Tragen wirksamer Schutzmasken (FFP2-Masken) bestehen, in der kostenfreien oder zumindest vergünstigten Bereitstellung barrierearm erreichbarer Schnelltestmöglichkeiten für Familienbesuche von Angehörigen und so weiter.

Kurz: Wir benötigen mehr denn je Kommunikationsstrategien, die den Wert und die Fragilität persönlicher Beziehungen als zu schützendes Gut in ihrer Risikobewertung anerkennen und einbeziehen – ohne dabei den Grundgedanken des Schutzes der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu negieren.

3 Trautes Heim – Arbeit allein?

Martin Diewald und Katja Nebe

Veröffentlicht in FAZ.NET am 8.12.2020

Mehr Flexibilität bei der Wahl des Arbeitsortes wäre gut. Aber Küchentisch, Sofa oder Schlafzimmer taugen nicht als Dauerlösung.

Arbeit von zu Hause ebenso wie mobiles Arbeiten von wechselnden Orten außerhalb des Betriebs sind neue Arbeitsformen, über die schon länger intensiv diskutiert wird – und kontrovers. Europaweit war schon um die Jahrtausendwende die Debatte über die Rechte und Pflichten, die mit beiden Arbeitsformen zusammenhängen, in vollem Gang. Statt einer

europäischen Richtlinie für die Regulierung solcher zeitlich und räumlich entgrenzter Arbeitsformen gibt es mittlerweile eine Vereinbarung über Telearbeit, die die Sozialpartner für Europa getroffen haben. Dahinter stand die Idee, die Flexibilisierungspotentiale dieser neuen Arbeitsformen nutzen zu können.

Deutschland hat sich danach bei der Ermöglichung von mobiler Arbeit und Homeoffice im Vergleich zu den meisten anderen Ländern zurückgehalten. Sehr uneinheitliche Untersuchungsergebnisse über den Erfolg von Arbeit von zu Hause hinsichtlich Vereinbarkeits- und Einkommenschancen, Gesundheitsfolgen und Lebensqualität sowie Produktivität schienen diese Zurückhaltung zu bestätigen. Dennoch verschwand der Ruf nach mehr Flexibilität hinsichtlich des Arbeitsortes nicht aus der öffentlichen Diskussion und von der politischen Agenda, und zwar aus gutem Grund.

Arbeit von zu Hause kann nämlich Menschen mit Einschränkungen oder konkurrierenden Verpflichtungen die gleichberechtigte berufliche Teilhabe ermöglichen, vor allem Menschen mit Behinderungen, Müttern und Pflegenden. Homeoffice und mobile Arbeit stehen zugleich für mehr Gestaltungsspielräume und Wahlmöglichkeiten von Beschäftigten, insbesondere von Vätern. Damit kann es die partnerschaftliche Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit erleichtern und dazu beitragen, stereotype Rollenbilder vom vollzeitarbeitenden Vater und der teilzeitarbeitenden Mutter beziehungsweise pflegenden (Schwieger-)Tochter zu überwinden.

Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie änderte sich die Situation dramatisch. Für viele Beschäftigte wurde plötzlich und ungefragt die eigene Wohnung zum Arbeitsplatz. Auch die schnell auf den Weg gebrachten Umfragen über diese neue Situation machten deutlich, dass mit Arbeit von zu Hause nicht alle Beschäftigten gleich gut auskamen. Manche blühten auf, andere sehnten sich nach dem Büro. Besonders Familien mit kleinen Kindern, Heranwachsenden und pflege- bzw. betreuungsbedürftigen Angehörigen waren einer erheblichen Zusatzbelastung ausgesetzt; entsprechend sank ihre Lebenszufriedenheit im Durchschnitt deutlich.

Eltern leisten nun zu Hause Erwerbsarbeit, Sorge- und Betreuungsarbeit, unterstützen ihre Kinder bei der Beschulung zuhause – und dies nicht selten alles gleichzeitig. Zum einen dient die Arbeit von zu Hause als wichtige Maßnahme, Arbeitsausfälle wegen Kontaktbeschränkungen oder angeordneter Schließungen zu vermeiden. Homeoffice wird aber auch gewählt, um die Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen während der

Schließung von Schulen, Kitas, Heimen oder Werkstätten für behinderte Menschen sicherzustellen, ohne gleichzeitig die Erwerbsarbeit gänzlich ruhen lassen zu müssen.

Diese dynamische Umstellung war vor allem von einer hohen Bereitschaft der Beschäftigten abhängig, sich kurzfristig und unbürokratisch auf diese gänzlich veränderte Organisation ihrer Arbeit einzulassen. Eltern und pflegende Familien mussten dabei einen doppelten Rückgang von Unterstützung bewältigen: denjenigen institutioneller Einrichtungen im Bildungs-, Betreuungs- und Pflegebereich ebenso wie unterstützender Personen, insbesondere der Großeltern, aber auch anderer Netzwerke. Man konnte wie unter einem Brennglas sehen, was die Ermöglichung von Arbeit zu Hause auch mit sich bringen kann, nämlich eine Isolierung der Eltern-Kind-Beziehung als leicht mobilisierbare Notfallreserve, wenn als nicht alleinzuständiger Instanz für alle Betreuungsaufgaben.

So drastisch wird es nach der Pandemie nicht mehr werden, doch entspannte Vereinbarkeit sieht sicher anders aus. Auch notwendige Fortschritte in der Gleichstellung der Geschlechter durch partnerschaftlich gestaltete Familienmodelle dürften eher bei geringerem unmittelbarem Druck zu erzielen sein.

Kein schnelles Zurück an den betrieblichen Arbeitsplatz

Der vergleichsweise für moderat befundene Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland wird auch auf die Anpassungsfähigkeit und -leistung der Erwerbstätigen zurückgeführt. Nun aber zeigen die Prognosen über die Dauer der Pandemie, dass es ein schnelles Zurück für alle an den betrieblichen Arbeitsplatz nicht geben wird. Arbeit von zu Hause wird uns als eine wichtige Organisationsform von Erwerbsarbeit längerfristig begleiten.

Denn die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten haben viele Skeptiker im Management davon überzeugt, dass Homeoffice selbst unter schwierigsten Bedingungen funktionieren kann. Dennoch sind die Zweifel vieler Unternehmen an der Produktivität dieser Arbeitsform nicht quasi über Nacht verschwunden, wie die jüngste Umfrage des ifo-Instituts bestätigt. Allerdings sehen Unternehmen auch die Gestaltungs- und Einsparmöglichkeiten, die der Wegfall von langen Pendelzeiten, die Einschränkung von Dienstreisen und die Einsparung teurer Büroflächen mit sich bringen kann.

So befindet sich die Diskussion über Arbeit zu Hause derzeit irgendwo zwischen einem noch verweigerten Recht auf ortsflexibles Arbeiten und einer stattdessen drohenden Pflicht dazu gegen den Willen von Beschäftigten. Sinnvollerweise sollte es jetzt darum gehen, die Rahmenbedingungen für Arbeit von zu Hause so zu gestalten, dass die offensichtlichen Chancen genutzt und gleichzeitig die offensichtlichen Risiken minimiert werden.

Neue Konfliktlinien

Es wäre falsch zu glauben, dass das so einfach wäre. Arbeit von zu Hause durchlöchert die seit Beginn der Moderne doch recht festgefügte Abgrenzung zwischen Berufs- und Privatleben. Dadurch entstehen neue Konfliktlinien zwischen beiden Bereichen, die bedacht werden müssen. Aus der Perspektive der vergangenen hundert Jahre gibt es dafür keine Vorbilder. Es sind Dilemmata zu lösen, die in die eine oder andere Richtung Kompromisse erfordern.

Zuvorderst zu nennen ist hier der Konflikt zwischen dem Schutz der Privatsphäre auf der einen und dem Bedürfnis des Arbeitgebers nach Erfassung und Kontrolle von Arbeitsleistung auf der anderen Seite. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Spannungsverhältnis zwischen größtmöglicher Transparenz durch detaillierte Regelungen und einem Vertrauen, das flexibleres Handeln erleichtert. Schließlich geht es auch um das Verständnis eines Betriebs als Ort der Sozialintegration: Wie wird die Grenze gezogen zwischen dem Bedürfnis der zusammen arbeitenden Menschen, sich auch persönlich zu begegnen und sich kennenzulernen, und einer definierten, davon zu trennenden Arbeitsleistung?

Der Küchentisch ist keine Dauerlösung

Es geht jetzt darum, alle Beteiligten darin zu unterstützen, allseits als fair empfundene Lösungen für diese und weitere Dilemmata zu finden. Was ist beispielsweise, wenn Beschäftigte wünschen, von zu Hause aus zu arbeiten, dafür aber die als notwendig erachteten Bedingungen des Arbeitsschutzes nicht gegeben sind? Während der Pandemie wurde auch in der Küche oder auf dem Sofa im Wohnzimmer dauerhaft gearbeitet, weil es sich kurzfristig nichts anders einrichten ließ. Aber soll dies eine akzeptable Dauerlösung sein? Die Wohnung als besonders geschützte Privatsphäre kann vom Arbeitgeber zwar nicht ohne Zustimmung der Beschäftigten betreten oder daraufhin kontrolliert werden, ob die Vorgaben für den Arbeitsschutz eingehalten werden. Informationen und Unterweisungen beispielsweise sind allerdings auch ohne Zutritt möglich.

Ergonomische Arbeitsmittel können bereitgestellt werden, auch kann auf den ergonomiegerechten Einsatz privater Mittel hingewirkt werden. Unzureichende Gesundheitsprävention im Betrieb, zum Beispiel durch nicht eingehaltene Pausen oder durch einen ungesunden Arbeitsrhythmus, setzt sich häufig zu Hause fort. Untersuchungen belegen erhöhte Beeinträchtigungen von Gesundheit und Wohlbefinden, weil Arbeitspausen oder notwendige Familien- und private Zeiten durch betriebliche Anlässe gestört werden.

Schutz vor ungesunder Selbstaussbeutung

Diese Risiken sind vom Arbeitgeber zu ermitteln, auch wenn die Beschäftigten zu Hause arbeiten. Bei der Arbeit im Privatbereich gilt es überdies, die Beschäftigten vor ungesunder Selbstaussbeutung zu schützen und sie auf die Risiken hinzuweisen, die aus Zeitkonflikten, beengten Wohnverhältnissen und dem Interessenausgleich mit weiteren Familienmitgliedern resultieren können.

Die Lösung der Dilemmata im Stile der Ratgeberliteratur den einzelnen Familien und der individuellen Verantwortung zu überlassen („Ihr müsst euch nur besser organisieren“) ist bestenfalls naiv. So einfach können es sich vor allem die Arbeitgeber nicht machen. Probleme und Konflikte, die tief in der institutionellen Ordnung der Gesellschaft verankert sind, würden individualisiert und privatisiert. Sie müssen jedoch institutionell bearbeitet werden.

Dies muss auf zwei Ebenen geschehen, nämlich im Wege gesetzlicher Regelungen sowie tariflicher oder betrieblicher Vereinbarungen. An der Entwicklung von Lösungen zu beteiligen sind dabei vor allem diejenigen, die davon direkt betroffen sind: die Arbeitenden selbst, aber auch deren Kolleg*innen und Vorgesetzte sowie das betriebliche Management.

Letzteres mag eher in Großbetrieben mit seinen institutionalisierten Interessenvertretungen und Planungsstäben machbar sein. Daher stehen sie mit ihren Modellen auch im Fokus der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit. Aber man muss sich klar machen, dass die weit überwiegende Mehrheit der Beschäftigten nicht in Großbetrieben arbeitet, sondern in Klein- und Mittelbetrieben, die nicht über vergleichbare Ressourcen verfügen, um Lösungen entwickeln zu können.

Gesetzliche Regelungen und politische Appelle allein werden nicht ausreichen, denn sie werden nicht selten innerhalb der Betriebe unterlaufen, wenn sie den dortigen Überzeugungen und der

jeweiligen Organisationskultur entgegenstehen. Betriebliche Vereinbarungen allein würden wiederum das Risiko tragen, dass Verhandlungsergebnisse eher Machtungleichheiten der Verhandlungspartner denn Fairness widerspiegeln. Es bedarf daher der gesetzlichen Rahmung bei gleichzeitiger betriebsverbindlicher Konkretisierung.

Die Politik hat Erwartungen geweckt

Die Covid-19-Pandemie hat in mehrfacher Hinsicht ein Gelegenheitsfenster geöffnet, um auf beiden Ebenen förderliche Rahmenbedingungen voranzutreiben. Vorbehalte, dass Arbeit zu Hause funktionieren kann, sind vielfach beseitigt worden. Arbeitnehmer*innen haben bewiesen, wozu sie unter schwierigsten Bedingungen in der Lage sind, auch und gerade die unter Verdacht stehenden Familien mit ihren vielen Verpflichtungen.

Es wäre bedenklich, berechnete Versprechungen der Politik nicht einzuhalten. Die Koalitionsparteien, die seit 2017 die Bundesregierung stellen, haben mit den Ankündigungen im Koalitionsvertrag die Erwartung geweckt, noch in dieser Legislaturperiode werde ein Recht auf Arbeit zu Hause beziehungsweise auf mobiles Arbeiten arbeitsgesetzlich verankert und zwar gerade auch zum Zweck, Familien die Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit zu erleichtern.

Der von dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Entwurf ist mit einem Anspruch auf 24 Tage im Jahr maßvoll auch in dem Sinn, dass Erfahrungen mit unterschiedlichen betrieblichen Rahmenbedingungen gesammelt werden können. Der Entwurf zielt zudem auf eine Form von Homeoffice, die nach bisherigen Ergebnissen zu funktionieren scheint, nämlich eine Mischung aus Arbeit zu Hause und Anwesenheit im Unternehmen. Gesetzliche Regelungen für den Arbeitszeit- und Gesundheitsschutz sowie den Datenschutz bei der Arbeit zu Hause wie auch der Informationsansprüche des Arbeitgebers im Verhältnis zum Schutz der Privatsphäre dürfen nicht weiter mit dem Argument verschleppt werden, dass Überregulierung schädlich sei und diese die Flexibilität einschränke.

Was jetzt unter gesetzlich weitgehend unregulierten Bedingungen von vielen Beschäftigten freiwillig ermöglicht oder gar von ihnen erwartet wird, soll die Unternehmen bei einer gesetzlichen Flankierung bürokratisch überfordern? Vielmehr helfen solche Regelungen, Handlungsunsicherheiten zu beseitigen, die einem Gelingen von Arbeit zu Hause bisher entgegenstehen. Es ist schlicht irreführend, wenn Regulierung und Flexibilisierung als

Gegenpole behandelt werden. Existentielle Absicherung und die Beseitigung von lähmenden Erwartungsunsicherheiten unterstützen gerade die Fähigkeit zur Flexibilität. So würde Arbeit zu Hause „Flexicurity“ als Leitbild der EU-Sozialpolitik in einem wichtigen Bereich neuer Arbeitsformen einlösen.

Die Herstellung von Erwartungssicherheit und sozialer Absicherung durch gesetzliche Regelungen sollte durch Anstrengungen ergänzt werden, die bei den betrieblichen Beteiligten die Handlungsfähigkeit unterstützen. Gerade für die Klein- und Mittelbetriebe ohne eigene Planungsabteilungen gilt es, Musterlösungen für gelingende, als fair empfundene mobile Arbeit bzw. Homeoffice auf Basis wissenschaftlicher Studien zu entwickeln. Darin sollten Trainingsprogramme für Mitarbeiter*innen und Vorgesetzte nicht fehlen. Arbeit zu Hause muss vielfach gelernt werden, denn es strapaziert die Fähigkeiten zur Selbstorganisation ebenso wie Führungskompetenzen, die traditionell auf umfassende Präsenz der Beschäftigten ausgelegt sind.

Wir haben über mehrere Generationen hinweg gelernt, Berufs- und Privatleben räumlich und zeitlich zu trennen. Dass eine Institutionalisierung von Homeoffice in verschiedenen Formen für verschiedene Bedürfnisse einige Überlegungen erfordert, ist deshalb alles andere als erstaunlich. Aber es lohnt sich, denn die Potentiale der Arbeit zu Hause sind offensichtlich - und werden von den Beschäftigten immer stärker nachgefragt.

4 Neue Lebensphase? Studierende müssen länger warten

Miriam Beblo und Evelyn Korn

Veröffentlicht in FAZ.NET am 9.12.2020

Studium und Lehre sind mehr als die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten. Doch wie können die Ablösung von Zuhause und Wissenschaft unter Corona-Bedingungen noch funktionieren?

Welche Konsequenzen hat die Corona-Pandemie für junge Erwachsene, die sich gerade vom elterlichen Haushalt lösen oder eine eigene Familie gründen wollen? Vor allem zwei Gruppen junger Menschen sind es, die diese Frage umtreibt: Da sind zum einen diejenigen, die nach dem

Abschluss der Schule oder eines Studiums eine Ausbildung oder Berufstätigkeit aufnehmen wollen und durch ein verringertes Stellenangebot daran gehindert werden, diesen nächsten Lebensschritt zu gehen. Und dann sind da diejenigen, die sich gerade im Studium oder in der Promotion befinden und erheblich veränderte Lebens- und Studienbedingungen vorfinden als noch vor einem Jahr.

Für die Rolle von Familie in der Gesellschaft sind die Bedingungen für den Übergang von der Ursprungsfamilie in eine neue Lebensphase wichtig – deshalb hat der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen sich regelmäßig auch mit den Bedürfnissen von Familien mit älteren Kindern und Jugendlichen sowie mit denen junger Erwachsener im Familienkontext befasst. Die durch Covid-19 veränderten Lebensumstände für diese im Übergang befindliche Gruppe wollen wir hier beleuchten.

Etwa 55 bis 60 Prozent der Geburtsjahrgänge 1995 bis 2001, also der studierfähigen Millennials, haben nach dem Abitur oder bald darauf ein Studium aufgenommen. Die meisten von ihnen befinden sich noch in der Hochschulausbildung. Der Anteil derer, die nach dem Masterabschluss noch eine Doktorarbeit schreiben, ist zwar deutlich geringer, aber dennoch erheblich: Laut der ersten Promovierendenstatistik des Statistischen Bundesamtes gab es in Deutschland im Jahr 2017 mehr als 150.000 Promovierende.

Es ist den deutschen Hochschulen im Sommersemester 2020 und im laufenden Wintersemester gelungen, ihren grundgesetzlichen Bildungsauftrag insofern zu erfüllen, als sie – entgegen mancher Erwartung im Frühjahr – einen wahren Digitalisierungsschub erfahren haben und flächendeckend Lehrangebote für alle Studierenden unterbreiten konnten. Dieser Innovationsschub, der durch die Länder unterstützt wurde, war ohne Zweifel hilfreich, um Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf das multidisziplinäre, ortsverteilte Arbeiten des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Aber: Studium ist mehr als die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten. Alle Landeshochschulgesetze geben in jeweils leicht unterschiedlichen Worten ihren Hochschulen als zusätzliche Aufgabe auf, die Absolventinnen und Absolventen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu befähigen. Diese Befähigung fußt nicht zuletzt auf der Voraussetzung, die Zeit des Studiums und der Promotion als eine wichtige Übergangsphase in

ein selbstbestimmtes, von den Eltern unabhängiges (Erwachsenen-)Leben gestalten zu können. Dieser Entwicklungsschritt ist durch die Corona-Pandemie gefährdet: Ein relevanter Teil der Studierenden konnte und kann das Studium trotz der intensiven und überwiegend erfolgreichen gemeinsamen Bemühungen auf allen Seiten nur mit erheblichen Einschränkungen und Verzögerungen fortsetzen.

Viele Studierende haben ihre Jobs verloren. Diese stellen neben der Unterstützung durch die Eltern ihre zweitwichtigste Einnahmequelle dar. Im Durchschnitt tragen sie zu einem guten Viertel zum Einkommen bei. Nach Analysen des DIW betrifft der Wegfall der Studierendenjobs überproportional Studierende mit niedriger Bildungsherkunft. Diese sind nicht nur häufiger auf einen eigenen Verdienst angewiesen, sondern beziehen diesen auch häufiger aus einer fachfremden Tätigkeit, etwa in der Corona-abhängigen Gastronomie oder im Einzelhandel. Diejenigen Studierenden dagegen, die in fachnäheren Tätigkeiten als Hilfskräfte an den Universitäten beschäftigt sind, haben häufiger einen akademischen Familienhintergrund und ihre Jobs in aller Regel behalten. Die Studienfinanzierung wird somit noch stärker von der sozialen Herkunft abhängig.

Daheim und unterwegs: Einschränkungen allerorten

Der Verlust des Einkommens hat viele Studierende dazu gezwungen, in die elterliche Wohnung zurückzukehren. Weil diese typischerweise an einem anderen als dem Studienort liegt, ist ein Studium nur noch auf Distanz möglich. Der Austausch mit anderen Studierenden, die Teilnahme an studentischen Aktivitäten vor Ort oder auch nur das informelle Treffen in Mensa oder Bibliothek – Institutionen, die vielerorts zumindest in beschränktem Umfang schnell wieder zur Verfügung standen – sind nahezu ausgeschlossen.

Auch diejenigen, die am Studienstandort bleiben konnten, haben mit erheblichen Einschränkungen zu kämpfen. Neben dem Einkommensverlust und den damit verbundenen Einschränkungen für den Alltag sowie der Sorge, wie das Studium überhaupt weitergehen kann, gehören dazu Restriktionen, die eng mit studentischen Lebensformen verbunden sind: Große Wohngemeinschaften und auch viele Wohnheime sind an die Kapazitätsgrenzen ihres Internetzugangs gestoßen. Die Teilnahme an Distanzformaten ist daher nur schwer verlässlich organisierbar. Diejenigen, die alleine wohnen oder möglicherweise frisch in eine Lebensgemeinschaft mit einem neuen Partner / einer neuen Partnerin gestartet sind, waren durch die Beschränkungen des Bewegungsspielraums von sozialen Kontakten abgeschnitten.

Zum Teil litt auch der Kontakt mit der eigenen Familie, weil etwa Reisebeschränkungen galten oder ältere Angehörige nicht gefährdet werden sollten.

All diese Einschränkungen haben sich mit einer gewissen Verzögerung in einer vermehrten Nachfrage bei den Beratungsstellen der Hochschulen niedergeschlagen. Ferner sind sie Ursache für einen Trend, der an vielen Hochschulen zu beobachten ist, dass nämlich die Anzahl der im Sommer absolvierten Prüfungen unter dem Schnitt der Vorjahre liegt.

Neben der Frage, wie diese negativen Begleiterscheinungen baldmöglichst kompensiert werden können, stellt sich auch die Frage nach den Folgen für Studium und Lehre in „Nach-Corona“-Zeiten. Sollten alle Studierenden ihr Studium wieder regulär aufnehmen, müsste die daraus folgende Mehrbelastung durch Unterstützung der Lehrenden und Prüfenden abgedeckt werden – insbesondere müssen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Qualifikationsphasen unterstützt werden, die einen guten Teil der Prüfungslast tragen.

Freilich ist unklar, ob alle Studierenden wieder an die Hochschulen zurückkehren werden. Die erschwerte Studienfinanzierung könnte zu mehr Studienabbrüchen von Studierenden aus nicht-akademischen Elternhäusern führen. Damit verschärfte sich nicht nur der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch die Bildungsungleichheit. Darüber hinaus zeigt sich eine große Zahl von Studierenden mit der aktuell notwendigen Selbstorganisation und -motivation sowie mit der Bewältigung der neuen sozialen Situation überfordert – sei es wegen der unfreiwilligen Rückkehr in die Kindsituation in der Ursprungsfamilie oder wegen der Isolation. Das könnte die Entscheidung befördern, das bisher gewählte Studium aufzugeben.

Studierende beim Erwachsenwerden begleiten

Diejenigen, welche die Studierenden beim Erwachsenwerden begleiten, sind zumeist Mitarbeitende an den Professuren oder in der Studienberatung – viele von ihnen haben befristete Beschäftigungsverhältnissen und sind selbst noch in der Qualifikationsphase. Etwa 25 Prozent der männlichen Promovierenden und 30 Prozent der weiblichen empfanden ihre finanzielle Situation laut der hochschulübergreifenden Promovierendenbefragung NACAPS schon vor Corona als nicht ausreichend beziehungsweise nicht stabil und damit nicht planungssicher.

Die finanzielle Unsicherheit bringt vor allem diejenigen mit Familienverantwortung – ein gutes Sechstel der Promovierenden haben gemäß NACAPS schon mindestens ein Kind – in eine schwierige Lage. Nicht nur an unseren Hochschulen gibt es schon erste Anzeichen dafür, dass die Zahl derer steigt, die ein Promotionsvorhaben aufgeben könnten. Zudem steigen der Bedarf an Beratung für außerakademische Karrierewege sowie die Nachfrage nach Bewerbungstrainings. Insbesondere Promovendinnen scheinen sich mit Überlegungen dieser Art zu tragen.

Nun wird aller Vermutung nach nicht mit jedem dieser Schritte ein einzigartiges wissenschaftliches Talent verschleudert. So manche Entscheidung, ein Promotionsvorhaben aufzugeben, mag schon länger gereift sein und wurde durch die abrupte Änderung der Studienbedingungen nur noch beschleunigt. Dennoch ist auch hier – genauso wie bei den Studierenden – ein sozialer Gradient zu vermuten: Denn der Anteil der Promovierenden aus nicht-akademischem Elternhaus ist noch stärker unterproportional als bei den Studierenden in Bachelor- oder Masterprogrammen, und es ist zu vermuten, dass er sich durch die nun engeren finanziellen und zeitlichen Bedingungen noch weiter verringert.

Soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Blick behalten

Neben den sozialen sind auch die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Blick zu behalten. Schon kurz nach den ersten pandemiebedingten Einschränkungen und der damit verbundenen Schließung von Schulen und Kitas im Frühjahr 2020 meldeten einige internationale Wissenschaftsverlage, dass die Zahl der Manuskripte von Wissenschaftlern steige. Wissenschaftlerinnen kamen augenscheinlich seltener dazu, Forschungspapiere zu verfassen. Während sich die anfängliche Befürchtung einer Retraditionalisierung der familialen Arbeitsteilung im nichtwissenschaftlichen Bereich zwar so nicht bestätigt hat, weil sowohl Frauen wie Männer die zusätzlich anfallende Sorgearbeit gemeistert haben (wenngleich sie im Zweifelsfall auf tradierte Muster zurückgegriffen haben), liegen für die in der Wissenschaft Beschäftigten noch keine verlässlichen Daten vor. Hier könnten die durch das Corona-Jahr verzögerten Karriereperspektiven nicht nur die soziale, sondern auch die Geschlechtergerechtigkeit auf längere Zeit negativ beeinflussen.

Es ist also höchste Zeit, sich mit der Frage zu befassen, wie die Hochschulen als System die veränderte Welt „nach Corona“ gestalten wollen. Schon jetzt ist klar, dass die Wissenschaftslandschaft nicht mehr die Gleiche sein wird. Die Frage, wie Lehre und Forschung

sich durch den Digitalisierungsschub verändern, stellt sich bereits heute. So gibt es im Moment einige Veranstaltungen, die die Erkenntnisse des digitalen Sommersemesters aufgreifen. Auch haben zahlreiche Hochschulen bereits parallel zu der Umgestaltung des Sommersemesters damit begonnen, die Veränderungen der Lehr-Lern-Situation auszuwerten und die Situation der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Blick zu nehmen. Wie sich das Lebens- und Studierverhalten der jetzigen Studierenden verändert, wird bisher noch kaum untersucht.

„Normaler“ Semesterbetrieb erst wieder im Winter 2021/22

Wenn wir uns die Prognose zu eigen machen, dass es einen „normalen“ Semesterbetrieb erst wieder zum Wintersemester 2021/22 geben können, werden dann drei Semester im gegenwärtigen Ausnahmezustand hinter uns liegen. Für die Bachelor-Studierenden, die im Sommer 2020 eingeschrieben waren, bedeutet dies, dass die Hälfte ihres Studiums mit eingeschränkter Präsenz stattgefunden haben wird. Für die Master-Studierenden ist der Anteil wegen der kürzeren Studienprogramme noch größer. Deren Übergang in eine neue Lebensphase wird um mehr als ein Lebensjahr verschoben oder zumindest massiv gestört worden sein. Für eine ganze Generation von Doktorandinnen und Doktoranden wird der bisher gewohnte, unmittelbare wissenschaftliche Austausch nicht die Regel gewesen sein, für junge Eltern der Start in die akademische Karriere besonders herausfordernd. Die informellen Kommunikationswege, mit denen die Konventionen studentischen Verhaltens und das „Wie Promovieren?“ weitergegeben werden, sind mit den Beschränkungen der vergangenen Monate unterbrochen.

Wir haben aber die Chance, die drei Corona-Semester nicht als verlorene Zeit abschreiben zu müssen, sondern können versuchen, die positiven Seiten zu erhalten und die Folgen der negativen möglichst klein zu halten. Was ist dafür nötig? Zunächst brauchen wir weitere Auswertungen jener Corona-bedingten Veränderungen, die über die reine Lehrsituation hinausgehen: Wie hat sich das Studieren insgesamt verändert, wenn nun neue Technologien und damit verbunden neue Arbeitsorganisationen und neue Fragestellungen sowohl in den (virtuellen) Seminarräumen der Buchwissenschaften als auch den (zum Teil ebenfalls digital gestalteten) Laboren der Natur- und Lebenswissenschaften Einzug gehalten haben? Welche Konsequenzen haben diese Veränderungen für die Lebensverhältnisse des akademischen Nachwuchses?

Ganz akut braucht es noch mehr Unterstützung für diejenigen, die gefährdet sind, ihr Studium abzubrechen, weil sie die kurzfristigen Härten nicht überwinden können. Eine große Hilfe für die Studierenden war schon, dass das BMBF und zahlreiche Förderwerke das Sommersemester 2020 als Nullsemester gewertet und so die Stipendienförderung verlängert haben. Diese Regelung sollte auch im Wintersemester weiter gelten, welches mit den neuerlichen Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt eher noch härter für die Studierenden ausfallen wird als der Sommer. Ebenso wichtig wäre die Ausweitung des BAföGs, wie bereits von anderen Seiten gefordert; idealerweise sollte es allen Studierenden bedingungslos zur Verfügung stehen.

Eigenständigkeit und Freiräume sind unabdingbar

Für die Zeit ab dem Wintersemester 2021/22 wäre zu klären, welche Instrumente helfen könnten, den Studierenden und den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowohl in ihrer Studien- und Karriere- als auch ihrer Lebensplanung wieder die erstrebte Eigenständigkeit mit den dafür nötigen Freiräumen zu ermöglichen. Eine begleitende Evaluation dieser Instrumente aus Mitteln des BMBF und anderer Förderinstitutionen wäre hilfreich – gekoppelt mit der Aussicht für die Hochschulen, die neuen Erkenntnisse später anwenden und umsetzen zu können.

Die Gelegenheiten zum persönlichen Austausch und zur Vernetzung, die nun weggefallen sind, können und sollten mit der Schaffung virtueller und später physischer Vernetzungsräume zumindest teilweise wieder aufgefangen werden. Hochschulen experimentieren hierfür schon mit vielen digitalen Formaten, von internationalen Großkonferenzen (auf denen die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nun auch die Gelegenheit haben, die Koryphäen des Faches zu treffen, die zu einer analogen Konferenz nicht extra angereist wären), über Workshops mit digitaler Gruppenarbeit bis hin zu bewusst weniger strukturierten Kaffeepausen im Netz.

Um die Vorteile beider Vernetzungsarten, der physischen wie digitalen, für die Zukunft der Wissenschaft nutzbar zu machen, braucht es bald neue Konzepte, wie den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Begegnung von Angesicht zu Angesicht als zentrale Form wissenschaftlichen Austauschs wieder präsent gemacht und deren Umsetzung erleichtert werden kann. Um es angelehnt an Werner Heisenberg zu formulieren: Wissenschaft entsteht im Gespräch, und das ist mehr als ein rein digitaler Austausch.

5 Für pflegende Familien wird nicht geklatscht

Margarete Schuler-Harms und Notburga Ott

Veröffentlicht in FAZ.NET am 14.12.2020

Noch stärker als zu anderen Zeiten sind Pflegebedürftige und mit ihnen die Gesellschaft und die Politik auf die Familien angewiesen. Nicht einmal die finanziellen Leistungen werden dem gerecht.

Es ist morgens 9:30 Uhr. Der ambulante Pflegedienst verspätet sich erheblich – nicht zum ersten Mal, aber unvorhergesehene Probleme bei zuvor besuchten Patienten kommen immer wieder vor. Die 92 Jahre alte Maria Schneider, dement und schwerstpflegebedürftig, will unbedingt aufstehen. Ihre 62 Jahre alte Tochter Lene bereitet den Patientenlifter vor, um die Mutter auf den Toilettenstuhl zu setzen. Allein das Drehen der Mutter im Bett bringt Lene Schneider zum ersten Mal an diesem Tag an ihre Grenzen, denn ihr Rücken macht Probleme. Endlich kommt der Pflegedienst – aber entgegen allen Absprachen kommt zum wiederholten Mal ein Pfleger, denn das Personal des Pflegedienstes ist zur Zeit wegen der Corona-Pandemie knapp.

Von einem männlichen Pfleger lässt sich die kriegstraumatisierte alte Dame nicht waschen, und so muss ihre Tochter bei der morgendlichen Grundpflege selbst mit Hand anlegen. Der für den Nachmittag eingeplante Betreuungsdienst meldet sich und teilt mit, dass die Betreuerin erkrankt und Corona-bedingt kein Ersatz möglich ist. Da auch aus dem privaten Umfeld niemand so schnell einspringen kann, muss die Tochter einen wichtigen Kontrolltermin für sich selbst beim Kardiologen verschieben. Mittlerweile ist es 11:35 Uhr. Zur beruflichen Videokonferenz kommt sie zum wiederholten Mal zu spät. Sie hat Glück, denn ihr Chef, ihre Kolleginnen und Kollegen haben viel Verständnis und geben ihr jede Chance zum flexiblen Arbeiten zu Hause. Dennoch überlegt sie ernsthaft, ob sie ihre Arbeitsstelle nicht doch ganz aufgeben und die erheblichen finanziellen Einbußen auf sich nehmen sollte.

Drei Viertel der 4,2 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland leben zu Hause und werden dort ganz überwiegend von Angehörigen versorgt und gepflegt. Familien stellen damit die größte Gruppe der Pflegenden. Auch von den mehr als 800.000 schwer Pflegebedürftigen mit Pflegegrad vier und fünf wird mehr als die Hälfte von Angehörigen zu Hause gepflegt. Sie benötigen Pflege und Betreuung rund um die Uhr. Eine intensive und engmaschige Betreuung

benötigen auch viele dementiell Erkrankte trotz leichterem Pflegegrad. Die geltenden Hygiene- und Abstandsregeln verändern auch ihren Alltag, und oftmals können sie diese Regeln weder verstehen noch einhalten.

Viele der Hochbetagten und an Demenz Erkrankten versetzen diese Einschränkungen in Unruhe. Es fällt ihnen schwer zu verstehen, warum sie ihre Lieben nicht in den Arm nehmen dürfen. Dass die Menschen ihr Gesicht teilweise verhüllen, verunsichert sie. Nicht wenige von ihnen fühlen sich in Kriegszeiten zurückversetzt und an die dort geltenden Ausgangsbeschränkungen erinnert. Erklärungen, die ihnen momentan einleuchten mögen, sind oft schon im nächsten Moment vergessen. Vor allem diese Menschen benötigen gegenwärtig vermehrte Fürsorge und Zuwendung. Und gerade in dieser Lage drohen die ohnehin prekären und mühsam geknüpften Netze aus formeller und informeller Hilfe zu zerreißen – mit erheblichen Folgen für die pflegenden Familien.

Familien sind für die Pflege systemrelevant. Die öffentliche Debatte thematisiert sie aber nur selten. Die Aufmerksamkeit richtet sich einerseits auf die Situation der Kinder und der Kinder erziehenden Eltern, andererseits auf die Situation der stationären Pflege. Hier werden vor allem die Isolation der Bewohner von Alten- und Pflegeheimen und die Herausforderungen für die Organisation dieser Einrichtungen erörtert. Weniger Beachtung finden häusliche Pflege und die ambulanten Dienste, auf die Familien so dringend angewiesen sind. Vielfach fehlt es schon an der Beschreibung der Problemlagen. Mittlerweile liegen zwei Studien des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) und des Forschungszentrums SOCIUM der Universität Bremen vor. Beide Studien zeigen deutlich die Überlastungssituation von pflegenden Angehörigen auf, wenn das feinmaschige Unterstützungsnetz große Löcher bekommt, weil mehrere Probleme und Engpässe gleichzeitig auftreten.

Familien sind systemrelevant

Genau dies geschieht im Verlauf und als Folge der Pandemie. Der Lockdown der ersten Welle hatte nahezu alle formellen Pflege- und Unterstützungsangebote erheblich beschränkt und die informellen reduziert oder entfallen lassen. Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen waren geschlossen. Ambulante Pflege- und Betreuungsdienste waren zwar ausgenommen, verfügten aber mehrere Monate lang über keinerlei Schutzausrüstung. Auch das Personal wurde sehr schnell knapp, da in den Diensten viele Personen aus den Risikogruppen tätig sind.

Betreuungsdienste mussten zudem vielfach auf ehrenamtliche Betreuungspersonen verzichten. Andere Dienstleistungen durften in den meisten Ländern nur noch bei medizinischer, therapeutischer oder pflegerischer Notwendigkeit und damit nur auf Grundlage einer Verordnung erbracht werden.

Waren die Leistungen zwar therapeutisch und/oder pflegerisch sinnvoll, aber medizinisch nicht notwendig und damit nicht verordnungsfähig, entfielen sie während des Lockdowns. Für medizinisch nicht notwendige Fußpflege oder regelmäßige gymnastische Übungen zur Mobilisierung waren Pflegebedürftige allein auf ihre Angehörigen angewiesen. Selbst bei verordneten Maßnahmen kam es zu Engpässen. Aufgrund der Hygienebeschränkungen in ihren Praxen behandelten etwa Physiotherapeuten und -therapeutinnen ihre Kunden vermehrt außer Haus. Sie konzentrierten sich dabei allerdings zunächst auf die stationären Einrichtungen – erhebliche Engpässe bei der häuslichen Versorgung waren die Folge.

Pflegende Familienangehörige mussten und müssen in der Zeit von Corona daher Aufgaben übernehmen, von denen sie im Normalfall entlastet sind und für die sie vielfach weder die Ressourcen wie Zeit noch gesundheitliche Voraussetzungen wie z.B. die körperliche Kraft noch die fachliche Kompetenz besitzen. Infolgedessen sind auch die Pflegebedürftigen gegebenenfalls schlechter versorgt und sogar gesundheitlich gefährdet.

Auch familiäre und Nachbarschaftsnetzwerke brechen ganz oder teilweise weg. Die älteren Familienmitglieder und Nachbarn sind vielfach selbst Risikopersonen. Die jüngeren haben oft Kinder und reduzieren wegen eigener Kontakte von sich aus den Kontakt zu ihren pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen oder Nachbarn. Aber auch die Pflegenden suchen Ansteckungsrisiken möglichst zu vermeiden. Sie reduzieren die Inanspruchnahme von Hilfen im eigenen Haushalt. Neue Dienste werden möglichst gar nicht in Anspruch genommen. Nach den Ergebnissen der Bremer Studie hat sich bei sechzig Prozent der Pflegebedürftigen die Versorgung mit professionellen Diensten auch deshalb erheblich vermindert. Die zeitlichen Ressourcen für die gestiegenen Belastungen gewinnen die pflegenden Angehörigen durch Änderungen ihrer Berufstätigkeit wie Arbeit zu Hause oder Kurzarbeit und vor allem durch Reduzierung eigener Aktivitäten – nicht zuletzt mit der Folge wachsender Isolation.

Schutzschirm lässt pflegende Familien im Regen stehen

Das Ende März vom Bundestag beschlossene erste Corona-Hilfspaket umfasste auch Maßnahmen zur Unterstützung der häuslichen Pflege. Es berücksichtigte, dass die bisherigen Leistungen von Pflege- und Betreuungsdiensten entfallen oder sich reduzieren könnten. In diesen Fällen dürfen die Mittel, die für Pflegesachleistungen und Verhinderungs-, Kurzzeit- sowie Tagespflege vorgesehen sind, für Ersatzleistungen verwendet werden. Allerdings sind die Mittel weiterhin vorrangig für Pflegefachpersonal einzusetzen. Nur wenn solches nicht verfügbar ist, dürfen mit dem Geld andere Ausgaben bestritten werden, etwa für Entlohnung von Nachbarschaftshilfe, Erstattung von Fahrtkosten oder als Kompensation für weitere Familienmitglieder, die einspringen und dafür Einkommenseinbußen in Kauf nehmen.

Fehlt es an diesen Möglichkeiten und übernehmen die bisher schon pflegenden Angehörigen die zusätzlich anfallenden Pflege- und Betreuungsaufgaben selbst, dürfen sie diese Mittel dafür nicht beanspruchen. Ihnen verbleibt das übliche Pflegegeld, dessen Betrag nur etwa vierzig Prozent der Summe der Pflegesachleistungen ausmacht. Als weitere Maßnahme wurden im April die Mittel für die Beschaffung von Pflegehilfsmitteln von monatlich vierzig Euro auf sechzig Euro erhöht, um den besonderen Hygieneaufwand in Corona-Zeiten sicherzustellen. Der für die Prüfung der Notwendigkeit zuständige Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) befürwortet aber eine Kostenerstattung für Mund-Nase-Schutz nur bei einer respiratorischen Erkrankung des Pflegebedürftigen (etwa einer Lungenentzündung), weshalb die Pflegenden auf die Kulanz der Pflegekassen angewiesen sind.

Die Mitte Mai vom Bundestag beschlossenen „Akuthilfen für pflegende Angehörige“ schließlich sollen die Möglichkeiten für häuslich Pflegende erleichtern, Pflege und Beruf miteinander zu vereinbaren. Die Zeiten der kurzfristigen Arbeitsfreistellung sowie Pflegezeit und Familienpflegezeit wurden verlängert und können momentan einfacher und kurzfristiger beantragt werden. Die Bezugszeit des Pflegeunterstützungsgeldes wurde von zehn auf zwanzig Tage verlängert und die Bemessungsgrundlage für das zinslose Darlehen zur Finanzierung von Pflegezeiten leicht erhöht. Weitere finanzielle Entlastungen bei Einkommenseinbußen durch Reduzierung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit gibt es bis heute nicht.

Nachdem im Sommer die Beschränkungen teilweise gelockert waren, gelten im aktuellen Lockdown light nahezu die gleichen Restriktionen wie im März. Die teilstationären

Tagespflegeeinrichtungen dürfen jedoch in den meisten Ländern unter besonderen Hygieneschutzmaßnahmen geöffnet bleiben. Auch Fußpflege ist in einigen Ländern nun generell erlaubt. Physiotherapie bleibt allerdings weiterhin auf medizinisch notwendige Behandlungen beschränkt.

Doch die Erfordernisse des Hygieneschutzes schließen die Inanspruchnahme auch in den grundsätzlich geöffneten Bereichen vielfach aus. Tagespflegeeinrichtungen etwa müssen wegen der geltenden Abstandsregeln oft ihre Gruppen verkleinern. Lässt der Personalschlüssel die Einrichtung weiterer Gruppen nicht zu, bleibt den Einrichtungsleitungen nichts anderes als der Ausschluss einzelner Pflegebedürftiger. Dann liegt es nahe, Personen abzuweisen, die etwa infolge ihrer Demenz trotz Ansprache nicht in der Lage sind, die Hygieneregeln einzuhalten. Auch im häuslichen Umfeld erschweren die Hygiene- und Abstandsregeln die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für demenzerkrankte Personen oder machen sie ganz unmöglich. In der ZQP-Studie gaben etwa 40 Prozent der häuslich Pflegenden mit dementiell Erkrankten an, dass Gefühle der Hilflosigkeit oder gar Verzweiflung zugenommen haben.

Für Familien wird nicht geklatscht

Noch stärker als zu anderen Zeiten sind Pflegebedürftige und mit ihnen ist Gesellschaft und Politik auf die Familien angewiesen. Den schwerst Pflegebedürftigen und vor allem den dementiell Erkrankten, ganz gleich ob häuslich oder stationär gepflegt, sind ihre Familienangehörigen in der ungewohnten und beängstigenden Corona-Situation Stütze und Orientierung. In der häuslichen Pflege kompensieren pflegende Angehörige so gut als möglich den Ausfall von Pflege- und Betreuungsdiensten, ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Unterstützungsnetzen. Sie müssen die veränderten Rahmenbedingungen der Pflege verstehen, umsetzen und teilweise zusätzliche bürokratische Anforderungen erfüllen. Oft sind sie selbst nicht mehr jung oder zählen aus gesundheitlichen Gründen selbst zu den Risikogruppen. Die ohnehin fordernde häusliche Pflege schwer Pflegebedürftiger und dementiell Erkrankter führt sie an die Grenzen der Belastbarkeit und oft darüber hinaus.

Die staatliche Vorgabe oder (mindestens) Empfehlung von Kontaktbeschränkungen, aber auch das persönliche Risiko für die Pflegebedürftigen und ihre pflegenden Angehörigen führt die Familie in die Isolation. Auch die eigene gesundheitliche Versorgung der Pflegenden wird zum Problem, nicht zuletzt aufgrund eines Mangels an Zeit und Gelegenheit. Nach Ergebnissen der Bremer Studie hat sich der Gesundheitszustand von mehr als der Hälfte der pflegenden

Angehörigen seit Beginn der Pandemie verschlechtert und das Einsamkeitsempfinden drastisch erhöht.

Die gesteigerten Belastungen der Familien, in denen so gepflegt wird, lassen sich gegenwärtig nicht vermeiden und nur eingeschränkt lindern. Dennoch gilt es, genau hinzusehen und Familien nicht nur als Kernfamilie von Eltern und Kindern zu begreifen und Pflege nicht nur als stationäre Pflege. Auch die Pflege von Angehörigen gilt es anzuerkennen, zumal wenn sie so schwer ist. Diese Leistung der Familien ist nicht zu ersetzen. Auch zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es des „ganzen Dorfes“.

Die in der Pandemie gesteigerten Anforderungen der Pflege schwer Pflegebedürftiger oder an Demenz Erkrankter werden nur sehr begrenzt berücksichtigt. Bis heute finden diese Erschwernisse in der häuslichen Pflege für die Familien keine angemessene Entsprechung in den finanziellen Leistungen. Lene Schneider, die ihre Mutter unter Corona-Bedingungen pflegt, sollte finanzielle Entlastung unabhängig davon erfahren, wie sie diese Pflege organisiert. Auch ihr selbst gebührt daher ein finanzieller Aufschlag auf das Pflegegeld, wenn sie Leistungen erbringt, für die andere Geld erhalten könnten.

Gerecht und angemessen wäre auch eine staatliche (Mit-)Finanzierung von Unterbrechungen der Berufstätigkeit. Ein Ärgernis sind die geringen Aufschläge und die Restriktionen bei der Erstattung des zusätzlichen Hygieneaufwands infolge der Pandemie.

Mit Geld allein ist es allerdings nicht getan. Pflegende Familienmitglieder benötigen Unterstützung durch erleichterte Dienst- und Sachleistungen, nicht nur zur Pflege ihrer Angehörigen, sondern auch für ihre eigene Gesundheit. Sie selbst benötigen hausärztliche Versorgung, sowohl zur Behandlung als auch zur Vorsorge. Ihnen gebührt ein vergleichbarer Vorrang bei der anstehenden Impfung gegen das Virus wie den Angehörigen medizinischer und pflegerischer Berufe.

Nicht zuletzt ist an diese Personengruppe für die Zeit nach Corona zu denken. Mit der Rückkehr der Normalität in Pflege und Betreuung werden sich die Folgen der Überbeanspruchung zeigen. Vorsorgekuren und Rehabilitationen sollten den pflegenden Familienmitgliedern unter

erleichterten Bedingungen ermöglicht und beispielsweise auf das Erfordernis einer vierjährigen Pause seit der letzten Kur verzichtet werden.

Nicht zuletzt zeigt sich unter der Pandemie wie in einem Brennglas der immense Aufwand für die Gestaltung der Pflegearrangements in den Familien. Hier wird nicht nur gepflegt, sondern diese Pflege auch organisiert und Verantwortung übernommen, wenn die unterstützenden Netze reißen. Auch hierin, in ihrer Verantwortung für das Management, benötigen Familien Entlastung. Es wäre gut, sich daran zu erinnern, wenn die Pandemie überwunden ist.

6 Ein Digitalpakt für Kitas ist überfällig

C. Katharina Spieß und Mathias Hübener

Veröffentlicht in FAZ.NET am 19.12.2020

Kindertageseinrichtungen sind viel mehr als Betreuungseinrichtungen. Trotzdem werden sie auch in Corona-Zeiten stiefmütterlich behandelt. So darf es nicht bleiben.

Wie die Corona-Pandemie und ihre Begleiterscheinungen gesellschaftliche Phänomene sichtbarer machen, wird gerne mit dem Bild eines Brennglases beschrieben. Die Pandemie ist demnach auch eine „Sehhilfe“. Sie macht deutlich, dass die Bedeutung der frühen Bildung in Deutschland nicht hinreichend erkannt ist. Das gilt insbesondere für die Bedeutung der frühen Bildung, die in Kindertageseinrichtungen und der öffentlich finanzierten Kindertagespflege stattfindet. Diese ist ein zentrales Feld der Familienpolitik im engeren Sinne, aber auch der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. Trotzdem wird sie noch immer etwas stiefmütterlich behandelt und häufig nur sehr einseitig betrachtet, nicht nur in punkto Digitalisierung. Aber nun der Reihe nach.

Die flächendeckenden Schließungen von Kindertageseinrichtungen während des ersten Lockdowns dieses Jahres haben deutlich gemacht, wie wichtig die Betreuung ist, die in diesen Einrichtungen geleistet wird. Der Wegfall dieser Funktion wurde auch im weiteren Verlauf der Pandemie immer wieder beklagt, etwa bei Schließungen von einzelnen Einrichtungen oder von Kita-Gruppen sowie von vielfachen Quarantäneanordnungen für Familien mit Kita-Kindern. Auch der jetzige Lockdown wird dies deutlich machen: Die Schließung von Kindertageseinrichtungen stellt Familien vor große Betreuungsprobleme.

Natürlich sind auch Familien mit Schulkindern von den Einschränkungen betroffen, vor allem solche, die sonst ganztägige Schulangebote nutzen. Dieser Befund kam häufig etwas zu kurz. Insgesamt aber waren von den insgesamt 5,1 Millionen Paaren mit Kindern unter zwölf Jahren wohl besonders gravierend diejenigen Familien betroffen, in denen beide Eltern erwerbstätig sind. Das sind etwa zwei Drittel. Schwierig ist auch die Lage jener zwei Drittel der etwa 900 000 Alleinerziehenden mit Kindern unter zwölf Jahren, die einer Vollzeit- oder Teilzeiterwerbstätig nachgehen.

Nachdem am Anfang die Betreuungsprobleme der Familien kaum beachtet wurden, hat sich der Blick allmählich gewandelt: Vielfach berichten die Medien inzwischen von überforderten Familien, die wegen des eingeschränkten Kita- und Schulbetriebs oder gar wegen der Schließung ganzer Einrichtungen gezwungen sind, ihre Kinder ganztags zu versorgen und „nebenher“ zu arbeiten. Für einige gab es zwar eine Notbetreuung, bei anderen wurden trotz des erhöhten Gesundheitsrisikos die Großeltern aktiv. So zeigt zum Beispiel die Studie „Kindsein in Zeiten von Corona“, dass während des ersten Lockdowns immerhin jedes fünfte Kind im Kindergartenalter von den Großeltern betreut wurde. Auch die Daten der SOEP-CoV-Studie zeigen, dass die Großeltern entgegen aller epidemiologischen Empfehlungen für die Notbetreuung zur Verfügung standen - ein wichtiger Indikator für die schwierige Betreuungssituation von Familien in Corona-Zeiten.

Es überrascht daher auch nicht, dass viele empirische Studien zu dem Ergebnis kommen, dass das Wohlbefinden von Eltern durch die Corona-bedingten Maßnahmen stark beeinträchtigt wurde. Einschlägige empirische Untersuchungen des DIW Berlin zeigen, dass die Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen, aber auch mit dem Familienleben und insbesondere der Kinderbetreuung signifikant zurückgegangen sind. Bei Eltern von jungen Kindern im Kita-Alter war dieser Rückgang besonders ausgeprägt. Außerdem war insbesondere das Wohlbefinden von Müttern im Frühsommer stark beeinträchtigt. Erste Betrachtungen jüngerer Zahlen legen nahe, dass die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung während des zweiten „Lockdown-Light“ im November deutlich höher lag als im Frühjahr - denn diesmal blieben Kitas und Schulen weitestgehend geöffnet. Ohne Frage steht also fest, dass Kitas elementar dafür sind, dass Eltern ihren Beruf und das Familienleben vereinbaren können, ohne ihr Wohlbefinden dabei nachhaltig zu beeinträchtigen. Und dieses Wohlbefinden ist nicht nur für die Individuen selbst wichtig, sondern auch für die Kinder - auch dies belegen empirische Studien.

Festzuhalten ist aber auch, dass die Schließung von Kitas und Schulen im Frühjahr 2020 notwendig war, um das Infektionsgeschehen vor dem Hintergrund der damaligen Faktenlage und wissenschaftlichen Erkenntnisse einzudämmen. Über den Verlauf der Pandemie hinweg wurde jedoch immer mehr Wissen über das Infektionsgeschehen bei Kindern und deren Ansteckungsrisiko gesammelt – aber eben auch mehr Wissen über das Ansteckungsrisiko derer, die in Kindertagereinrichtungen beschäftigt sind, sowie deren Familien. Die Politiker müssen all dieses Wissen in ihre Überlegungen einbeziehen.

Eltern bei Kita- und Schulschließungen zielgerichtet unterstützen

Würden die Kita-Winter-Ferien nun um eine Woche verlängert und kämen in Abhängigkeit von dem *regionalen* Pandemiegeschehen weitere Schließungen hinzu, so ist dies aus virologischer Perspektive sinnvoll. Die nach wie vor hohen Infektionszahlen lassen wohl keinen Spielraum zu. Was die Betreuung angeht, so benötigen aus familienwissenschaftlicher Perspektive dann aber viele Alleinerziehende und Familien, in denen beide Partner erwerbstätig sind, Unterstützung. Im Sommer dieses Jahres hätten Kommunen und freie Träger eigentlich Zeit gehabt sich, zielgerichtete und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote vorzubereiten. Ein Kinderbonus für alle, der wenig bedarfsorientiert viel Geld an Familien verteilt, nützt in diesem Zusammenhang nichts.

Beispielsweise könnte eine längst überfällige Unterstützung durch eine nochmalige Anpassung des Infektionsschutzgesetzes erfolgen. Derzeit haben Eltern, die pandemiebedingt ihre Kinder betreuen müssen und deshalb nicht erwerbstätig sein können, Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung. Allerdings, man mag es kaum glauben, erlischt dieser Anspruch, wenn die Arbeit aus dem Homeoffice bzw. „ortsflexibel“ möglich ist! Diese Einschränkung wurde auch während der Corona-Pandemie noch nicht angepasst. Das ist aus zweierlei Hinsicht problematisch. Denn entweder offenbart dieser Passus ein tiefes Missverständnis über den Aufwand, jüngere Kinder kindgerecht zu betreuen, oder aber die Regelung verkennt, dass Arbeit aus dem Homeoffice auch vollwertig ausgeführt werden muss. Doch gleich was im Hintergrund dieser Einschränkung stehen mag: eine Eliminierung der Homeoffice-Einschränkung aus dem Infektionsschutzgesetz ist überfällig.

Kurzfristig soll - so die neusten Nachrichten - ein Zusatzurlaub für Eltern kommen. Darüber hinaus müssen künftig aber auch die erwerbstätigen Eltern Unterstützung erhalten, die wegen eines kranken Kindes oder einer Quarantäne, die ihrem Kind verordnet wurde, zu Hause bleiben

müssen. Es muss für sie darum gehen, dass die Ausweitung des Kinderkrankengeldes auf nunmehr 30 Tage, die im August für 2020 beschlossen wurde, auch in 2021 beibehalten wird.

Kitas sind Bildungseinrichtungen mit nachhaltiger Bedeutung

All diese Überlegungen beziehen sich aber zunächst nur auf die Betreuungsfunktion von Kindertageseinrichtungen. Nur vereinzelt findet sich in der Debatte der Hinweis, dass pädagogische Fachkräfte in den Kitas mehr leisten als „nur“ betreuen. Kitas sind wichtige Bildungseinrichtungen. Und genauso wie Eltern nur ein unvollständiger Ersatz für Lehrkräfte an Schulen sein können, genauso ersetzen sie auch frühpädagogische Fachkräfte nicht vollständig. Dass aber die Fachkräfte selbst in der öffentlichen Diskussion kaum vorkommen und auch selbst nicht noch deutlicher auf die Bedeutung ihrer Arbeit hingewiesen haben, ist vielleicht auch ein Spiegel dessen, dass Kitas nach wie vor nicht als Bildungseinrichtungen wahrgenommen werden, die so wichtig wie die Schulen sind.

Hinzu kommt, dass für junge Kinder ein häufiger Wechsel im betreuenden und erziehenden Umfeld viel belastender ist als für ältere Kinder. Häufen sich solche Situationen, können sie die Persönlichkeitsentwicklung nachhaltig beeinflussen. Aus dieser Perspektive ist es sinnvoll und richtig, dass eine längere flächendeckende Kita-Schließung derzeit nicht vorgesehen ist und auch von Fachleuten nicht empfohlen wird. Kurzfristig und regional begrenzt werden sie aber unausweichlich sein. Beim Wiederhochfahren des gesellschaftlichen Lebens nach einem harten Lockdown sollte ihre Öffnung aber diesmal Priorität erfahren.

Da Kitas eben auch Bildungseinrichtungen mit einem Erziehungs- und Sozialisationsauftrag sind, muss man sich auch über Kontakte und Bildung im Distanzbetrieb Gedanken machen – und das so selbstverständlich, wie dies auch bei Grundschulen geschieht. Förderung im Distanzmodus oder in Hybridmodellen gerät bei Kindertageseinrichtungen jedoch nach wie vor aus dem Blick. Dies ist überdies um so nachteiliger, als empirische Studien längst gezeigt haben, dass insbesondere Kinder aus bildungsbenachteiligten Gruppen und Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund von einer qualitativ guten frühen Bildung in Kitas profitieren. Für sie ist beispielsweise eine Sprachförderung in diesen Einrichtungen von immenser Bedeutung. Auch im sozio-emotionalen Bereich ist die Förderung in Kitas für die Entwicklung von Kindern elementar. Wenn all dies ausgesetzt wird, können daraus nicht nur Nachteile im Übergang auf die Grundschule entstehen. Auch aus einer mittel- bis langfristigen Perspektive unterbleiben Förderungen, welche in monetärer und auch nicht-monetärer Hinsicht hohe private und

gesellschaftliche Renditen erwarten lassen. Darauf kann man auch in Pandemiezeiten nicht oft genug hinweisen.

Kitas leisten auch einen Integrationsbeitrag

Kitas sind aber noch mehr als Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Aus familienwissenschaftlicher Perspektive leisten sie auch wichtige Elternarbeit. Oft sind sie Integrationsorte, an denen sich Eltern niederschwellig begegnen können. Kitas können so dazu beitragen, dass Familien, die nach Deutschland migriert oder geflüchtet sind, besser integriert werden. Finden diese Familien in der Kita keinen Ort mehr, wo sie sich sowohl untereinander als auch mit Familien der Mehrheitsgesellschaft treffen können, verlangsamen sich Integrationsprozesse.

Genauso wie in der Schule muss es also auch in den Kindertageseinrichtungen darum gehen, Betreuung, Bildung und Elternarbeit unter Einhaltung des notwendigen Infektionsschutzes bestmöglich zu gewährleisten. Während die entsprechenden Versäumnisse im Schulbereich über den Sommer öffentlich diskutiert werden, blieb eine breite Debatte über die Ertüchtigung der Kitas aus. Dabei gab es nicht nur unter den Schulen, sondern auch unter den Kindertageseinrichtungen vereinzelt solche, die mit vielen guten Ideen aus der Sommerpause zurückkamen. Aber dies sind bislang eben nur Einzelfälle. Es fehlen Konzepte für die gesamte Bundesrepublik.

Es fehlt eine zentrale Plattform für Kitas

Um so wichtiger wäre es nun, eine bundesweite qualitätsgeprüfte Plattform aufzubauen, auf der Pädagogen für Familien Informationen und Förderimpulse bereitstellen. Dabei sollte es um Ideen für frühe sprachliche Förderung gehen, um Anregungen, wie mathematische Vorläuferfähigkeiten von Kindern gefördert werden können, aber auch um musische oder motorische Impulse. Die Plattform, die anders als die Corona-Warn-App von Beginn auch mehrsprachig aufgebaut sein müsste, könnte Familien zu jeder Zeit eine wertvolle Informationsquelle sein. Sie wäre dann besonders nützlich, wenn Familien mit ihren Kindern in Quarantäne sind oder Kitas zeitweise geschlossen sind. Auf solchen Plattformen könnten auch Eltern mit Flucht- oder Migrationshintergrund entsprechende Informationen finden, um in besonderen Lebenslagen Unterstützung zu bieten. Voraussetzung für die Wirkung solcher Plattformen ist natürlich deren Nutzung – darauf sollten pädagogische Fachkräfte der Kitas

aufmerksam machen und hinwirken, insbesondere bei Eltern, die früher Bildung keine besonders große Bedeutung beimessen.

Digitalisierung sollte auch Kitas einschließen

Wer an solche oder ähnliche digitale Angebote denkt, der muss schnell feststellen, dass es um die digitale Ausstattung der Kitas noch schlechter bestellt ist als die der Schule. Dabei hätte auch der Kita-Bereich im Umgang mit der Pandemie stark von einer digitalen Grundausstattung und von einiger Erfahrung im Einsatz digitaler Medien profitiert. Doch in der Vergangenheit wurde vor solchen Digitalisierungs-Überlegungen im Kita-Bereich sogar gewarnt. Dem liegt wohl ein Missverständnis zugrunde. Natürlich geht es nicht darum, dass Kinder den Kita-Alltag unbegleitet vor Bildschirmen verbringen – sondern zunächst einmal darum, frühzeitig Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien zu erwerben.

Darüber hinaus könnten sich die Kindertageseinrichtungen die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft noch auf ganz andere Weise zu nutzen machen. Ein digitalisiertes Management dürfte den organisatorischen Alltag erheblich erleichtern. Fachkräfte könnten über einfache elektronische Kanäle den Austausch mit Eltern suchen, ohne sich um Datenschutzbelange oder ähnliches zu sorgen oder gar private Geräte nutzen zu müssen. Es sollte alsbald selbstverständlich sein, dass alle Fachkräfte entsprechende Zugänge erhalten.

Kindliches Förderungspotenzial besser messen

Digitale Medien können auch sehr gut dabei helfen, die Dokumentationsaufgaben im Arbeitsalltag von Erzieherinnen und Erziehern zu erfüllen und diese Arbeit auch noch zu erleichtern. Ergänzend können diese Medien dahingehend genutzt werden, dass Entwicklungsschwierigkeiten oder besondere Begabungen von Kindern frühzeitig identifiziert werden. Dieser Ansatz wird schon lange von einigen BildungsforscherInnen gefordert, welche sich mit der frühen Entwicklung von Kindern und dabei insbesondere von solchen mit besonderen Förderbedarfen befassen. In Deutschland werden spezifische Förderbedarfe von Kindern vielfach zu spät diagnostiziert. Allein aus einer bildungsökonomischen Perspektive ist dies fatal. Denn je früher Entwicklungsdefizite, aber auch Talente erkannt werden, umso gezielter kann darauf reagiert werden, indem Kinder in der Entfaltung ihrer individuellen Potentiale zielgerichtet begleitet werden. Erste Modelle einer solchen digital unterstützten Diagnostik werden in anderen Ländern angewendet.

Um all dies gewährleisten zu können, müssen die Kitas nicht nur mit den entsprechenden digitalen Medien ausgestattet werden. Ohne eine hinreichende Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte würden die damit einhergehenden Chancen verschenkt. Daher müssten Aus- und Weiterbildungen angeboten und anerkannt werden. Die Einrichtungen selbst könnten in ihrer Organisationsentwicklung unterstützt werden - und das gerade dann, wenn pädagogische Fachkräfte pandemiebedingt nicht direkt mit den Kindern arbeiten können.

Es ist Zeit für einen Digitalpakt für Kitas

Zwar hat der Bund mit dem 5. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ eine Milliarde Euro zusätzlich für den Ausbau der Kitas zur Verfügung gestellt. Dieses Geld kann auch für die Digitalisierung der Einrichtungen ausgegeben werden. Aber die systematische Digitalisierung, wie sie hier skizziert wird, ist ein Großprojekt, das nicht in Konkurrenz zum weiteren Ausbau der Kitas stehen darf. Deshalb sollte sich neben den Ländern und den Kommunen, die primär für die Kindertagesbetreuung zuständig sind, auch der Bund mit zusätzlichen Ressourcen an diesem großen Vorhaben beteiligen. Denn letztlich geht es um eine gute frühkindliche Bildung, auch in Pandemiezeiten. Auf diesem Fundament entwickeln sich aus Kindern die Fachkräfte von morgen. Diese werden es auch sein, die vermutlich noch einen Teil der Schuldenlast abtragen müssen, die heute im öffentlichen Bereich pandemiebedingt gemacht werden. Ist deren Fundament solide, kann ein Schuldenabbau auch über ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gelingen.

Der Digitalisierungsschub, der langsam in den Schulen ankommt - wenn auch da nur sehr schleppend - sollte also genauso die Kitas erfassen. Auch für sie braucht es einen Digitalpakt! Wenn die Digitalisierung kein elftes Handlungsfeld der deutschen Kita-Politik wird, dann wird das „Gute-KiTa-Gesetz“ mit seinen anderen zehn Handlungsfeldern ein Gesetz sein, das gesellschaftlichen Veränderungen hinterherhinkt. Auch damit sollte sich der von Bundesfamilienministerin Giffey (SPD) eingerichtete Corona-Kita-Rat befassen. Und solche Vorschläge sollten unbedingt in den Bundestagswahlkampf 2021 eingebracht werden.

7 Wenn Eltern überfordert werden

Michaela Kreyenfeld und Martin Bujard

Veröffentlicht in FAZ.NET am 20.12.2020

Wie der erste Lockdown im Frühjahr bringt auch dieser viele Familien mit Kindern an die Grenzen ihrer Leistungs- und Planungsfähigkeit. Doch es gibt auch vielversprechende Entwicklungen.

„Könnt ihr bitte leiser sein! Ich bin mitten in einer Video-Konferenz. Es muss ja nicht jeder wissen, wie turbulent es bei uns zu Hause abgeht!“ brüllt es aus dem Schlafzimmer, das immer weniger wie ein Schlafzimmer aussieht, sondern immer mehr einem Kleinraumbüro mit unprofessionell verlegten Elektro- und LAN-Kabeln ähnelt. Während sich meine Frau im Schlafzimmer ausgebreitet hat, habe ich in der Küche mit meinem Laptop Stellung bezogen habe. Eigentlich war es bis vor kurzem fast schon ein ausgeklügeltes System, das aber arg ins Wanken geraten ist, seitdem Schulen und Kitas wieder zu sind. „Könntet ihr bitte ein bisschen leiser sein?“, versuche ich mit möglichst gedämpfter Stimme Richtung Kinderzimmer zu rufen. Ich klappe meinen Laptop zu; einen klaren Gedanken kann ich momentan ohnehin nicht fassen. Innerlich wächst der Druck, wenn ich daran denke, dass ich den Projektbericht morgen abschließen muss. Jetzt, wo Kitas dicht gemacht haben, wird es wieder ein logistischer Kraftakt werden, der uns an die Grenzen bringt, wie im Frühjahr. Hoffentlich bleiben Kitas und Schulen nicht so lange zu wie damals, wir gehen jetzt schon auf dem Zahnfleisch.

An den ersten Lockdown im Frühjahr 2020, als Schulen und Kitas von einem auf den anderen Tag schließen mussten und die Großeltern wie auch andere Betreuungspersonen wie bezahlte Babysitter von heute auf morgen nicht mehr erreichbar waren, werden sich die meisten Familien mit Kindern im Kindergartenalter nur ungern zurückerinnern. Nicht nur der plötzliche Wegfall der Betreuungsinfrastruktur, sondern die bange Frage, wie lange die Situation anhalten würde, brachte viele Familien an die Grenze ihrer Leistungs- und Planungsfähigkeit.

So kursierten im Frühjahr noch Empfehlungen, die Kitas – da mutmaßlich Virenschleudern – bis Oktober geschlossen zu halten. Ehe sich die Situation im Frühsommer entspannte und die meisten Einrichtungen zum „Normalbetrieb“ zurückkehrten, waren Wochen und Monate vergangen, in denen viel über Baumärkte und Fußball, jedoch wenig über die schwierige

Situation von Eltern und Kindern diskutiert wurde. Gleichzeitig entbrannte eine lebhaftere Debatte über eine „Retraditionalisierung“ der Verhaltensweisen von Müttern und Vätern. Tradierte und vermeintlich überkommene Rollenbilder, so hieß es, würden durch die Coronapandemie wiederbelebt, die positiven Entwicklungen wie etwa das wachsende väterliche Engagement der zurückliegenden Jahrzehnte zunichte gemacht.

Die großen familienpolitischen Reformen wie der Ausbau der Kinderbetreuung, der seit 2005 vorangetrieben wurde, wie auch das 2007 eingeführte Elterngeld haben die innerfamiliären Rollen und Mentalitäten merklich verändert. Väter erbringen mittlerweile etwa 30 Prozent der Kinderbetreuungsleistungen in Partnerschaften. Der Anteil der Mütter mit zwei- bis drei Jahre alten Kindern, die mindestens 28 Stunden in der Woche erwerbstätig sind, hat sich von 15 Prozent im Jahr 2006 bis zum Jahr 2018 fast verdoppelt. Dennoch sind die Überlegungen mehr als berechtigt, die hinter der „Retraditionalisierungsdebatte“ stecken. Die Entwicklungen in Deutschland sind langsam und zaghaft, und es erscheint nicht ausgeschlossen, dass die Pandemie die Wucht haben könnte, vergangene Entwicklungen zunichtezumachen. Erstaunlich an der Debatte ist jedoch etwas ganz Anderes: Viele Väter haben die „Retraditionalisierungsdebatte“ scheinbar unbeteiligt hingenommen. Es ist in der öffentlichen Debatte leichter, Mütter als Opfer und Väter als rücksichtslose Karrieristen darzustellen, als ein differenziertes Bild zu zeichnen, das auch engagierte Väter kennt. Man gewinnt fast den Eindruck, dass den engagierten Vätern die Lobby fehlt, zumindest solange sie sich noch in einer Partnerschaft mit der Mutter ihrer Kinder befinden.

Dabei spricht die empirische Realität längst eine andere Sprache. Mittlerweile liegen zahlreiche Studien vor, in denen Mütter und Väter während und kurz nach dem (ersten) Lockdown befragt wurden, wie sie die Sorgearbeit in der Familie aufgeteilt hatten. Im „Sozio-ökonomischen Panel“ (SOEP) wurden Väter und Mütter in Partnerschaften mit Kindern im Alter bis zwölf Jahren zwischen März und Juli 2020 telefonisch befragt. Da es sich um eine repräsentativen Langzeitbefragung handelt, konnte für jede Person ermittelt werden, wie sich im Laufe des Lockdowns ihr Verhalten im Vergleich zum Vorjahr verändert hatte.

Es zeigte sich, dass im Vorjahr Mütter mit jüngeren Kindern in Paarhaushalten etwa 6,7 Stunden pro Tag für Kinderbetreuung aufwandten und Väter 2,8. Die Hauptlast lag damit zwar eindeutig auf den Schultern der Mütter, aber immerhin übernahmen Väter etwa 30 Prozent der elterlichen

Sorgearbeit. Während des Lockdowns stieg die Betreuungszeit, die Mütter aufwandten, um 2,9 Stunden, während es bei Vätern um 2,3 Stunden in die Höhe ging. Absolut ist somit der Anstieg bei Müttern ausgeprägter; relativ gesehen ist der Anstieg bei Vätern hingegen stärker als bei Müttern, da Väter von einem niedrigeren Niveau ausgingen. Zu ähnlichen Befunden kommt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB). Dieser Untersuchung zufolge ist der relative Anteil der Familienarbeit, die Väter übernommen haben, während des ersten Lockdowns von zuvor 33 auf 41 Prozent gestiegen. Allerdings war die Gesamtbelastung durch berufliche und familiäre Arbeit während des Lockdowns bei Müttern erheblich höher als bei Vätern.

Pandemie: Motor für Geschlechtergleichheit?

Aus der Geschichte wissen wir, dass große Krisen gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur hemmen, sondern auch voranbringen können. So ist es kein Zufall, dass nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Ländern Europas das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, denn zuvor hatten viele Frauen in Fabriken und Landwirtschaft die Rolle der im Kriegseinsatz befindlichen Männer übernommen. Auch die Corona-Pandemie hat möglicherweise die Macht gesellschaftliche Entwicklungen zu forcieren.

Die Pandemie hat nicht nur den Begriff der „systemrelevanten Berufe“ hervorgebracht. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass diese aufgrund der geschlechtlichen Segregation des Arbeitsmarktes überproportional „weiblich“ sind. So ist nur ein gutes Drittel der erwerbstätigen Väter in systemrelevanten Berufen beschäftigt, dagegen mehr als die Hälfte der Mütter. Ob Kassiererin, Ärztin, Mitarbeiterin in der öffentlichen Verwaltung oder Krankenschwester: Frauen und Mütter wurden und werden im Lockdown auch beruflich dringend gebraucht und haben unter schwierigen Bedingungen großen Respekt erworben, der mit Worten von der Politik mehrfach anerkannt wurde.

Von Kurzarbeit betroffen waren hingegen vor allem Männer, vor allem jene mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Laut Angaben des IAB waren im April 2020 etwa 6 Millionen der Erwerbstätigen in Kurzarbeit. Bis September fiel der Wert zwar auf zwei Millionen, dürfte aber im November und Dezember auf Grund der verschärften Maßnahmen wieder gestiegen sein. Trotz der ökonomischen Unsicherheiten und Verwerfungen, die mit Kurzarbeit verbunden sind, geht damit eine Verringerung der Arbeitszeit einher – und damit die Möglichkeit, mehr Zeit mit Familie und Kindern zu verbringen. Diese Chance haben die Männer genutzt: Väter in

Kurzarbeit leisteten mehr als acht Stunden am Tag Familienarbeit. Bei ihnen war und ist Zufriedenheit mit dem Familienleben besonders hoch.

Auf der anderen Seite ist bekannt, dass Frauen und gerade Mütter häufiger marginal erwerbstätig sind und damit keinen Anspruch auf Kurzarbeit haben. Es liegt nahe, dass gerade diese Gruppe von Frauen, die ohnehin vormals keine starke Anbindung an den regulären Arbeitsmarkt hatte, je nach Paarkonstellation sich in der Alleinverantwortung für „Haushalt und Kinderbetreuung“ wiedergefunden hat. Zwar ist marginale Erwerbstätigkeit unter Frauen mit Kindern stark rückläufig, aber etwa jede zehnte Mutter arbeitet weniger als 15 Stunden in der Woche.

Auch Homeoffice hat die Organisation von Arbeit und Familie maßgeblich verändert. Im Lockdown hat etwa jeder vierte Beschäftigte von Zuhause aus gearbeitet. Hatten beide Eltern die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, wurde die Zeit für Familienarbeit relativ egalitär aufgeteilt: im Durchschnitt verbrachten Väter rund sechs Stunden am Tag damit, gut sieben Stunden die Mütter. Der mit der Corona-Krise verbundene sprunghafte Anstieg von Homeoffice verweist darauf, dass starre Arbeitsmuster und die Anwesenheitspflichten vieler Betriebe einer gleichberechtigteren Aufteilung von Beruf und Familie, die Müttern und Vätern Zeit für die Kinder und für die Karriere ließe, oft im Wege stehen.

Damit kann die Pandemie auf der einen Seite der Motor für mehr Geschlechtergleichheit sein. Auf der anderen Seite hat sie die Macht, in bestimmten Paarkonstellationen die bestehenden Ungleichheiten langfristig zu verfestigen oder sogar zu verstärken. Die Pandemie macht jedoch auch klar – und das hatte sich bereits in der globalen Finanzkrise angedeutet – dass ungleiche Paarkonstellationen wie das klassische Ein-Ernährer-Modell fragile Gebilde geworden sind. Dass Paare sich gegenseitig unterstützen, damit beide am Erwerbsleben teilhaben können, ist kein Selbstzweck weiblicher „Selbstverwirklichungsbemühungen“ mehr, wie man aus den Debatten der 1990er Jahre vielleicht noch hat raushören können, sondern längst eine ökonomische Notwendigkeit geworden.

Trennungseltern und Alleinerziehende

Die Pandemie hat nicht alle Familien gleich betroffen und belastet. Die repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zeigen eindeutig, dass Alleinerziehende unter der Pandemie besonders heftig gelitten haben. In dieser Gruppe gingen die Werte für das Wohlbefinden steil

zurück. Eltern, die auf Grund ihrer eigenen (Vor-)Erkrankungen ihre Kinder nicht regulär beschulen lassen konnten, waren ebenso extremen Belastungssituationen ausgeliefert. Das gleiche galt für Eltern mit Kindern, die Risikogruppen angehören oder einen besonderen Förderungsbedarf aufweisen. Diese Gruppen fallen leicht durch alle Raster, in wissenschaftlichen Studien wie in der Politik.

Eine Gruppe Eltern, die ebenfalls regelmäßig durch alle Raster fällt, sind Trennungseltern, d.h. Eltern, die von der Mutter oder dem Vater des Kindes getrennt sind, aber nicht mit dem Kind in einem Haushalt leben. In Deutschland dominiert nach Trennung und Scheidung das „Residenzmodell“, das auch rechtlich stark verankert ist. Das Kind wohnt nach Trennung und Scheidung in der Regel bei der Mutter, und der Vater erhält „Umgang“. Getrennt lebende Väter (und in Einzelfällen auch Mütter) waren während des (ersten) Lockdowns oft nicht in der Lage, kontinuierlich mit ihren Kindern in Kontakt zu bleiben. Die Politik hat sich dieser Gruppe erstaunlich wenig angenommen.

Mehr noch: Die Rhetorik und Regelungen der Pandemie sind, wie dies vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesfamilienministeriums in verschiedenen Stellungnahmen bereits mehrfach unterstrichen worden ist, durchzogen von einem überkommenen Bild der heilen Kernfamilie, bestehend aus Mutter, Vater, Kind(ern), die zusammen in einem Haushalt wohnen. In diese Keimzelle der Gesellschaft solle man sich während der Pandemie bitte zurückziehen! Dass mittlerweile das Familienleben durch Diversität geprägt wird und sich Familie zumal auf Grund von Trennung und Scheidung über verschiedene Haushalte erstrecken kann, vermisst man nicht nur schmerzlich in der aktuellen Debatte, sondern vor allem in den wohlgemeinten Empfehlungen.

Etwa 20 bis 30 Prozent der Kinder erfahren bis zu ihrem eigenen Erwachsenwerden, dass sich die Eltern trennen. Diese Kinder zu bitten, sich auch aus ihrer Kernfamilie und ihrem „eigenen“ Haushalt zurückzuziehen und „alle Kontakte außerhalb des eigenen Haushalts zu unterlassen“, wie es die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in ihrer aktuellen Stellungnahme verlangt, ist ein missverständliches Signal. Etwas zugespitzt könnte man behaupten, dass Kinder implizit dazu aufgefordert werden, den Kontakt zum getrennt lebenden Elternteil einschlafen zu lassen bzw. der Pandemie zu opfern.

Homeoffice für die Mehrzahl der Beschäftigten gar nicht möglich

Seit Mitte Dezember versucht die Regierung, dem anhaltend hohen Infektionsgeschehen durch einen harten Lockdown entgegenzutreten. Mindestens bis zum 10. Januar ist die Schulpflicht aufgehoben, und es wird „nachdrücklich zur Arbeit im Homeoffice“ aufgefordert. Vielleicht geht der Lockdown noch länger. Dass die Politik diesen Weg geht, ist sicher weitgehend berechtigt. Allerdings ist es ärgerlich, dass wieder einmal keine Überlegungen zur Organisation des Familien- und Arbeitslebens angestellt worden sind - bis auf den Hinweis der „nachdrücklichen“ Nutzung von Homeoffice. Das ist für die Mehrzahl der abhängig Beschäftigten gar nicht möglich.

Sicher, der Zeitpunkt ist gut gewählt, da Schulen und Kitas teilweise ohnehin geschlossen und viele Erwerbstätige über die Feiertage bis in das kommende Jahr hinein Urlaub genommen haben. Hat man das aber nicht getan, was ist dann? Ist man angehalten, seinen Jahresurlaub der Pandemie zu opfern? Oder doch lieber einen Schnupfen vortäuschen und sich einen Krankenschein holen? Oder soll man auf die Kulanz des Arbeitgebers vertrauen, der vielleicht Verständnis dafür hat, dass man im Homeoffice mit plärrenden Kindern im Hintergrund ohnehin keinen klaren Gedanken fassen kann?

Von der Politik wie auch von den wissenschaftlichen Stellungnahmen ist zu erwarten, dass diese nicht nur die Pandemie im Blick haben, sondern auch die Lebenswirklichkeiten der Menschen. Diese Lebenswirklichkeiten bestehen zum einen daraus, dass Eltern nicht zwangsläufig mit ihren Kindern im gemeinsamen Haushalt leben. Sie bestehen auch daraus, dass Eltern erwerbstätig sein können, seien sie zusammenlebend, alleinerziehend oder getrennt. Homeoffice darf nicht bedeuten, dass man sich neben einer Vollzeitberufstätigkeit noch gleichzeitig um kleine Kinder kümmern muss. Denn so überfordert man Eltern und diskreditiert Homeoffice, da Arbeitgeber so lernen, dass Eltern in Homeoffice weniger produktiv sind.

Die Erweiterung der Kinderkrankentage und der Entgeltfortzahlung für Eltern sind hilfreich. Aber es fehlt ein Angebot zur flexiblen temporären Reduzierung der Arbeitszeit. Sind Kitas und Schulen geschlossen, bedarf es klarer Aussagen der Politik, inklusive eines Appells an Unternehmen und Arbeitgeber, mit denen Wege aufgezeigt werden, wie Eltern dem Lockdown-Dilemma entkommen können, damit sie ihrem Anspruch als verlässliche Erwerbstätige und sorgende Eltern gerecht werden können, gleich ob Mutter oder Vater.

8 Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen

Vera Clemens, Sabine Andresen und Jörg M. Fegert

Veröffentlicht in FAZ.NET am 21.12.2020

Existenzielle Sorgen, das Gefühl der Überforderung, körperliche Erschöpfung und gesundheitliche Beeinträchtigungen waren für einen Teil der Familien schon vor der Pandemie Alltag. Diese Herausforderungen haben sich 2020 verschärft.

Konflikte gehören zum Alltag von Familien, und zu Familiengeschichten gehören in der Regel Narrative über Streit und Versöhnung, Trennung und Kontaktabbrüche, Eifersucht und Konkurrenz. Die Elterngeneration sieht sich in der Verantwortung, vielfältige Konflikte zu moderieren, Kinder möglichst fair zu behandeln und auch in den transgenerationalen Beziehungen der Verantwortung gegenüber der Großelterngeneration gerecht zu werden.

Die komplexen Strukturen des modernen Alltags bergen schon als solche einigen Konfliktstoff. So herrscht beispielsweise in vielen Familien der Eindruck vor, in ihrem Alltag sei alles „auf Kante genäht“, Zeitmangel und Zeitdruck stünden daher einem harmonischen Familienleben entgegen. Arbeitgeber fordern flexible Arbeitszeiten, und Schulen erwarten auch im Ganztagsbetrieb ein Engagement von Müttern und Vätern.

„Vereinbarkeit“ von diesem mit jenem ist ein Schlagwort, das schnell gesagt ist. Gemeint sind oft mühsame Aushandlungsprozesse mit Blick auf Zeitbudgets, Autonomie und Selbstverwirklichung. Autonomie und das Verfolgen eigener Interessen wird in unseren Vorstellungen von einem modernen Leben nicht nur von Erwachsenen, sondern auch schon von Kindern und Heranwachsenden gefordert. Es wird im Grunde erwartet, dass jede Person ihre spezifischen Interessen verfolgt und in der Freizeit möglichst vielfältigen Aktivitäten und Hobbys nachgeht. Gleichzeitig soll Familie aber Gemeinsamkeit, Zusammenhalt, ja Halt in schwierigen Zeiten geben und Empathie sowie Rücksichtnahme lehren und praktizieren.

Einige klassische Konfliktthemen sind äußerst hartnäckig. So ist aus Befragungen von Kindern unterschiedlichen Alters bekannt, dass die Hausaufgaben aus ihrer Sicht vielfach zu Streit und Konflikten führen. Und auch die Eltern betonen, dass sie bei der Erledigung der schulischen

Aufgaben zu Hause weniger liberal seien als in anderen Erziehungsfragen. All das muss in einem angespannten Tages- und Wochenrhythmus untergebracht werden.

Wenn aber das Familienleben schon zu halbwegs normalen Zeiten durch eine Vielzahl an Anforderungen geprägt war, wie ist es wohl erst zu Corona-Zeiten? Was verbirgt sich hinter der Einschätzung, dass die Komplexität durch die Pandemie erheblich zugenommen hat? Und welche Familien haben es besonders schwer?

Zunächst ein auf den ersten Blick erstaunlicher Befund: In einer Online-Befragung von 25.000 meist erwerbstätigen Müttern – „Kinder und Familien in Zeiten von Corona“ (KiCo) – gab eine Gruppe von Teilnehmerinnen an, die gesellschaftliche Vollbremsung während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 auch als Phase der Entspannung, der Entlastung und der Befreiung vor allem vom Zeitdruck und einer überbordenden Organisation des Familienalltags erlebt zu haben. Diejenigen Mütter und Väter aber, die schon vor dem Ausbruch der Pandemie erhebliche existenzielle Sorgen hatten und deren Kinder ihren Alltag schon länger mit Entbehrungen und Mangel Erfahrungen verbanden, haben seither weitere Belastungen zu schultern.

Was etwa an Mittagessen in Kita und Schule wegfiel, musste mit einem unveränderten Grundsicherungsbetrag bestritten, schulische Aufgaben im so genannten Homeschooling vielleicht nur mit einem Endgerät, einem geringen Datenvolumen und ohne Drucker für zwei Schulkinder erledigt werden. Neben den Konfliktstoff des individuellen Familienlebens sind 2020 daher weitere gesellschaftliche Anforderungen mit durchaus hohem Stresspotenzial getreten.

Existenzielle Sorgen, Unsicherheit, der Wegfall von familiärer Unterstützung etwa durch Großeltern, das Gefühl der Überforderung, körperliche Erschöpfung und – auch ein zentrales Thema der Elternbefragung KiCo – gesundheitliche Beeinträchtigungen waren für einen Teil der Familien in Deutschland schon vor der Pandemie Alltag. Diese Herausforderungen haben sich im Jahr 2020 verschärft und – davon ist auszugehen – auch größere Kreise erfasst.

Hinzu kommt mit der Pandemie die Angst, sich selbst und andere anzustecken, innerhalb und außerhalb der Familie. Beziehungen müssen teils neu gestaltet werden, längst nicht jedes Gespräch zwischen Enkelin und Großmutter lässt sich über das Telefon oder gar per Videokonferenz führen. Die Elterngeneration betreibt eine permanente Güterabwägung, etwa

ob ein Besuch bei den Großeltern vielleicht doch möglich ist oder die Kinderbetreuung durch Dritte erfolgen kann. All das muss mit Blick auf Infektions- und Gesundheitsrisiken der Betroffenen, aber auch angesichts bestehender Bindungen und Beziehungserwartungen individuell entschieden werden.

Insbesondere die mittlere Generation, die Elterngeneration, ist somit in der Corona-Pandemie ganz besonders gefordert. Sie muss Kontakte moderieren, allgemeine Regeln erklären, sich über stets neue Entwicklungen und Vorgaben informieren und all dies auf die Familie und das Familienleben interpretierend anwenden.

Gerade diese Vermittlerrolle bringt manche Eltern in die Not, ihren jugendlichen Töchtern und Söhnen oder auch den Großeltern angesichts widersprüchlich wirkender politischer Vorgaben in den Ländern sinnstiftende Angebote zu machen. Sie müssen im Lichte kontroverser Debatten in der Politik und in den Medien festlegen, welchen „Reim“ sich die einzelne Familie jeweils machen soll. Es sind die Familienmitglieder, die derzeit alle möglichst „bei der Stange“ halten und der hochbetagten Urgroßmutter oder dem Großvater in einer Pflegeeinrichtung erklären müssen, warum die Besuchsregelungen unter Corona-Bedingungen so anders sind.

Gleichzeitig muss glaubhaft vermittelt werden, dass man da ist, tröstet, Kontakt hält und dass niemand aufgegeben wird. Den nach draußen drängenden Jugendlichen möchten viele Eltern ein attraktives Angebot zuhause machen – und erleben es manchmal schon als Niederlage, wenn Jugendliche sich zurückziehen und das tun, was sie häufig schon vor Corona ausführlich getan haben, nämlich sich mit ihren Freunden im Internet auszutauschen.

Im Einzelnen klingt all das vielleicht nicht nach einer Belastung. Aber in der Summe und über einen längeren Zeitraum hinweg darf diese Moderationsleistung nicht unterschätzt werden. Gerade die mittlere Generation ist alleine schon dadurch stärker als bisher eingespannt, weil die „ganz normale Versorgung“ viel mehr Zeit in Anspruch nimmt. Durch die Begrenzung der Personenzahl auch in Discount- und Supermärkten, Bäckereien oder Gemüseläden hat sich die Wartezeit vor den Geschäften erhöht, und das vor allem zu den Zeiten, in denen Berufstätige einkaufen können.

Konflikte gelassen und friedfertig moderieren

Freilich sind die Anforderungen an das Organisationstalent von Eltern je nach Berufstätigkeit verschieden. In Familien, in der die Eltern häufig im Schichtdienst verfügbar sein müssen, etwa im Krankenhaus in Pflegeeinrichtungen und -diensten, geht es anders zu als in Familien, in denen beide Eltern sich wegen der räumlichen und technischen Ressourcen für ein Homeoffice abstimmen müssen. Wieder anders sind die Problemlagen, wenn ein Elternteil im Homeoffice ist und ein anderer Elternteil als „systemrelevant“ besonders stark beansprucht wird, etwa als Pflegekraft. Prekäre, in langwierigen Findungs- und Aushandlungsprozessen erreichte Balancen im Alltag kommen in Bewegung und können auch auf der Beziehungsebene des Elternpaars manches infrage stellen.

Die aktuelle Pandemie stellt folglich die Familie als Institution und die einzelnen Familienmitglieder in ihren verschiedenen Rollen vor ein ganzes Bündel von Herausforderungen. So hat sich in der Debatte über die Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen gezeigt, dass neben Jugendlichen und Heranwachsenden, die vor allem in der Pflege der für die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben notwendigen Peer-Beziehungen eingeschränkt waren, Familien mit kleinen Kindern zu den besonders Betroffenen gehören.

Angesichts der Verdichtung von Anforderungen, der Bewältigung von Aufgaben, die normalerweise aus der Familie ausgelagert sind, und dem Wissen, dass eine laufende Nase einem Kindergartenkind ein paar zusätzliche Tage zu Hause beschert, ist es Müttern und Vätern hoch anzurechnen, wenn sie die Konflikte in der Familie gelassen und friedfertig moderieren und einen Ausgleich schaffen.

Der lange Schatten von Kindheitserfahrungen

Doch wie sie mit solchen Belastungen umgehen, kann durch längst vergangene Erlebnisse aus der Kindheit der Eltern beeinflusst werden. Körperliche oder emotionale Misshandlung, Vernachlässigung oder sexueller Missbrauch, aber auch das Miterleben von Gewalt zwischen den Elternteilen können sich als sogenannte belastende Kindheitserfahrungen wie ein Schatten auf die Versuche legen, die aktuellen Krisen zu bewältigen.

Diese Erfahrungen können auch beeinflussen, ob wir psychisch oder körperlich erkranken und auch, wie erfolgreich wir Stresssituationen wie die derzeitige Pandemie meistern. Eine Online-Umfrage im Frühjahr etwa, an der insgesamt 1399 Personen teilnahmen, ergab, dass alle Menschen, aber in stärkerem Maße die mit Kindheitsbelastungen während des Lockdowns damit rechnen mussten, dass depressive Symptome zunehmen könnten.

Wenn sie selbst als Kind belastende Erfahrungen gemacht hatten, beschrieben Eltern den Alltag mit ihren Kindern eher als chaotisch. Ähnliches gilt für Gewalt in der Familie: Je mehr Kindheitsbelastungen Eltern erlebt haben, desto größer war bei ihnen die Sorge, das eigene Kind zu schlagen. Dieser Zusammenhang zwischen selbst erlebten Kindheitsbelastungen und dem befürchteten Einsatz körperlicher Gewalt in der Erziehung ist bekannt als sogenannter „cycle of violence“.

Eindrücklich zeigte sich dieser Teufelskreis kürzlich bei einer Repräsentativbefragung von 2500 Personen in Kooperation mit Unicef und dem Deutschen Kinderschutzbund. Wer in der eigenen Kindheit Körperstrafen erlebt hat, befürwortete die Aussage „Ein Klaps auf den Hintern hat noch keinem Kind geschadet“ mit 16-fach höherer Wahrscheinlichkeit als andere Teilnehmende. Auch emotionale Gewalt in der eigenen Kindheit erhöht das Risiko, solch bagatellisierenden Aussagen zu Körperstrafen zuzustimmen.

Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen

Die Studie zeigte aber auch: Nicht alle, die in der Kindheit Gewalt erlebt haben, geben diese an ihre eigenen Kinder weiter. So lehnte immerhin jede dritte weibliche Teilnehmerin und fast jeder vierte männliche Teilnehmer den sogenannten „Klapp auf den Hintern“ in der Erziehung ab, obwohl sie in der Kindheit Körperstrafen erlebt hatten (zum Vergleich: Bei den anderen Teilnehmenden lag die Ablehnung bei knapp 86 Prozent). Frauen scheinen den „cycle of violence“ häufiger proaktiv zu durchbrechen. Ähnliches gilt für Personen mit höherem Haushaltseinkommen.

Ökonomischer Druck ist ein wohlbekannter Risikofaktor für Gewalt in der Familie, wie viele internationale Untersuchungen aus Zeiten wirtschaftlicher Rezession zeigen. Auch in der bereits erwähnten Online-Umfrage über den ersten Lockdown zeigten Eltern mit einem Einkommensrückgang um mehr als ein Viertel eine stärkere Tendenz, ihre Kinder anzuschreien oder mit ihnen ungeduldig zu sein.

Dass ökonomischer Druck zu größerer Anspannung bei Eltern und somit negativem Verhalten mit den eigenen Kindern führen kann, ist noch leicht nachvollziehbar. Warum aber befürworten Menschen, die selbst unter der körperlichen Gewalt ihrer Eltern gelitten haben, eher Körperstrafen? Die Antwort ist nicht einfach. Der erlernte Umgang mit Konflikten in der Familie spielt eine große Rolle. Wer beim Heranwachsen körperliche Gewalt erlebt hat, wurde durch Machtausübung zum Gehorsam gezwungen. Solche Kinder lernen, dass sich Gewalt durchsetzt. In der Folge wollen sie, wie bereits Horkheimer und Adorno postulierten, selbst stark werden.

In der Tat zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse, dass die intergenerationale Weitergabe körperlicher Gewalt in der Erziehung stark von autoritären Einstellungen abhängt. Demnach geben Eltern, die in ihrer Erziehung körperliche Gewalt erlebt haben, diese vor allem dann an ihre Kinder weiter, wenn sie autoritäre Ansichten vertreten.

Die eigenen Impulse besser verstehen

Was lässt sich aus diesen Erkenntnissen für das Verhalten in den vor uns liegenden Monaten lernen, in denen die Einschränkungen des alltäglichen Lebens noch spürbar sein werden? Zunächst einmal – ja, das eigene Erleben von Gewalt in der Kindheit ist ein Risikofaktor für körperliche Gewalt in der Erziehung, auch in der aktuellen Situation. Es ist wichtig, dass Eltern diesen Zusammenhang kennen, um die eigenen Impulse besser zu verstehen und bewusst Alternativen im Erziehungsverhalten einüben zu können. Denn – auch das wissen wir – die meisten Eltern wollen die Konflikte in der Familie nicht durch Gewalt lösen. Im Gegenteil, viele schämen sich dafür.

Es ist wichtig, dass betroffene Eltern um dieses erhöhte Risiko wissen, sich mit dem Thema auseinandersetzen und gegebenenfalls Unterstützung suchen. Diese können etwa Erziehungsberatungsstellen und das Elterntelefon der „Nummer gegen Kummer“ bieten.

Auch der gesellschaftliche Diskurs, wie beispielsweise kürzlich die Debatte zum zwanzigjährigen Bestehen des Rechts auf gewaltfreie Erziehung in Deutschland, kann diesen Prozess unterstützen. Der Staat muss gezielt Hilfe und Unterstützung gewähren. Beratung für den Umgang mit Konflikten in der Familie, Anlaufstellen für „Täter“ und „Opfer“ der Gewalt, aber auch finanzielle Entlastungen für Familien sind gerade jetzt wesentlich.

Gleichzeitig aber ist festzustellen, dass viele Angebote nur eingeschränkt erreichbar sind und Selbsthilfegruppen aufgrund der pandemiebedingten Hygienevorschriften ihre segensreiche Unterstützungstätigkeit fast komplett einstellen mussten. Gerade die Eltern, die ihre Belastungen spüren und deshalb Halt und Unterstützung suchen, stehen deshalb derzeit bei der Inanspruchnahme von Hilfe und Selbsthilfe vor besonderen Schwierigkeiten. Eine prekäre Stabilität, welche bestimmte Familien dank Unterstützung erreicht hatten, kann akut infrage gestellt werden.

Gegenseitige Unterstützung und gegenseitiges Verständnis scheinen hier eine „Zauberformel“ zu sein, denn die oben genannte zitierte Untersuchung während des ersten Lockdowns zeigte auch Erfreuliches. Zwar nahm die Zufriedenheit der Eltern ab, wenn sich nur ein Elternteil um die Kinderbetreuung kümmerte. Konnten sich aber beide Eltern die Kinderbetreuung zu gleichen Teilen aufteilen, dann stieg die Zufriedenheit sogar.

Dieses Ergebnis soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach bisherigen Forschungsergebnissen Frauen auch während der Pandemie die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen. Erlebte Unterstützung und solidarische Aufteilung neuer Aufgaben und Herausforderungen können dazu beitragen, dass Familien die Herausforderungen der Pandemie meistern.

Nicht nur Personen mit akuten psychischen oder Suchtproblemen, sondern auch Elternteile mit belastenden Erfahrungen, die sie längst bewältigt glaubten, zählen in der Pandemie zu den besonders gefährdeten Personen. Gerade vor Weihnachten, wo es darum geht über mögliche Kontakte zu sprechen, Beziehungen zu priorisieren und Entscheidungen für oder gegen Besuche zu vermitteln, kann das ohnehin bestehende Konfliktpotential in Familien durch konflikthafte Erinnerungen und Erfahrungen, über die oft nicht gesprochen wird, obwohl die Familienmitglieder alle etwas wissen oder ahnen, besonders belastet werden.

Wohin mit den Familiengeheimnissen?

Familiengeheimnisse wie eine Vergewaltigung, die die Urgroßmutter auf der Flucht vor der Roten Armee im Winter 1945 erlebt, aber über die sie nie gesprochen hat, das Gefühl, weniger geliebt zu werden als die Schwester, oder lange zurückliegende sexualisierte Übergriffe bei Familienfeiern durch einen Onkel, die im Nachhinein in der Familie bagatellisiert und ins Lächerliche gezogen wurden, können wieder aktuell werden. Neben dem Versuch, den

Hygieneanforderungen und den Interessen der Familienmitglieder gerecht zu werden, bilden sie eine mehr oder weniger unbewusste Hintergrundfolie mit Konflikt- und Kränkungspotential. Hier kann es keine einfachen Antworten, keine „One size fits all“-Lösungen geben. Aber es mag hilfreich sein sich zu vergegenwärtigen, dass nicht nur die an sich einfachen und für alle gleichen Hygieneregeln, sondern auch unsere unterschiedlichen Lebenserfahrungen und unsere Beziehungswünsche berücksichtigt werden müssen, um Kompromisse für Familien lebbar zu machen.

Der mit der Pandemie verbundene Rückzug ins Private, die Konzentration auf den Kernhaushalt und der Wegfall der Unterstützung durch die weitere Familie, etwa durch Großeltern, bergen die Gefahr, dass längst vergessen geglaubte eigene Erziehungserfahrungen, unter der akuten Belastung, zu Risiken werden.

Gerade bei den Personen aus der Großeltern- und Urgroßelterngeneration, die derzeit teilweise lange Zeit alleine sind, kann eine Beschäftigung mit dem eigenen Leben, auch mit den eigenen familiären Erfahrungen und Belastungen, aber auch entlastend wirken. Zahlreiche Biografieprojekte haben gezeigt, dass Narrative über die eigenen Lebenserfahrungen guttun. Vielen Personen hilft es auch zu wissen, ihren Kindern und Enkelkindern ein Zeugnis zu hinterlassen, welches dokumentiert und erklärt, warum sie ihr Leben so gelebt haben, wie sie es bislang gelebt hatten. Auch dies ist gelebte Familienbeziehung, wenn die Isolation in der Pandemiesituation nicht nur damit zugebracht wird, auf Besuch zu warten, sondern in dem erzwungenen Innehalten die Chance genutzt wird, sich bewusst mit dieser tiefergehenden Ebene der Generationenbeziehungen auseinanderzusetzen, die Familien und Familiengeschichten ausmachen.

9 Familien nicht mit der Gießkanne fördern

C. Katharina Spieß und Sabine Walper

Veröffentlicht in FAZ.NET am 29.12.2020

Die Familie hat als Bildungsort auch in der Pandemie sehr gut funktioniert. Eine flächendeckende Förderung von Familien erscheint aber nicht angebracht. Das knappe Geld muss zielgerichtet eingesetzt werden.

„Was ist jetzt mit dem Übungsblatt? Bist Du mit deiner Englisch-Grammatik-Aufgabe klar gekommen? Hast du die Aufgaben überhaupt gemacht?“ Die Antwort aus dem Off wirkt genervt, irgendwas mit „Drucker kaputt“ und „Die anderen kapierten das auch nicht...“. Vielsagender Blick von der Mutter zum Vater, der gerade aus der Videokonferenz auftaucht und rasch einen Kaffee holen will, bevor die nächste Besprechung startet.

„Frag doch deine große Schwester, die hatte den Stoff im vorletzten Jahr.“ Die große Schwester kümmert sich aber gerade um den noch kleineren Bruder, damit dieser nicht das dritte Video heute anschaut. Unverständliches Gegrummel aus dem Off, irgendwas mit „Folter“ und „schaut sowieso keiner an“. Die Braue der Mutter zieht in die Höhe: „Aha, Englisch ist egal, oder? Weil Du Youtube-Star werden willst?“ Der Vater erbarmt sich, nimmt den Kaffee und geht zu seinem Pubertier, während Trotzkopf doch sein drittes Video schaut.

Seit Monaten steht die Frage im Raum, wie die Schließung von Schulen wegen der Corona-Pandemie die Bildungschancen unserer Kinder beeinflusst. Fachleute aus der Erziehungswissenschaft und der Psychologie werden nicht müde zu betonen, wie wichtig das Lernen im Klassenverband und unter Anleitung pädagogischer Fachkräfte ist. Insbesondere Soziologinnen und Soziologen befürchten, dass Bildungsungleichheiten zunehmen werden, und Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -ler rechnen vor, wie hoch die Kosten sind, wenn Bildungsphasen durch Schulschließungen unterbrochen werden.

Bildung in der Familie kommt vorrangig als ein Ersatz für Schule in den Blick. Diese Perspektive greift zu kurz. Familie ist ein eigenständiger Akteur und nicht nur eine Rückfallposition für andere Bildungsinstitutionen. Deshalb muss die Familie mit ihrem besonderen Bildungsauftrag in den Fokus rücken. Bildungsökonomisch drücken dies Pedro Carneiro und der

Nobelpreisträger James Heckman so aus: *„Families are just as important, if not more important than schools in producing human capital.“* Auch wenn diese technische Beschreibung zunächst befremden mag, so macht sie doch deutlich, dass die wichtigste Ressource, die Deutschland als rohstoffarmes Land besitzt, das Humanvermögen, insbesondere in der Familie entsteht und von ihr „produziert“ wird. Familie ist also systemrelevant!

Familien sind aber nicht per se ein „Ort“, der sich auf einen gemeinsamen Haushalt reduzieren damit räumlich eingrenzen ließe. Familie ist mehr: Familie bietet den Rahmen und Kontext für wechselseitige Einflüsse und Lernprozesse zwischen Eltern und Kindern, Großeltern und Enkeln, Geschwistern und weiteren Angehörigen der Familie. Dort überall finden informelle Lernprozesse statt. Der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium hat dies seit seiner Gründung vor fünfzig Jahren immer wieder betont. Jedoch wird in diesen Pandemiezeiten kaum darüber gesprochen, ob, und wenn ja, wie diese informellen Lernprozesse in der Familie durch Corona und die damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus beeinträchtigt werden.

Wie beeinflusst die Pandemie etwa die Anregungsqualität von Familie als Lernumwelt? Was wäre das Lernen von Kindern in Zeiten von Schulschließungen, wenn Familie kein kompetentes Gegenüber mehr sein könnte? Wie werden Eltern ihrer Rolle als kompetente Förderer und Lernbegleiter ihrer Kinder gerecht, wenn sie selbst belastet und besorgt sind? All dies sind Aspekte, welche im Blick auf die Familie als zentralen Akteur bei der Entwicklung von Humanvermögen nicht übersehen werden dürfen.

Was zählt? Die Familienqualität!

Die Qualität der Lebens- und Entwicklungsbedingungen in Familien lässt sich – genauso wie auch die anderer Lernumwelten – in drei Dimensionen erfassen: Es geht um Struktur-, Prozess- und Orientierungsqualität. Alle drei Dimensionen sind in den vergangenen Monaten von außen kommenden Veränderungen unterworfen worden.

Die Strukturqualität einer Familie etwa bemisst sich unter anderem nach der Erwerbstätigkeit der Eltern und dem Haushaltseinkommen. Im Jahr 2018 etwa übte ein Drittel der Mütter mit Kindern unter zwölf Jahren eine „systemrelevante“ Tätigkeit aus, ein Drittel ging einer anderen Tätigkeit nach und ein Drittel war nicht erwerbstätig. Bei den Vätern war es etwa auch ein Drittel, welche systemrelevante Tätigkeiten ausgeübt haben, während zwei Drittel einer

anderen Tätigkeit nachgingen. Diese Eltern mit systemrelevanten Tätigkeiten werden in Pandemie-Zeiten besonders gefordert – sie müssen auch noch außerhalb der Familie ganzen Einsatz zeigen. Dies geschieht teilweise im Homeoffice, aber vor allem am Arbeitsplatz außerhalb des eigenen Haushalts. Insgesamt haben von den erwerbstätigen Eltern mit Kindern unter 16 Jahren in diesem Frühjahr 27 Prozent von zuhause aus gearbeitet, 51 Prozent weiterhin an ihrem angestammten Arbeitsplatz, 22 Prozent waren in Kurzarbeit oder freigestellt, so die „Mannheimer Corona Studie“. All dies macht die Herausforderungen für Familie deutlich!

Aus dieser und anderen Studien lässt sich aber auch ableiten, dass die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie vor den Familien nicht haltmachen. Die Armut wird zunehmen, und dies, obwohl schon vor der Pandemie jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut aufwuchs. Gerade in von Armut betroffenen Familien arbeiten die Eltern besonders häufig als Mini- oder Midijobber, oft sind ihre Arbeitsverhältnisse befristet, viele sind nur als Leiharbeiter oder in Teilzeit beschäftigt. Diese Arbeitsverhältnisse sind von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen sind. Finanzielle Sorgen dieser Familien werden daher noch zunehmen.

Fatal für die Familie als Bildungsort ist aber nicht nur der Wegfall finanzieller Ressourcen. Armut kann sich auf das Erziehungsverhalten von Eltern auswirken. Wer finanzielle Sorgen hat, ist häufiger abgelenkt und bedrückt, behält womöglich die Bedürfnisse der Kinder weniger im Blick und wirkt oft weniger zugewandt. Steigt die Reizbarkeit, nimmt auch das Schimpfen zu, das vielleicht im nächsten Augenblick durch Gesten der Zuneigung wiedergutmacht werden soll. Alles in allem nimmt dann häufig die Inkonsistenz im Erziehungsverhalten zu.

Eng mit Armut verbunden sind beengte Wohnverhältnisse. Beispielsweise geben nach Erhebungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zehn Prozent der Kinder im Alter von elf und zwölf Jahren an, kein eigenes Zimmer zu haben. Knapp 30 Prozent empfinden ihre Wohnung als zu beengt, und etwas mehr als zehn Prozent dieser Altersgruppe hat zuhause keinen PC oder Laptop zur Verfügung. Keinen eigenen Schreibtisch zu haben geben insbesondere leistungsschwächere Kinder dieser Altersgruppe an – und das in einer Größenordnung von mehr als zehn Prozent. Wie aber ergeht es erst Familien mit Flucht- oder Migrationshintergrund, die in Gemeinschaftsunterkünften leben? Wie kann hier familiäre Strukturqualität gerade in Corona-Zeiten gewahrt werden?

Und wie steht es um die Orientierungsqualität? Noch ist es zu früh, um valide Aussagen über Veränderungen von Werten, Vorstellungen und Überzeugungen machen zu können. Fest steht aber auch, dass stabile Wertvorstellungen und Überzeugungen auch und gerade für Kinder ein Gerüst in Krisenzeiten sein können. Viele Familien konnten und können diese Orientierung geben – bei anderen wiederum wird vieles von finanziellen oder auch gesundheitlichen Sorgen überlagert.

Die Eltern einbeziehen

Die pädagogischen Interaktionen der Eltern mit dem Kind werden in Kategorien der Prozessqualität erfasst: Das Ideal sind entwicklungsfördernde Eltern-Kind-Aktivitäten und eine ebensolche Eltern-Kind-Beziehung. Beide Dimensionen sind in Krisensituationen von besonderer Bedeutung. Es sind vielfach die fürsorglichen und verlässlichen Beziehungen, die in Familien während einer Krise Halt geben. Aber es gab und gibt in Krisen wie dieser auch Familien, bei denen die Sorgen angesichts der aktuellen Situation oder auch um die Zukunft die Interaktionen überschatten.

Wo das Wohlbefinden der Eltern stark abgenommen hat und die Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen sinkt, ist die Prozessqualität der Familie gefährdet. Auch wenn sich der Alltag vieler Familien aufgrund der Pandemie entschleunigt hat und mehr Zeit für gemeinsame Aktivitäten verfügbar war, so lassen die meisten Untersuchungen darauf schließen, dass Familien, Eltern und Kinder vielfach vor große Herausforderungen gestellt waren. Zumindest sind es die Gruppen mit sinkendem Wohlbefinden, die einer gesonderten Betrachtung bedürfen, denn hier könnte Handlungsbedarf bestehen – im Mittel sind es insbesondere die Mütter mit jungen Kindern.

Denn auch Institutionen wie Kindertageseinrichtungen und Schulen, mit denen gute Erziehungspartnerschaften gelebt wurden, sind mehr oder weniger lange ausgefallen. Mehr als die Hälfte der Eltern von Schulkindern fühlen sich bereits in „Normalzeiten“ dann und wann in Erziehungsfragen unsicher. Die Unsicherheit betrifft vor allem schulische Belange, aber auch andere Erziehungsthemen wie Regeln und Grenzen. Etwa 70 Prozent der Eltern wandten sich in Zeiten vor der Pandemie bei Erziehungs- und Bildungsfragen an die Lehrkräfte des Kindes, die damit neben anderen Eltern die häufigsten Ansprechpartner darstellen. Vor allem Eltern mit niedrigerer Schulbildung wünschen sich noch mehr Beratungsangebote. Gerade diese Eltern verlieren mit Schulschließungen ihre Ansprechpartner und sind meist auf sich gestellt – auch

wenn es vorbildliche Beispiele dafür gab und gibt, wie Eltern und pädagogische Fachkräfte in diesen Fällen kooperieren.

Dies ist wichtig, denn Eltern sind die Erziehungspartner von pädagogischen Fachkräften in Kitas sowie Schulen – und umgekehrt. Sie gilt es deshalb einzubeziehen, wenn es beispielsweise darum geht Konzepte für hybride Lernmodelle und Distanzlernen zu entwickeln. Auch die Eltern müssen Adressaten bildungspolitischer Überlegungen werden. So betont eine Expertengruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften, dass die Kooperation und Kommunikation mit Eltern in der gegenwärtigen Krisenzeit auszubauen ist.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil andere Angebote, in denen Familien vor der Pandemie Unterstützung und Förderung erleben konnten, nur bedingt oder überhaupt nicht zugänglich sind. Das gilt für Eltern-Kind-Kurse sowie familienunterstützende und -ergänzende Maßnahmen wie die Familienbildung und sozialpädagogische Familienhilfe. Diese Angebote schließen verschiedene Formen der Beratung ein, darunter die Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung sowie die auf die Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme bezogene Erziehungsberatung. Viele dieser Dienste können derzeit nicht oder nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden.

Auch der Bereich der „Frühen Hilfen“ ist von den Auswirkungen der Pandemie nicht verschont geblieben. Kann aber die Anregungsqualität von Familien nicht frühzeitig unterstützt werden, können fehlende Angebote mittel- bis langfristig mit besonders schwerwiegenden Folgen verbunden sein, da sich die Effekte vielfach über die Zeit kumulieren. Insofern wäre aber gerade in Pandemiezeiten eine bessere Kooperation zwischen den sozialen Diensten und dem Gesundheitswesen von besonderer Bedeutung, wie es die „Frühen Hilfen“ in Normalzeiten versuchen.

Unterstützung: online und gezielt

Welchen Handlungsbedarf leiten wir daraus ab? Auf der einen Seite sind viele Familien als Bildungsort von der Pandemie nicht signifikant beeinträchtigt – in diesen Fällen funktioniert Familie weiterhin als der zentrale Ort, welcher Humanvermögen entwickelt. Fest steht aber auf der anderen Seite auch, dass belastende Veränderungen in anderen Familien dazu beitragen haben, dass Unterstützungsbedarfe entstanden sind oder sich vergrößert haben. Dies trifft besonders auf erwerbstätige Eltern zu – über deren Unterstützungsbedarf bei der

(Teil)schließung von Bildungseinrichtungen haben wir an anderer Stelle dieser FAZ.NET-Reihe bereits geschrieben. Wo aber die Eltern beispielsweise vom Verlust des Arbeitsplatzes oder von Kurzarbeit betroffen sind, wäre es wichtig, dass sie Angebote der Familienbildung und anderer Beratungseinrichtungen auch im (Teil-)Lockdown wahrnehmen können.

Auch auf diesem Feld führt kein Weg an digitalen Kommunikationsformen vorbei - seien es Anrufe, Videokonferenzen oder Podcasts. Auch hier muss es darum gehen, Beratungsstellen entsprechend auszustatten. So könnten beispielsweise familienunterstützende Apps gezielt zur Verfügung gestellt werden. An fehlendem Geld darf dieses Vorhaben nicht scheitern. Denn pandemiebedingt werden bestimmte Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nicht wie gedacht beansprucht, da etwa die Unterstützungsleistungen für Ausflüge von Schulen und Kitas oder für das Mittagessen an Schulen wegfallen. Diese Gelder sollten bei Familien verbleiben und beispielsweise in zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote investiert werden.

Nach der Pandemie muss es darum gehen, sehr gezielt jene Familien zu identifizieren, bei denen fehlende Unterstützung und Beratung schnellstmöglich nachzuholen ist. Hilfen brauchen insbesondere armutsgefährdete Familien sowie solche, die größeren psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Sie zu unterstützen ist eine Investition, die sehr rentabel ist. Ist das Kind erst einmal „in den Brunnen gefallen“, ist es kostspielig es wieder herauszuholen – abgesehen von den anderen negativen Begleiterscheinungen, die ein solcher Absturz mit sich bringt.

Insgesamt hat die Familie als Bildungsort auch in der Pandemie vielfach sehr gut funktioniert. Eine flächendeckende und mit der Gießkanne ausgeschüttete Förderung von Familien erscheint daher nicht angebracht. Vielmehr müssen die knappen Gelder zielgerichtet eingesetzt werden für jene Familien, deren Qualität gelitten hat. Nur wenn wir so in unser Humanvermögen investieren, verwenden wir die in Krisenzeiten noch knapper werdenden Ressourcen effektiv und effizient.

10 Wenn zwei sich streiten

Kurt Hahlweg, Sabine Walper und Beate Ditzen

Veröffentlicht in FAZ.NET am 02.01.2021

Kontaktbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind für viele Paare eine Herausforderung. Was tun, wenn sich die Stimmung verdüstert?

„Zu mir oder zu Dir?“ Das dürften sich viele junge Paare gefragt haben, als klar war, dass man die Zeit im Lockdown nur ungern allein in der Ein-Zimmer-Wohnung verbringen will. Einsamkeit war absehbar, aber man hatte ja die Wochenenden schon oft miteinander verbracht. Die Zahnbürste war schon da. Eine gute Gelegenheit, Zweisamkeit zu üben.

Lisa konnte ohnehin nicht in die Universität, alle Lehrveranstaltungen liefen online. Lars hatte seinen Beruf jetzt im Homeoffice. Gemeinsame Zeit, die sonst immer zu knapp war, gab es plötzlich im Überfluss. Zweisamkeit pur, im Kokon der kleinen Wohnung. Ein bisschen eng und nur ein brauchbarer Tisch. Wenn Lars seine Videokonferenzen hatte, verzog sich Lisa mit ihren Lehrveranstaltungen in die Küche. Ihr Kopfhörer hatte den Geist aufgegeben, und sie wollte ja nicht stören. Also: erstmal das Geschirr wegräumen. Eigentlich sein Job. Aber will man im Lockdown einen Streit vom Zaun brechen?

Achim und Andrea waren ein eingespieltes Team. Dachten sie zumindest, bis er als Veranstaltungstechniker in Kurzarbeit ging, die beiden Teenager-Söhne auf „Home-Schooling“ umstellten, Andrea aber weiterhin im Supermarkt an der Kasse saß. Die Söhne kamen morgens immer später aus dem Bett, schauten nächtelang Netflix-Serien, und Achim hatte seine liebe Mühe, sie zum Lernen zu motivieren. Prüfungen gab es ja nicht, und die Hausaufgaben wurden ohnehin nicht kontrolliert. Andrea hatte gehofft, dass Achim den Haushalt übernimmt, aber Kochen und Waschen waren nicht sein Ding. Ohnehin lagen seine Nerven blank, weil für seinen Job kein Land in Sicht war.

Als Nora erfuhr, dass sie in den Lockdown gehen müssten, wurde sie bleich. Nach dem letzten großen Krach, bei dem es hoch hergegangen war, hatte sie sich von Norbert trennen wollen. Es war schon lange nicht mehr so, wie sie es sich vorgestellt hatte. Die Töchter litten unter den viel zu

häufigen Konflikten. Jetzt war es unmöglich, eine neue Wohnung zu finden. Sie musste sich arrangieren und durchhalten.

Grüblerisches Kreisen

Kontaktbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind für viele Paare eine Herausforderung. Sorgen um die Gesundheit, Existenzängste, Konflikte wegen der Kinderbetreuung und ein Familienleben, das sich über Monate hinweg auf engstem Raum abspielt, sind einige Beispiele dafür: Die meisten Paare verbringen auch momentan wieder so viel Zeit miteinander wie selten – leider häufig nicht freiwillig. Gewohnte Abläufe, Rituale und Freiheitsgrade brechen weg. Täglich müssen Lösungen improvisiert, Kompromisse gefunden und die permanent hereinprasselnden Corona-Nachrichten verarbeitet werden. Die diffusen Sorgen um die gesundheitliche und finanzielle Zukunft gehen bei einem Großteil der Paare einher mit Mehrarbeit, Organisationschaos und gravierenden Einschränkungen. Viele Partner haben in diesen Tagen kaum mehr die Möglichkeit, zwischendurch ihren „Akku wieder aufzuladen“, und sind dadurch schneller angespannt oder gereizt.

Und wenn die Nerven blank liegen, nehmen Missverständnisse und Streit zu. Dies hat nicht selten Auswirkungen auf Zärtlichkeit und Sexualität und belastet die Beziehungszufriedenheit zusätzlich. Wer seine Anstellung in Gefahr sieht, aber für das Einkommen der Familien verantwortlich ist, wer zur Risikogruppe gehört, sich aber nicht ins Homeoffice zurückziehen kann, wer sieht, dass die Kinder mit dem Lernen zuhause nicht klarkommen, ist selten entspannt und unbekümmert. Ohnehin hängen in Zeiten einer Pandemie Sorgen und Ängste in der Luft. Wer Glück hat, findet Verständnis und Halt beim Partner oder der Partnerin. Sorgen können aber auch zum Mittelpunkt des grüblerischen Kreisens werden, bei dem es zunehmend schwerer wird, einen klaren Gedanken zu fassen. Ängste können überhand nehmen, und das Gefühl, dass einem alles zu viel wird und über den Kopf wächst, mag sich mit Wut und Verzweiflung mischen.

Es kann nicht überraschen, dass Partnerinnen und Partner während einer Krise schneller aufbrausen, mehr schimpfen und einander öfter kritisieren. Im Stressmodus schärfen sich die Sinne für Gefahren. Das Geben und Nehmen wird aufmerksamer überwacht und kritischer bilanziert. Die offene Zahnpastatube wird nicht zugeschraubt, sondern zum Anlass für einen

Streit: „Immer vergisst du..., nie machst du...“. Nichtigkeiten werden Wichtigkeiten, und allzu leicht fallen einem auch all die anderen Probleme ein, die dringend auf den Tisch müssten.

Selten passiert das zu Beginn einer Krisenphase, aber je länger die schwierige Situation dauert, desto mühsamer wird es, die innere Anspannung im Zaum zu halten, erst recht, wenn man sich kaum aus dem Weg gehen kann. Meist sind es zuerst die positiven Zeichen von Zuneigung, Wertschätzung, Fürsorge und Anteilnahme, die seltener werden. Zärtlichkeit und erotische Annäherung werden rar, wenn sich die Stimmung verdüstert und Streit in der Luft liegt. Denn häufig ziehen sich Menschen in belastenden Situationen zuerst einmal zurück – auch in der Partnerschaft. Man geht sich aus dem Weg und kapselt sich ab. Aufgrund der Einschränkungen durch die aktuelle Corona-Situation kann ein befriedender Rückzug gerade bei beengten Wohnverhältnissen schwierig werden. Leicht gerät er zum „dröhnenden Schweigen“, das den oder die andere bewusst ignoriert. Ist ein Rückzug nicht möglich und entfallen andere Möglichkeiten, um Dampf abzulassen, etwa der Sport, dann können sich Partnerprobleme verschärfen und in aggressives Verhalten oder auch körperliche Gewalt umschlagen.

Verschlechterungen der Paarbeziehungen überwiegen

Auch ohne Gewalt wird der Körper in Mitleidenschaft gezogen. Sorgen und Ängste haben erheblichen Einfluss auf die Schlafqualität und belasten das körperliche Wohlbefinden. Sie wirken als Brandbeschleuniger nicht nur für ohnehin bestehende Probleme mit dem Partner, sondern auch für gesundheitliche Einschränkungen. Streiten und die Auseinandersetzung mit Problemen ist anstrengend und kann zu Verspannungen, Rückenschmerzen, Müdigkeit oder Erschöpfung führen. Manche Menschen regen sich sehr auf, reagieren dann z. B. mit erhöhtem Herzschlag und Blutdruck oder werden motorisch sehr unruhig. Herz-Kreislauf-Störungen können zunehmen.

Natürlich leiden nicht alle Partnerschaften unter der Pandemie. Es gibt auch Paare, deren Beziehung sich während der Krise im positiven Sinne intensiviert und die gestärkt aus diesen Corona-Zeiten herausgehen. Daten des Beziehungs- und Familienpanels aus dem späten Frühjahr zeigen jedoch, dass Verschlechterungen der Paarbeziehungen überwiegen. 20 Prozent der Befragten sagten, sie seien in der Partnerschaft zufriedener als zu der Zeit, ehe Covid-19 in einen Lockdown mündete. Für 40 Prozent hatte sich die Partnerschaft verschlechtert, und das für Männer und Frauen gleichermaßen. Damals war es, so die Befragung, wohl noch nicht die Kurzarbeit, die die Zufriedenheit mit der Partnerschaft gedämpft hat. Auch das Arbeiten im

Homeoffice war kein Risikofaktor für eine größere Unzufriedenheit im Vergleich mit der Situation ein halbes Jahr zuvor. Und entgegen allen Erwartungen war die Fürsorge für Kinder eher ein stärkender Faktor für die Partnerschaft als ein zusätzlicher Stressfaktor.

Offenes Ohr nicht garantiert

Die Pandemie beeinflusst Paare nicht nur durch die Veränderungen in ihrem Alltag, die sich wie das Arbeiten und Lernen zuhause, die Einschränkungen der sozialen Kontakte und finanzielle Einbußen aus dem Umgang mit dem Virus ergeben. Auch die Infektionsgefahr selbst ist in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. In der einen oder anderen Form müssen sich fast alle Paare damit auseinandersetzen, dass sich ein Familienmitglied – auch sie selbst – mit dem Virus infizieren, schwer erkranken und sogar sterben kann. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen und stehen die Risikogruppen, vor allem im Seniorenalter. Sind die Kinder aus dem Haus, so müssen sich Paare oft um ihre alternden Eltern kümmern, bei denen ein höheres Risiko für schwerwiegende Folgen einer Virusinfektion besteht. Viele vermeiden den direkten Kontakt aus Angst, die Eltern anzustecken, und fühlen sich hilflos, wie sie damit umgehen sollen.

Bei dem Versuch, in einer Partnerschaft über solche Sorgen oder Bedenken zu sprechen, ist das offene Ohr nicht garantiert. Paare, deren Kommunikation ohnehin belastet ist, können sich schwer tun, über ihre Corona-bedingten Sorgen und Nöte zu sprechen. Darüber hinaus können sich die Partner darin unterscheiden, wie ängstlich sie in Gesundheitsfragen sind und wie sie mit Stressfaktoren wie dem Virus oder mit Existenzängsten umgehen. Der eine möchte vielleicht dringend über die Sorgen um die Eltern, über mögliche Folgen einer Erkrankung oder über die drohende eigene Arbeitslosigkeit sprechen, während die andere solche Diskussionen vermeidet, lieber einfach weitermacht und sich auf das Positive konzentrieren möchte. Solche Unterschiede können für Paare eine deutliche Herausforderung darstellen, wenn jede/-r versucht, den oder die andere so zu beeinflussen, wie es dem eigenen individuellen Bewältigungsstil entspricht.

Homeoffice als harter Doppel-Job

Viele Paare haben Kinder, und die Fürsorge für sie steht im Mittelpunkt des familiären Alltags. Die zusätzliche Zeit mit den Kindern kann wertvoll sein, zumal viele Mütter und mehr noch Väter vor dem Ausbruch der Pandemie das Gefühl hatten, nicht genug für die Kinder da zu sein. Aber über Nacht die Kindergärtnerin oder den Lehrer ersetzen zu müssen, war für die meisten Eltern eine große Herausforderung und ist es auch noch, wenn bei einer Infektion in der Kita

oder Schule das Kind in Quarantäne geschickt wird oder die Einrichtung schließt. Dass Homeoffice die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert, stimmt nur teilweise. Wenn parallel die Arbeit im Homeoffice erledigt und das Kleinkind betreut oder das Lernen der Schulkinder unterstützt werden muss, ist das keine Erleichterung, sondern ein harter Doppel-Job.

Für viele Paare hat sich die eingespielte Arbeitsteilung verändert, und oft muss neu ausgehandelt werden, wie beide von zu Hause aus arbeiten und sich gleichzeitig auch um die Kinder kümmern können. Immerhin scheinen die Chancen oft genutzt worden zu sein, die die neue Konstellation für eine stärkere Präsenz der Väter in der Familie und eine bessere Beteiligung an der Versorgung der Kinder geboten hat und bietet. Der zu Beginn der Pandemie vorhergesagte Traditionalisierungseffekt mit einer deutlich stärkeren Einbindung der Mütter in die Hausarbeit und die vermehrte Fürsorge für die Kinder hat sich jedenfalls nicht eingestellt.

Im Gegensatz zu wirtschaftlichen Fragen und der Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern blieben Kinder lange im toten Winkel der öffentlichen Diskussion. Das hat sich inzwischen geändert. Allerdings beschränkt sich die Diskussion oft auf verpasste Bildungschancen der Kinder und ungleiche Lernbedingungen. Wie sich das veränderte Familienleben und Belastungen der Eltern auf Kinder auswirken können, ist weitaus seltener zur Sprache gekommen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass Kinder schlechter mit der Situation während der Corona-Pandemie zurechtkamen, wenn es mehr Konflikte und chaotische Situationen in der Familie gab, vor allem, wenn die Eltern sehr belastet waren.

Destruktive Konfliktaustragung als Stressfaktor

Wie ihre Eltern miteinander auskommen, ist für Kinder von zentraler Bedeutung. Während Kinder von einer hohen Qualität der elterlichen Paarbeziehung und einer konstruktiven Konfliktaustragung profitieren, ist das Miterleben von destruktiven Konflikten zwischen den Eltern ein bedeutender Stressfaktor. Insbesondere dann, wenn Konflikte sehr häufig sind, mit hoher Intensität und körperlicher Aggression ausgetragen werden und keine Versöhnung stattfindet, bedrohen sie die emotionale Sicherheit von Kindern und schüren die Angst, dass die Eltern sich trennen. Vor allem junge Kinder stehen in der Gefahr, die Konflikte auf sich zu beziehen und Schuldgefühle zu entwickeln – und das umso schneller, je weniger die Eltern sie in einem erklärenden Gespräch entlasten. Hinzu kommt, dass es den Eltern bei ausgeprägten

Partnerschaftsproblemen oft schwerfällt, die Bedürfnisse ihrer Kinder im Blick zu behalten und in der Erziehung liebevoll, klar und konsequent zu sein.

Auch das Zusammenwirken beider Eltern in der Erziehung, das sogenannte *Coparenting*, kann in einer Krise erschwert sein. Gibt es Unstimmigkeiten, Ärger und Enttäuschungen zwischen den Eltern, so fällt es ihnen in aller Regel schwer, in der Erziehung als Einheit aufzutreten und eine gemeinsame Linie zu verfolgen. Stattdessen kommt es häufiger zu Konflikten über Fragen, bei denen die Eltern ihre Erziehungsbemühungen möglicherweise sogar gegenseitig untergraben. Jeder mag sich im Recht fühlen und das Beste für die Kinder wollen. Für Kinder sind solche Probleme im *Coparenting* trotzdem belastend.

Hilfe bei Paarkonflikten

Viele Paare werden mit den durch die Pandemie verursachten Stressfaktoren zu kämpfen haben. Streit und Konflikte sind normal und gehören zum Leben dazu. In Krisenzeiten wie jetzt können Probleme und Konflikte allerdings zunehmen. Da Restaurants, Kinos, Theater, Fitnessstudios, Schulen, Kindergärten sowie Sportstätten wieder geschlossen sind, müssen Familien beziehungsweise Partner auf sehr viel engerem Raum zusammen sein als sonst. Dies kann schön sein, kann aber auch zu Problemen führen oder auch Konflikte verstärken, denen man sonst aus dem Weg gehen kann.

Beeinträchtigungen der Paarbeziehung sind sehr belastend, vor allem, wenn sie lange anhalten. Chronische Partnerschaftskonflikte verändern unseren Hormonhaushalt, schwächen das Immunsystem und belasten Herz und Kreislauf. Sie vermindern die Lebensqualität, verstärken Depressionen und Ängste und nehmen den Lebensmut. Sie stellen damit für die beteiligten Partner nicht nur ein langfristiges Risiko dar, um mit der Belastung durch die Corona-Pandemie zurechtzukommen, sondern verschlechtern auch die Heilungschancen derjenigen, die erkrankt sind.

Eine tragfähige, harmonische Paarbeziehung ist also ein hohes Gut. Sie kann Stressbelastung abfedern, die Gesundheit stärken und das Leben verlängern. Nur: Paare in der Krise suchen und finden zu selten und oft zu spät den Weg zur professionellen Hilfe. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPS) hat eine Homepage entwickelt, auf der Partner viele Tipps finden können, wenn partnerschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen zunehmen: Folgende Themen werden behandelt: Erste Hilfe: Destruktives Streiten vermeiden! Streiten Sie „richtig“!;

Das Kind ist zu Hause: Was muss ich jetzt besonders beachten?; Wie erkläre ich dem Kind den Streit?

Hilfreich kann auch die PAARADIES APP sein. Im Mittelpunkt der App steht der partnerschaftliche Umgang miteinander. Mit ihren zahlreichen Funktionen will sie Paare dazu animieren, regelmäßig Zeit in gelungene Gespräche zu investieren und die Paarkommunikation zu verbessern. Die App kann kostenfrei im Google Play Store oder Apple App Store heruntergeladen werden.

11 Ankommen im Lockdown

Birgit Leyendecker und Claudia Diehl

Veröffentlicht in FAZ.NET am 06.01.2021

Die Corona-Pandemie hat es vielen geflüchteten und neu eingewanderten Familien nicht leichter gemacht, in Deutschland anzukommen. Doch es gibt erfolgversprechende Konzepte.

Die Corona-Pandemie hat unsere Perspektive auf vieles verändert. Sie zwingt uns, neu ergründen, was uns als Gesellschaft wichtig ist – unter ökonomischen, sozialen, medizinischen, psychologischen, ökologischen und ethischen Gesichtspunkten. Dadurch bietet die Coronazeit aber auch Chancen, vorhandene Probleme zu erkennen und in Zeiten ihrer Zuspitzung zu überlegen, wie diese überwunden werden können. Denn so richtig es ist, dass die Pandemie alle trifft, so wichtig ist es zu erkennen, dass sie nicht alle gleichermaßen trifft.

Die gesellschaftlichen Gruppen, die seit Beginn der Eindämmungsmaßnahmen im Fokus der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit stehen, haben sich im Laufe der Pandemie geändert. Zunächst wurden die Best-Agers, also die gut situierten, aktiven 60-70-Jährigen plötzlich zu einer gefährdeten Risikogruppe, die den Kontakt zu anderen Personen meiden sollte.

In den Pflegeheimen erlebten sodann – aus einer Mischung aus Vorsicht und Überforderung – die Ältesten die wohl gravierendsten Einschränkungen der Bürgerrechte. Während der

Pandemie konnte die auch vorher schon prekäre Situation in diesen Einrichtungen nicht mehr so leicht ignoriert werden.

Auch Beschäftigte in der Fleischindustrie, die vorher wenig Aufmerksamkeit bekamen, tauchten plötzlich in der „Tagesschau“ auf. Es wurde deutlich, dass die Arbeitsbedingungen nicht nur nicht den Hygieneregeln entsprachen und wir erfuhren auch etwas über die Menschen, die hier arbeiten. Viele von ihnen waren entweder als temporäre Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen oder mit ihren Familien neu zugewandert und lebten in den Ankunftsquartieren in der Nähe der industriellen Schlachthöfe.

Über Familien in prekären Situationen wissen wir wenig

Dank zahlreicher sozialwissenschaftlicher Surveys haben wir auch viel über die Paare erfahren, die sich im Homeoffice wiederfanden, oft mit kaum reduziertem Arbeitspensum, aber viel weniger verfügbarer Arbeitszeit. Allzu häufig war die Betreuungsmöglichkeit für die Kinder über Nacht weggebrochen, sei es durch Schul- und Kitaschließungen im Frühjahr oder durch plötzliche Quarantänephase im Herbst und Winter.

Nun ist es sicher kein Zuckerschlecken, den eigenen Kindern anhand von Schulbüchern aus den 80er Jahren neben der eigenen Arbeit Privatunterricht zu erteilen. Aber viele benachteiligte Eltern können von dieser Möglichkeit nur träumen. Über die Situation von Familien, in denen Eltern nicht oder nur prekär beschäftigt sind, die beengt wohnen und deren Kinder nach den Schließungen von Kitas und Schulen auf das warme Mittagessen verzichten mussten, wissen wir vergleichsweise wenig.

Gleichwohl gesellten sich zu den vielen Hobbyepidemiologen viele Hobbybildungsforscher, und die „sich öffnende Bildungsschere“ wurde zum festen Bestandteil des pandemischen Smalltalks. Klar ist: wenn der Alltag knirschend zum Stillstand kommt, ist das besonders für diejenigen problematisch, die immer noch dabei sind, sich einen solchen mühsam aufzubauen.

Die Pandemie erhöht den Handlungsdruck

Dies gilt allen voran für neu eingewanderte Familien. In Stadtteile, die die Funktion von Arrival Cities, von Ankommensquartieren haben, sind in den vergangenen Jahren neben geflüchteten Familien viele verarmte Familien aus Bulgarien und Rumänien gezogen. Auch wenn beide Gruppen hinsichtlich ihres Bildungsspektrums keineswegs homogen sind, wohnen Kinder aus diesen Familien oft sehr beengt, verfügen über wenig Ressourcen und sind psychisch stärker

belastet als andere Migrantengruppen. Bislang gibt es erst wenige Studien, die sich mit diesen besonderen Lebenslagen befassen, vor allem denjenigen ärmerer osteuropäischer Familien.

Etwas mehr wissen wir über die geflüchteten Familien, die vor allem 2015/2016 nach Deutschland kamen und von denen ein großer Teil junge Kinder hat. Im Frühjahr befand sich vieles auf gutem Weg. Rund fünf Jahre nach dem Zuzug war etwa ein Drittel der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt integriert. Gemäß dem Prinzip „last hired, first fired“ wurde die Pandemie für viele von ihnen zu einem Rückschlag.

Für die Entwicklung ihrer Kinder ist die Schule auch jenseits des Erwerbs von Fachkompetenzen enorm wichtig. Dies gilt etwa für den Spracherwerb, den Aufbau sozialer Netzwerke, ihr sozial-emotionales Wohlbefinden und den Kontakt mit den Normen und Werten des Aufnahmelandes. Für viele Kinder von Geflüchteten und anderen neuzugewanderten Familien ist die Schule der wichtigste Ort, um Deutsch zu lernen, und zwar nicht primär durch den Besuch von Deutschklassen oder -kursen, sondern dadurch, dass sie mit anderen Kindern und mit den Lehrpersonen deutsch sprechen.

Harter Lockdown für außercurriculare Aktivitäten

Es finden Ausflüge ins Theater und den Zoo statt, es gibt Musikunterricht und Klassenfahrten, während derer Regeln des täglichen Umgangs ganz nebenbei erlernt werden. All dies entfällt. Gleiches gilt für den „Klassenrat“ und andere Bausteine der Demokratieerziehung. Viele privilegierte Eltern betrachten diese Aktivitäten bestenfalls als „nice to have“ – für benachteiligte Kinder aber sind sie unersetzlich.

Fachwissen kann zur Not online oder eine Zeit lang auch durch Arbeitsblätter vermittelt werden. Und während es den Schulen mit viel Engagement einzelner Lehrerinnen und Lehrer insgesamt gelungen ist, einen Notbetrieb in den Kernfächern aufrechtzuerhalten, gab es für die außercurricularen Aktivitäten einen „harten lockdown“. Vorbereitungsklassen für die Kinder, die noch kein Deutsch können, haben verspätet eingesetzt. Sportvereine oder auch Kinder- und Jugendtreffs als Orte, die auch für benachteiligte Kindern wichtige Erfolgserlebnisse sowie Unterstützung bieten, sind seit Monaten geschlossen.

Vieles wurde durch engagierte Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen ausgeglichen, die „abgetauchte“ Kinder daheim aufsuchten. Aber die Schulgemeinschaft als Ganzes hat nicht mehr zusammengefunden, und die Lehrerinnen und Lehrer konnten bei allem Engagement nicht mehr „so eng an den Kindern dran“ sein wie vor dem Ausbruch der Pandemie. Auch hier

haben sich also, ähnlich wie in den Pflegeheimen, viele Herausforderungen und Probleme, die bereits vor der Pandemie bestanden, verschärft und zugespitzt. Aber: die Pandemie hat auch den Handlungsdruck erhöht und dadurch viel Kreativität freigesetzt.

Neue Wege in der Arrival City

Viele Familien sind nach dem Aufenthalt in den Flüchtlingsheimen zunächst in die Städte und Stadtteile gezogen, in denen der Wohnraum noch günstig ist und die seit vielen Jahrzehnten die Funktion haben, als „Arrival Cities“ zu dienen, als „Ankommensquartiere“. Städte wie Offenbach oder die Dortmunder Nordstadt haben eine wichtige Funktion für die Integration von neuzugewanderten Familien und deren Kindern.

Die Libellenschule und die die Nordmarktschule beispielsweise sind Grundschulen in der Dortmunder Nordstadt, einem Stadtteil, der ein klassisches Ankommensquartier für neuzugewanderte und geflüchtete Familien ist. Nach der Schulschließung im März 2020 waren die Lehrkräfte in diesem Stadtteil sehr besorgt um ihre Schülerinnen und Schüler. Drei Viertel der Kinder sind im Ausland geboren, rund die Hälfte hat vor der Einschulung keine Kita besucht. In den Familien leben oft viele Personen auf engem Raum zusammen.

Lange Schulschließungen bedeuten für diese Kinder nicht nur, dass mühsam erworbene Deutschkenntnisse gefährdet sind. Auch die sozial-emotionale Betreuung durch ihre Lehrerinnen und Lehrer entfällt. Mit einigen Kindern konnten die Lehrkräfte Kontakt halten, andere konnten sie nicht erreichen. Nach dem Sommer berichteten sie, dass die Kinder nach der mehrmonatigen Schulschließung deutlich unruhiger waren und mehr Probleme hatten, sich zu konzentrieren.

Nach den Herbstferien gelang es der Stadt Dortmund, Ressourcen zu akquirieren, so dass an den beiden Schulen im Stadtteil eine kleine Intervention für einige Klassen erprobt werden kann. An zwei Tagen in der Woche wurden die Klassen geteilt, jeweils die Hälfte der Schüler blieb in der Schule, während die andere Hälfte zu Unternehmungen mit Studierenden aufbrach.

Der Erfolg dieser Aktion war schon nach kurzer Zeit sehr deutlich, auch wenn eine systematische Evaluation erst in diesem Jahr vorliegen wird. Diese Intervention war nur bis zu den Weihnachtsferien finanziert und musste zwischenzeitlich immer wieder wegen Quarantäne

unterbrochen werden. Entscheidend ist jedoch, dass sie ein Beispiel dafür ist, wie mit vergleichsweise einfachen Mitteln fünf unterschiedliche, wichtige Ziele erreicht werden können.

Neue Lernerfahrungen machen

Erstens: Kinder, deren Familien erst seit kurzem in Deutschland leben und die wenig Ressourcen haben, um etwas mit ihnen zu unternehmen, können betreut durch Studierende neue Lernerfahrungen machen. Die Kinder, die an den Tagen im Wald ein Tipi aufbauten, um ein Lagerfeuer saßen, die einen Bauernhof besuchten oder an einem Theaterworkshop teilnahmen, kamen begeistert wieder und berichteten (auf Deutsch!) strahlend von ihren Erlebnissen. Sie sind seitdem auch motivierter, um an dem regulären Schulunterricht teilzunehmen und sich zu beteiligen. Diejenigen wiederum, die an einem Tag pro Woche (während die anderen unterwegs waren) in der halbierten Klasse unterrichtet werden, sind in dieser Zeit deutlich aufnahmebereiter.

Zweitens unterstützt diese Aktion die Lehrkräfte. Nur noch an drei Tagen pro Woche sind sie gefordert, in einer sehr heterogenen und dadurch auch sehr anstrengenden Klasse zu unterrichten. An zwei Tagen arbeiten sie bei einem reduzierten Lärmpegel und mit weniger Kindern, die sich besser konzentrieren können.

Drittens unterstützt diese Aktion Kulturschaffende sowie Studierende, denen in der Coronazeit viele Arbeitsmöglichkeiten abhandengekommen sind.

Viertens ist zu vermuten, dass auch die Familien hiervon profitieren. Neuzugezogene Familien sind vielfach wenig mobil und haben auch in ihrem Stadtteil nur einen sehr kleinen Bewegungsradius. Busse und Bahnen werden seltener genutzt, Angebote ihres neuen Wohnortes häufig nicht oder nur dann wahrgenommen, wenn sie niedrighellig, kostenlos und fußläufig erreichbar sind. Die Kinder, die nach Hause kommen und begeistert von ihren Ausflügen berichten, motivieren vielleicht auch ihre Familien, Angebote ihres Stadtteils zu erkunden und ihren Radius zu erweitern.

Stadtteile mit hoher Armutsquote

Fünftens wird mit dieser Intervention eine notwendige Unterstützung in einen Stadtteil getragen, in dem – typisch für ein Ankommensquartier – ein Drittel der Bevölkerung innerhalb von fünf Jahren wieder fortzieht und durch Neuankömmlinge ersetzt wird. Sobald Familien nach

der Zuwanderung stabilisiert sind, wenn sie Deutschkenntnisse erworben und erste Erfahrungen mit dem hiesigen Bildungssystem gemacht haben, ziehen viele weiter, um sich in anderen Stadtteilen mit einer geringeren Fluktuation längerfristig niederzulassen.

Ankommensquartiere, in denen neuzugewanderte oder geflüchtete Familien ein erstes Zuhause finden, sind einerseits Stadtteile mit hoher Armutsquote. Andererseits sind sie aber auch Orte, an denen mit geeigneten Interventionen besonders viele Kinder und Familien mit Unterstützungsbedarf erreicht werden können. Arrival Cities haben so eine wichtige Funktion für eine ganze Stadt und für die Region. Doch damit sie erfolgreich sind, brauchen sie mehr Personal, mehr Geld und mehr Aufmerksamkeit. In der Corona-Pandemie wird besonders deutlich, wie vulnerabel und marginalisiert viele dort lebende Familien sind.

In der Hoffnung, die Infektionszahlen zu verringern, wird der neuerliche Lockdown wohl noch einige Wochen andauern. Dies bedeutet auch, dass Schulen noch nicht wieder vollständig geöffnet werden, wenn sie nicht sogar komplett auf Präsenzunterricht verzichten müssen. Deren Digitalisierung kommt nach wie vor nur schleppend voran, und vielen Familien mit geringen finanziellen Ressourcen fehlen digitale Endgeräte.

Umso wichtiger ist es, Konzepte für die Zeit nach dem aktuellen Lockdown zu entwickeln und zu bedenken, inwieweit diese auch nach dem Ende der Pandemie geeignet sind, um die Herausforderungen, die schon vor Corona groß waren, besser bewältigen zu können.

Das Projekt in der Dortmunder Nordstadt ist ein Beispiel dafür, dass es mit relativ geringen Mitteln möglich ist, Schule neu zu denken, Neues auszuprobieren, externe Unterstützung zu mobilisieren und so Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften eine Chance zu bieten, nicht nur Defizite aufzuholen, sondern auch Fortschritte zu erzielen.

Die Covid-19 Pandemie betrifft viele Familien. Jedoch sprechen unsere Erfahrungen dafür, dass die Herausforderungen für jüngst zugewanderte Familien besonders groß sind. Sie und die Stadtteile, in denen sie leben, brauchen entsprechend der Aussage „Ungleiches ungleich behandeln“ während und nach der Corona-Pandemie besondere Unterstützung.

12 Das falsche Signal

Sabine Andresen und Wolfgang Schröer

Veröffentlicht in FAZ.NET am 18.01.2021

Wer heute von einer „Generation Corona“ spricht, der hat schon aufgegeben. Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien brauchen aber eine starke Jugendpolitik.

Jugendliche und junge Erwachsene machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Dafür gibt es durchaus berechtigte Gründe, denn diese Altersphase ist normalerweise durch die Gestaltung unterschiedlicher Übergänge etwa von der Schule in Ausbildung, von der Universität in den Beruf, vom Umzug aus dem Elternhaus geprägt. Gerade stagniert vieles und Pläne sind schwer zu schmieden. Viele in der Gesellschaft und nicht nur die jungen Menschen selbst stellen sich die Fragen, ob das Virus Auswirkungen auf Chancen und Zukunftspläne der jungen Generationen haben wird. Vor diesem Hintergrund ist wiederholt von der „Generation Corona“ die Rede.

Die Angst vor ihrer Zukunft resultiert also insbesondere aus Verunsicherung und Ohnmacht sowie aus der Sorge, zu den Verliererinnen und Verlierern am noch nicht ganz absehbaren Ende dieser Krise zu gehören und von den noch nicht absehbaren Folgen nachhaltig beeinträchtigt zu sein. Unsicherheit, Gefühle von Kontrollverlust sowie Mangel an Überblick betreffen durchaus auch andere Altersgruppen.

Gleichwohl zielt die Zuschreibung „Generation Corona“ ausschließlich auf die diejenigen, die derzeit vor Schulabschlüssen, Auslandsaufenthalten, Studienplänen oder Praktika stehen und die jugendspezifische Interessen und Bedürfnisse haben. Jugend gilt als besonders prägende Zeit im Leben eines Menschen, als eine Phase besonderer Intensität, es geht um Selbstständigkeit und Autonomieerleben. Gerade scheint genau diese Dynamik still zu stehen.

Dabei ist es keinesfalls so, dass junge Menschen in Deutschland sich nicht solidarisch mit den älteren Generationen zeigten. Mehrheitlich stimmen sie den Infektionsschutzmaßnahmen zu und halten sie für richtig. Aber sie haben den Eindruck, auf einem gesellschaftlichen Abstellgleis ausharren und darauf warten zu müssen, bis die Strecke für ihre Pläne wieder frei ist. In unserer Befragung bringt eine Jugendliche dies mit folgenden Worten zum Ausdruck: *„Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen. Mir kommt es so vor, als wäre 2020 ein Jahr der*

Zeitverschwendung, eine Freistunde in der Schule, bei der nichts getan wird außer nur auf den Gong zu warten, sodass die Stunde ‚endlich‘ zu Ende geht.“

Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Rede von einer „Generation Corona“ diesen Eindruck noch verschärft. Junge Menschen fragen sich, ob diejenigen, die Politik gestalten und entscheiden ihre Ideen für die Bildungs- und Entfaltungschancen junger Menschen in Zeiten von Corona entwickeln. In unserer ersten Befragung von Jugendlichen „JuCo 1“, die wir im Frühjahr während des Lockdown durchgeführt haben, gaben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, sich von der Politik nicht gesehen zu fühlen. Sie hatten den Eindruck, Politik interessiere sich nicht für ihre Belange. Auch Ende des Jahres 2020 hat sich diese Wahrnehmung kaum zum Positiven gewendet und das sollte für alle ein alarmierender Befund sein.

Jugendliche Lebenswelten ausgeblendet

Was läuft schief im Umgang mit der Berücksichtigung von Rechten und Interessen junger Menschen in der Krise? Aus Sicht der Betroffenen blenden die Verantwortlichen in Politik und Behörden jugendliche Lebenswelten weitgehend bei den Strategien der Bekämpfung des Virus aus und überlassen es den Familien und pädagogischen Einrichtungen, Jugendliche irgendwie bei der Stange zu halten. Und dieses „Irgendwie“ ist Teil des Problems. Denn auch im verlängerten und verschärften Lockdown zu Beginn des neuen Jahres zeigt sich ein inzwischen bekanntes Bild. All diejenigen, die verantwortungsvoll für die Interessen, Bedürfnisse und Bildung junger Menschen eintreten, stehen immer noch vor außerordentlich hohen Hürden. Wollen sie in Schulen, Einrichtungen der Jugendbildung und der Jugendarbeit, in Ausbildungsbetrieben, in der Organisation sozialer Dienste und Praktika oder in den Universitäten und Fachhochschulen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch in der Krise gute Angebote machen, stoßen sie sehr schnell an Grenzen und strukturelle Schwächen im System. Diese resultieren oft aus der Zeit vor Corona.

Jugendliche und junge Erwachsene registrieren diesen Sachverhalt sehr genau und verfallen selten in die bequeme Deutung, alle Probleme etwa den Lehrerinnen und Lehrern anzulasten: *„Es fehlt mir die psychologische Unterstützung von Seiten der Schule. ABER: Mir ist bewusst, dass das nicht die Lehrer stemmen können, denn diese arbeiten sowieso die ganze Zeit schon sehr hart. Außerdem fehlt es an unserer Schule vor allem an geschultem und nur dafür bezahltem IT-Personal. Das sollten nicht die Informatiklehrer machen müssen. Geräte haben ist die eine Sache, sie einsatzbereit zu halten ist eine andere.“*

Ein kritischer Diskurs über die „Generation Corona“

Die Aussage dieser Jugendlichen benennt ein alltagspraktisches Problem, das bislang in all den Runden zu Schulöffnung und -schließung, zu Hybrid- und Distanzunterricht oder „Homeschooling“ selten genannt, von Schülerinnen und Schülern auf Basis ihrer Erfahrungen aber sattsam bekannt sein wird. Schulen benötigen fachliche Unterstützung und Schulleitungen sollten nicht in die Not geraten, in ihrem Kollegium auf den Musiklehrer oder die Mathelehrerin zu hoffen, die sich auskennt. Hier zeigt sich auch auf der Basis von Einschätzungen Jugendlicher selbst, dass sich in Zeiten der Corona-Pandemie die strukturellen, materiellen und organisatorischen Defizite in Schulen, in der Jugendarbeit und anderen Einrichtungen eher verstärkt haben. Die Schwierigkeiten mit einer flächendeckenden und in allen Schulformen sowie auch in der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzten Digitalisierung und damit die Ermöglichung von Lehren und Lernen in räumlicher Distanz ist dafür ein eindrückliches Beispiel ist.

All diejenigen, die politische Verantwortung übernommen haben, sollten beim medialen Diskurs über eine „Generation Corona“ oder gar über eine „verlorene“ und „ausgebremste“ Generation hellhörig werden und sich fragen, wie sie dieser Prophezeiung entgegenzutreten und ihre Erfüllung verhindern können. Eine erste Handlung müsste in einem Diskursangebot an Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien bestehen. Bislang fühlen sich Jugendliche und junge Erwachsene in die Kommunikation kaum eingebunden. Sie haben den Eindruck, ihr herausforderungsvoller Alltag und auch ihre Verzichtleistungen sind nicht sichtbar und werden nicht anerkannt. Auch aus diesem Grund sollte ein kritischer Diskurs über die „Generation Corona“ initiiert werden.

Konturen einer starken Jugendpolitik

Dieses Signal ist die Grundlage für eine entschiedene, ja parteiliche Jugendpolitik, die bei den Bildungs- und Teilhabechancen sowie den Rechten auf Beteiligung, Förderung, Anerkennung und Schutz an den Interessen junger Menschen ansetzt. Chancen, Rechte und Interessen junger Menschen sind in Krisenzeiten nicht weniger berechtigt als diejenigen anderer Altersgruppen.

Ein Blick in die Daten der aktuellen Befragung „JuCo – Junge Menschen in Zeiten von Corona“ soll die Überlegungen zu einer starken Jugendpolitik unterstreichen. Die Erhebung wurde im November 2020 durchgeführt und über 7.000 junge Menschen aus allen Bundesländern haben

daran teilgenommen (<https://doi.org/10.18442/163>). Schon während des Frühjahrs und damit im ersten Lockdown hatten wir in der ersten JuCo-Befragung mehr als 5000 junge Menschen erreicht. An beiden Studien beteiligten sich insbesondere unter Zwanzigjährige, im Frühjahr waren 60 Prozent von ihnen Schülerinnen und Schüler, jetzt waren es 40 Prozent. Darüber hinaus haben sich junge Menschen gemeldet, die gegenwärtig im Freiwilligendienst, in Ausbildung, im Studium oder allgemein im Übergang etwa in den Beruf sind. Damit bilden die Befragungen die auch in der Pandemie relevanten Lebens-, Bildungs- und Arbeitswelten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gut ab. Eine Botschaft aus der Frühjahrsbefragung war der Appell der jungen Menschen, ihr Leben während der Pandemie nicht auf Schulabschlüsse und Modulprüfungen zu reduzieren.

Im November haben viele am Ende des Fragebogens in offenen Kommentaren hervorgehoben, dass sie sich durch das Interesse der Wissenschaft gesehen, gehört und angesprochen fühlen. Beteiligung, genaues Hinhören oder Austausch gehören sicherlich zu den Aufgabenbereichen der Jugendforschung. Hier nun thematisieren Jugendliche aber das mit der Pandemie verstärkt einhergehende Gefühl, von politisch Verantwortlichen nicht gesehen zu werden. *„Ich freue mich sehr über diese Jugendbefragung und einen eventuell positiven Einfluss auf zukünftige politische Entscheidungen, oder mehr Verständnis in der Gesellschaft für das aktuelle Befinden der jungen Menschen“*, hieß es in einer Wortmeldung.

Mit Vertrauen verbunden

Der Eindruck, nicht gesehen zu werden, führt aber nicht zu einer Ablehnung der Infektionsschutzmaßnahmen. Viele Befragte befürworten die Kontaktbeschränkungen und Hygienevorschriften und geben an, sich auch daran zu halten. Mit 12 Prozent halten wenige junge Menschen die Hygienemaßnahmen für gar nicht oder eher nicht sinnvoll, während 61 Prozent (voll) einverstanden sind. Gleichwohl thematisieren sie ihre Fragen und äußern Zweifel. In den offenen Kommentaren berichten sie über widersprüchliche Regelungen und vor allem über unzureichende Informationen seitens der Behörden. Für junge Menschen werden diese Themen mit Vertrauen verbunden: *„Warum dürfen jegliche Einkaufszentren aufbleiben? Solche undurchsichtigen Entscheidungen machen es mir nicht leicht, in die Politik zu vertrauen und mich an alle Regeln zu halten.“*

Diejenigen, die diese Stimmungen auffangen und ihnen eine konstruktive Wendung zu geben versuchen, sind derzeit vor allem Eltern, andere Familienangehörige oder die Gleichaltrigen. Zuhause kommen sie über Hygieneregeln, politische Sorgen, über den geforderten Verzicht und anderes ins Gespräch. Unser Eindruck ist, dass sich die Kommunikation und Information stärker als bisher auch an junge Menschen richten muss. Die Analysen der Kommentare beider Jugenderhebungen – auch im Vergleich – verweisen darauf, dass junge Menschen sich zunehmend allein gelassen und auch ohnmächtig fühlen. Auch an diesem Punkt kommt die Familie ins Spiel, denn vielfach sind es die Familienangehörigen, vor allem Mütter und Väter, die den Jugendlichen und jungen Erwachsenen emotionalen Rückhalt geben und ihnen vermitteln müssen, dass sowohl die individuellen Anstrengungen, sich etwa trotz des Zusammenbruchs der Lernplattform den Unterrichtsstoff anzueignen, als auch die gesellschaftlich relevante Selbstdisziplin nicht vergeblich, sondern sinnvoll sind.

Die aktuellen Daten deuten darauf hin, dass die Angst vor der Zukunft und die Unsicherheit, wie es weitergeht, in den Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Einzug gehalten hat. Mehr als 45 Prozent der Befragten stimmen der Aussage eher oder voll zu, Angst vor ihrer Zukunft zu haben. Hinzu kommen andere Belastungen, etwa wenn mehr als ein Drittel der Befragten angibt, sich in der aktuellen Situation einsam zu fühlen. Insgesamt sind es knapp 2500 junge Menschen in unserem Sample, die deutlich unter der Gesamtsituation leiden. *„Ich verbinde mit der Corona-Zeit, Einsamkeit, Isolation und Stress. Ich bin im Abschlussjahrgang meiner Schule und viele Fahrten, auf die ich mich sehr gefreut habe, mussten ersatzlos gestrichen werden. Alles Schöne wurde uns genommen und kann auch nicht mehr nachgeholt werden, weil es ja unser letztes Jahr an der Schule ist. Stattdessen wurden wir mit Aufgaben überladen.“* Das Zitat verdeutlicht, in welchem Maße neben den Eindruck der Zeitverschwendung auch die Befürchtung des spezifischen Zeitverlustes Jugendliche beschäftigt.

Sehen, hören, mitgestalten

Aus unserer Sicht begründen diese Befunde und Äußerungen die Forderung nach einer Stärkung der Jugend- und auch Familienpolitik. Es wird noch ein „langer Atem“ nötig sein, um die Infektionszahlen zu senken, doch man sollte gerade Jugendlichen, jungen Erwachsene und ihren Familien vermitteln, dass sie gesehen und gehört werden und mitgestalten können. Die derzeitige Botschaft, dass es vor allem auf ein Ausharren und Funktionieren ankomme, verbunden mit dem Eindruck, überall dort, wo Jugendliche sind, fehle es an tragfähigen Konzeptionen, vermittelt primär Zukunftsängste. Das zeigen die Befunde unserer Studie. Unser

Votum aus der Perspektive von Jugend- und Familienforschung ist deshalb, Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten, Information und Kommunikation mit jungen Menschen zu stärken und Jugendpolitik ins Zentrum zu rücken.

Junge Menschen wollen beteiligt, angehört und informiert werden. Sie wollen wissen, wie digitale Schule funktionieren kann und wie Jugendalltag trotz Corona ermöglicht werden kann. Nach neun Monaten Pandemie wünschen sie sich ein mehr an Mitbestimmung bei der Gestaltung ihrer Lebens- und Lernbedingungen. Junge Menschen haben ein Recht auf altersgerechte Informationen. Junge Menschen sind Grundrechtsträger mit Schutz, Förder- und Beteiligungsrechten. Wenn diese begrenzt werden, müssen sie angehört und informiert werden. Die Achtung ihrer Beteiligungsrechte erscheint nicht krisenfest verankert, dies wird ihnen selbst sehr deutlich.

Ein stärkerer direkter Austausch mit jungen Menschen könnte auch den politischen Verantwortlichen verdeutlichen, dass nicht alle bei ihren Familien leben und nicht alle die für sie nötige Unterstützung und die erforderliche digitale Ausstattung verfügen. Junge Menschen etwa, die auf sich gestellt sind, die in Wohngruppen leben und jetzt gerade ausziehen sollen, die von Wohnungsnotstand betroffen sind, die als Geflüchtete in unserer Gesellschaft sind, die behindert werden oder beeinträchtigt sind, werden nicht wahrgenommen. Kurz vor Weihnachten hat der Care Leaver e.V., ein Verein von jungen Menschen, die ihre Kindheit oder Jugend ganz oder teilweise in Heimen oder Pflegefamilien verbracht haben, der Bundeskanzlerin einen offenen Brief mit der Frage geschrieben, ob das Familienbild der Corona-Regeln nicht überholt sei. Sie fühlen sich nicht angesprochen, nicht gesehen, nicht beteiligt und nicht unterstützt.

Es gibt nur diese eine Jugend

Diese jungen Menschen haben jetzt – gerade jetzt – sehr unterschiedliche Bedarfe, da sie nicht in das Bild des geordneten Familienhaushalts passen und die aktuelle Situation mitunter allein bewältigen müssen. Diesen jungen Menschen gegenüber ist es zynisch, lediglich darauf zu verweisen, dass die Zeiten für alle hart seien. Es gibt nur diese eine Jugend. In unterschiedlichen Aufrufen wurde im Dezember 2020 noch einmal intensiv dafür geworben, die Kinder- und Jugendhilfe nicht nur offen zu halten, sondern zu stärken, den Jugendtreffs und Jugendverbänden unter Einhalten der Hygiene-Regeln ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Doch es fehlt es an flächendeckenden, der Krise angepassten Konzeptionen. Ein Beispiel dafür ist, dass

auch in der Kinder- und Jugendhilfe ein Digitalpakt ausgeblieben ist, der es zumindest technisch ermöglichen könnte, in Kontakt zu bleiben.

Jugendpolitik muss über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus agieren. In der Jugendstrategie der Bundesregierung wäre ein „Corona-Report“ nötig. Über den könnten erstens die Auswirkungen auf die Jugend und zweitens die notwendigen Unterstützungs- und Kompensationsleistungen gesammelt und kommuniziert werden. Das Bundesjugendkuratorium hat schon im Sommer 2020 eine Enquete-Kommission zum jungen Erwachsenenalter gefordert. Diese Forderung ist wird unter dem Eindruck der Pandemie noch dringender geworden. Noch hat die Jugendpolitik die Chance zu zeigen, dass sie krisenfest ist und aktiv eine „Generation Corona“ verhindern kann.

13 Die Schere geht auseinander

Jörg M. Fegert, Michael Kölch und Katja Nebe

Veröffentlicht in FAZ.NET am 25.01.2021

Die Corona-Pandemie geht an keiner Familie spurlos vorüber. Für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf wird Teilhabe noch schwieriger zu erreichen. Viele Angebote wurden zurückgefahren.

Je länger die Einschränkungen im Bereich der Schule und der Kinderbetreuung durch Covid-19-Maßnahmen dauern, desto mehr wird über die zentrale Bedeutung von Schulunterricht als einer gemeinschaftlichen Erfahrung für Kinder und Jugendliche gesprochen. Schule ist der Sozialisationsort, wo Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Elternhäusern aufeinandertreffen und Gemeinschaft, Lernen in der Gruppe sowie Teamarbeit erfahren sowie ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln.

Das Dazugehören zu einer Schulklasse ist für alle Kinder wichtig. Für junge Menschen mit einer sogenannten körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderung ist die Förderung der sozialen Teilhabe zentral. Es bedarf neben der intensiven Förderung durch die Eltern häufig zusätzlicher Assistenz und Unterstützung, um auch diesen beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen eine adäquate Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Leistungen im Kontext der Jugendhilfe, wie Einzelfallhilfen, Schulbegleitungen oder Tagesgruppen wollen betroffenen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe individuell ermöglichen. Inklusion auch für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen herzustellen ist durch die Pandemie deutlich schwieriger geworden.

Die Vereinten Nationen (UN) haben Nachhaltigkeitsziele definiert, die für ein menschenwürdiges Leben auf der ganzen Welt bis 2030 verwirklicht sein sollen. Ziel 16 ist insoweit zentral, als es um gerechte und partizipative Gesellschaften geht. Partizipationsrechte als Teilhabe in Verfahren werden im Bericht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Umsetzung des Ziels 16 angesprochen, etwa im Zuge der überfälligen Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung.

UNICEF und andere NGOs haben angesichts der Corona-Krise die Parole ausgegeben: „*leave no one behind*“ und beschreiben das Schreckensszenario einer „lost generation“. Wir gehen nicht davon aus, dass in Deutschland eine solche verlorene Generation ohne Abschlüsse und Zukunftschancen droht – auch nicht generell für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung. Wir sehen aber, dass die Schere zwischen Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen immer weiter auseinander geht.

Kinder ohne Beeinträchtigung, die schon gut integriert und gut gefördert werden, können von und in ihren Familien besser unterstützt werden und damit auch an Online-Angeboten gut bis sehr gut teilhaben; für behinderte Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf stellen sich in den Familien deutlich größere Anforderungen für dieselben elterlichen und geschwisterlichen Unterstützungen.

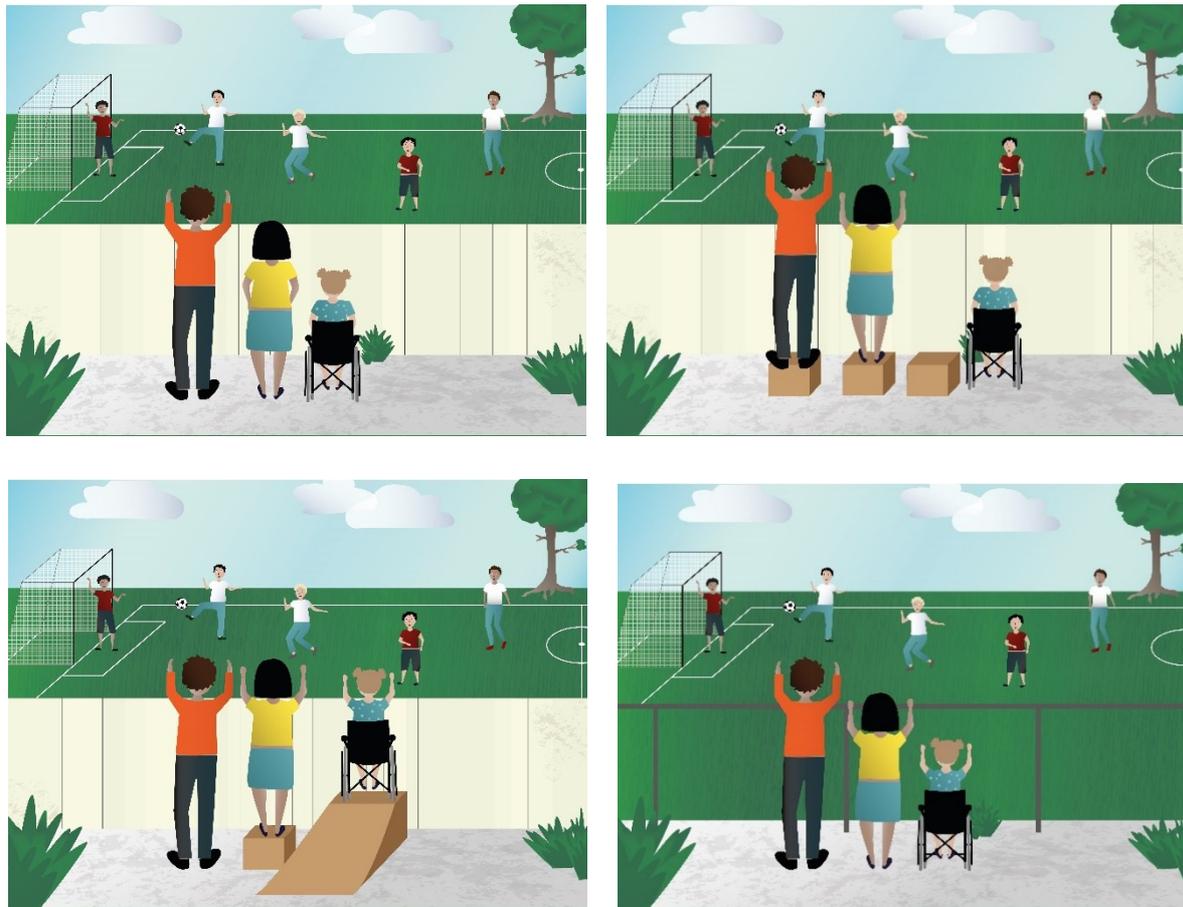
Die Exklusionsrisiken wachsen derzeit ganz erheblich, und zwar nicht nur für die behinderten Kinder und Jugendlichen selbst, sondern mittelbar für alle Mitglieder der Familie. Das, was Teilhabe ausmacht - gesellschaftliches Leben, Sport, Kultur, Schule, Vereine, Arbeit etc. - , befindet sich in einer Art „*vita minima*“. Daher ist derzeit die Teilhabe aller in irgendeiner Weise eingeschränkt, wie wir das bisher nicht kannten. Im Fokus muss also die Frage stehen, wie Teilhabe trotzdem möglich ist – und das insbesondere für diejenigen, die auch ohne Pandemie in ihrer Teilhabe regelhaft eingeschränkt sind.

Die Priorisierung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bei der Wiedereröffnung wird heute regelmäßig mit der sozialen Notwendigkeit und auch der Möglichkeit des Schutzes von Kindern begründet. Dem Nachhaltigkeitsziel 16 der UN entsprechend stellt das gewaltfreie Aufwachsen nur ein – allerdings besonders stark gewichtetes – Ziel dar. Öffnung und Zugänglichkeit sind ebenso eng mit dem Schutz vor Diskriminierung und der Vermeidung des Ausschluss wegen Behinderung verbunden.

Von Sonderwelten verabschiedet Im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat sich die Bundesrepublik grundsätzlich von früheren Konzepten getrennter Lebenswelten zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen und damit von Sonderwelten verabschiedet. Die Internationale Klassifikation von Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (International Classification of Functioning, ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) macht deutlich, dass nicht eine Beeinträchtigung (ein vermeintliches individuelles Defizit) zu überwinden ist.

Volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und die Einbeziehung aller Menschen in eine inklusive Gesellschaft sind zentrale Ziele. Im deutschen Sozialrecht wurde eine neue Definition der Behinderung in Paragraph 2 Sozialgesetzbuch 9. Buch (SGB IX) eingeführt, die dieses Verständnis von wechselwirkungsbedingter Beeinträchtigung aufnimmt. Zentral sind die Begriffe „Einstellungs- und umweltbedingte Barrieren“. Sie weisen darauf hinweisen, dass Stigma, Ausgrenzung ebenso wie physische Hindernisse die Teilhabe beschränken können.

An einem einfachen Schaubild lässt sich verdeutlichen, welches Denken hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und auch dem reformierten deutschen Sozialrecht steckt.



Modifiziert von Lea Autenrieth für „Dazugehören e.V.“ und Universitätsklinikum Ulm nach: „Interaction Institute for Social Change | Artist: Angus Maguire.“

Die Abbildung zeigt die Barriere an einem Fußballplatz. Gleiches Recht für alle bedeutet, die Kleineren haben keine Chance, dem Fußballspiel zuzuschauen. Gleiche Hilfen für alle unterstützen manche und bewirken bei diesen ausreichende Teilhabe, bei anderen aber eben nicht. Das erinnert ein wenig daran, dass auch in der Corona-Pandemie in der Familienförderung Maßnahmen quasi mit der Gießkanne verteilt werden. Wenn Behinderung die Schere auseinandergehen lässt, geht es in Bezug auf Unterstützung nicht primär um „equality“ (formale Chancengleichheit), sondern um „equity“ (materielle Chancengleichheit, also tatsächliche Gleichstellung). So sollen beispielsweise in Familien mit Angehörigen mit Behinderungen nicht nur die Betroffenen selbst die geeignete und notwendige Hilfe erhalten, sondern auch all die Personen, die durch ihre Fürsorge und Unterstützung den Menschen mit Behinderung eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern.

Schon jetzt über die Pandemie hinaus denken

Inklusion heißt allerdings, schon jetzt über die Pandemie hinaus zu denken. Denn das eigentliche Ziel ist, unsere Gesellschaft so umzugestalten, dass sie inklusiver, zugänglicher wird und Teilhabe ohne Barrieren so weit wie möglich realisiert werden kann. Bislang richteten sich die entsprechenden Bemühungen vor allem auf bauliche Maßnahmen zum barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden, die Installation von Akustikschleifen zur Unterstützung von Schwerhörenden, auf barrierefreie Homepages und Formulierungen von Informationen in Leichter Sprache. Aktuell wird deutlich, dass es einer Hard- und Software bedarf, die auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bedien- und nutzbar ist. Zu denken wäre an barrierefreie Konferenzsysteme, barrierefreie Lehrmaterialien oder auch aufsuchende Telekommunikation.

In der Pandemie zeigt sich auch, wie wichtig auch verständliche Informationen sind. „R-Werte“ und „exponentielles Wachstum“ werden nicht leicht verstanden. Die Vermittlung der Entscheidungen und ihrer Begründungen, sodass alle sie verstehen können, ist eine zentrale Aufgabe der Politik. Es ist verständlich, dass in dem hektischen Ringen um Kompromisse häufig die Information der Betroffenen als nachrangige Aufgabe betrachtet wird. Der erschwerte Zugang zu Impfungen für Menschen aus Risikogruppen, welche nicht in einem Heim leben, die zusammenbrechenden Hotlines, die schwer auffindbaren Informationen im Internet auf der lokalen Ebene und vieles mehr machen deutlich, dass derzeit von barrierefreier Kommunikation vielerorts nicht die Rede sein kann. Exklusion findet aber gerade auch durch solche Barrieren statt.

Manche Gruppen besonders beeinträchtigt

Kinder, die bereits vor der Pandemie aufgrund ihrer Teilhabedefizite besondere schulische, Freizeit- oder Betreuungsangebote benötigten, treffen die derzeitigen Einschränkungen besonders hart. So fehlt z.B. bei Fernunterricht und bei drohendem Kontaktverlust in der Gruppe der Gleichaltrigen mögliche Unterstützung. In einer von der Baden-Württemberg-Stiftung geförderten Untersuchung zu Schulbegleitung sowie Unterstützung und Assistenz während der Corona-Krise wurde deutlich, dass viele Hilfen während des ersten Lockdowns nur aufgrund individueller Initiative teilweise fortgeführt wurden. In Kenntnis des Bedarfs der Kinder hielten Helferinnen und Helfer Kontakt zu den Betroffenen, Träger aber stellten entsprechende Angebote ein: Wenn Schule ausfalle, brauche es keine Unterstützung für den Schulbesuch, oder

wenn der Sportverein zumachen müsse, gäbe es auch keinen Grund für eine Hilfe, welche die Teilhabe an einem Freizeitangebot stärken solle.

Auch der erhebliche Unterstützungsbedarf zahlreicher Kinder und Jugendlicher wie auch von Erwachsenen mit Suchtproblemen, psychischen oder multiplen Beeinträchtigungen ist in der Regel in der nun fast ein Jahr andauernden Ausnahmesituation eher größer als kleiner geworden. Schon im Sommer 2020 zeigte sich in einer Studie der Universität Rostock mit Familien mit einem psychisch erkrankten Kind oder Elternteil, dass die Einschränkungen die psychisch erkrankten Kinder stärker im Bereich der außerschulischen Kontakte trafen. Was vorher als Ventil dienen konnte, etwa Freunde treffen oder Aktivitäten im Sportverein, war mit einem Mal nicht mehr möglich. Für die erkrankten Kinder war der Verlust an extern vorgegebener Tagesstruktur und Regeln aufgrund Homeschoolings problematisch. Wenn die Kinderbetreuung überdies die Erwerbsmöglichkeiten der Eltern beeinträchtigte, kam die Frage auf, was wohl schwerer wiege: der drohende Verlust des Arbeitsplatzes oder wiederholtes Schuljahr?

Erziehungspartnerschaften unterbrochen

Der Wegfall sozialer Unterstützung betrifft psychisch erkrankte Eltern insbesondere dann, wenn die Behandlungsbedürftigkeit ihrer Erkrankung und Schutzbedürftigkeit ihrer Kinder aufeinanderstoßen. Eltern mit psychischen Erkrankungen verfügten über weniger soziale Unterstützung, weshalb sie sich als extrem abhängig von institutioneller Unterstützung erwiesen. Hier besteht also ein doppelter Bedarf – für die Eltern und die Kinder. Durch die Pandemie ist dieser Bedarf erheblich gewachsen.

Genau diese Unterstützung fehlte aber wohl oft: Erziehungspartnerschaften zwischen Familien und Institutionen, wie sie vom Wissenschaftlichen Beirat in Familienfragen 2005 im Gutachten zu familialen Erziehungskompetenzen beschrieben wurden, sind vielerorts unterbrochen. Erst jetzt aber geraten Familien, welche ohnehin schon sehr viel für die Erziehung, Förderung und Unterstützung der Teilhabe ihrer Kinder leisten oder die eigene Probleme wie Suchterkrankungen oder psychische Störungen haben, zunehmend in existenzielle Krisen. Angebote der Selbsthilfe oder Eingliederungshilfe ermöglichen es ihnen normalerweise, ihren Kindern einen hinreichenden Rahmen zum Aufwachsen zu geben. Der essentielle Bereich der Selbsthilfe für Menschen mit Suchterkrankungen, für Betroffene sexueller Gewalt oder anderer Traumatisierungen, Angehörigengruppen etc. sind seit Beginn der Pandemie in ihrer Arbeit

extrem eingeschränkt, weil reale Treffen im vertraulichen Raum kaum möglich sind und virtuelle Angebote gerade bei diesen sensiblen Themen deutlich weniger angeboten und angenommen werden.

Zum Erreichen von Teilhabe braucht es Unterstützung

Die komplexe Rechtslage zur Erlangung von Hilfen und Unterstützung im deutschen Sozialrecht erscheint oft unüberwindlich. Im aktuellen Gesetzentwurf zur Reform des SGB VIII wird zur Überwindung dieser Barriere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf „Verfahrenslotsen“ gesetzt, die Betroffenen zumindest zeitweise beratend und koordinierend zur Seite stehen. Helfende, die bislang solche Familien unterstützt haben, sollten jetzt in der Pandemie spezifisch, z. B. durch eLearning-Angebote, dazu befähigt werden, eine solche Lotsenfunktion auch in Bezug auf Impfung und gesundheitliche Voraussetzungen der Teilhabe zu übernehmen, um individuell entstandene Rückstände und Barrieren im Rahmen einer Hilfeplanung zu thematisieren.

Als Gesellschaft müssen wir uns Gedanken machen, wie wir wichtige Reformprojekte, etwa die bessere Unterstützung von Familien mit psychisch kranken Elternteilen, gerade in dieser Situation vorantreiben. Denn in diesen Familien ist das Risiko, zurückgelassen zu werden, derzeit besonders hoch. Die in dieser Legislatur abgeschlossene ressortübergreifende Arbeitsgruppe KiPKE (Kinder psychisch kranker Eltern) hat Reformvorschläge formuliert: Bessere Präventionsangebote in den Lebenswelten von Familien und damit auch am Arbeitsplatz, Beratungsangebote für Kinder, langfristige Patenschaftsmodelle, aber auch systematische altersspezifische Unterstützungsangebote für betroffene Familien, sind heute relevanter denn je, da wir in vielen Bereichen durch Corona hinter die bisherige Ausgangssituation zurückgefallen sind.

Teilhaberisiken verwirklichen sich im Lebensverlauf vor allem beim Wechsel von alterstypischen Entwicklungsphasen, also in Schwellensituationen wie der Einschulung, dem Übergang in eine weiterführende Schule, der Transition ins Erwachsenenleben mit Eintritt in Berufsausbildung oder Arbeitsleben und auch der Familiengründung. In den zurückliegenden Jahren mit ihrer guten Wirtschaftslage haben zahlreiche Projekte auch jungen Menschen mit Beeinträchtigung einen guten Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. Initiativen mit Coachings und Aufklärung, z.B. durch den Senior Expert Service oder durch das Projekt „Alte Meister“ der Stiftung Achtung!Kinderseele, haben jungen Menschen diesen Übergang erleichtert.

Der Selektionsdruck wird stärker

In einer veränderten ökonomischen Situation wird der Selektionsdruck stärker und der Unterstützungsbedarf größer werden. Insofern ist ein Transitionsmanagement erforderlich, welches auch die sozialrechtlichen Zuständigkeitswechsel schnell und effektiv begleitet. Dies muss aber mit modernen digitalen Instrumenten geschehen und nicht wie bisher als papierbezogene Verwaltungspraxis, deren Begrenztheit aktuell von vielen Gesundheitsämtern vorgeführt wird. Während die Industrie mit Homeoffice den Digitalisierungsschub innerhalb von Monaten realisiert hat und Vorbehalte gegen diese Arbeitsform vielfach aufgegeben hat, fehlt eine vergleichbare Entwicklung im Bereich der familiennahen sozialen Dienstleistungen.

Hilfeplanung und -organisation darf aber in dieser Situation, in der die Umstände kompliziert sind, nicht noch länger brauchen. Es lohnt sich, in Modelle zu investieren, um das zu unterstützen und zu stärken, was viele Helfende von sich aus richtig gemacht haben, nämlich Beziehungen stark machen und Beziehungen aufrechterhalten trotz Pandemie, um den häufig Schwächsten Partizipation an dieser Gesellschaft zu erhalten.

Gerade in der Familie hat dies Auswirkungen auch auf die nicht direkt beeinträchtigten Familienmitglieder, da jetzt Eltern und Geschwister noch mehr kompensieren. Ein Weg, Teilhabe zu sichern, ist auch, dass der Bedarf der gesamten Familie und die spezielle schwierige Unterstützungsleistung verstärkt berücksichtigt werden. Da Faszilitation nur im Nähe-Verhältnis gelingen kann, sollte die Leistung in diesen Familien auch dadurch gewürdigt werden, dass diese und die sie unterstützenden Personen bei der Impfung priorisiert werden.

Bedarf gibt es eben nicht nur in sogenannten Behindertenheimen. Familien mit Angehörigen mit einer Behinderung müssen ebenso schnell wie möglich wieder offen für die Unterstützung durch Helferinnen und Helfer von außen werden. Digitale Überbrückung und die Aufrechterhaltung von Hilfebeziehungen trotz zeitweiligem Wegfall z.B. des realen Schulbesuchs müssen ebenso finanziert werden wie persönliche Kontakte. Im Gesundheitswesen ist dies z. B. durch die Umstellung auf Online-Sprechstunden und Online-Therapie sehr schnell möglich gewesen. Erfahrungen mit neuen hybriden Unterstützungsformen sollten auch in der sozialen Arbeit ausgewertet werden, damit wir von Best-Practice-Beispielen lernen.

14 Dazugehören und zusammenhalten

Jörg M. Fegert, Margarete Schuler-Harms und C. Katharina Spieß

Veröffentlicht in FAZ am 01.02.2021

Die Corona-Pandemie offenbart die Herausforderungen der Familienpolitik wie in einem Brennglas.

Seit dem Beginn der zweiten Welle der Corona-Pandemie findet die Lage von Familien Beachtung wie nie zuvor. Zum einen sind die vielen Herausforderungen, welche insbesondere die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung von Kitas und Schulen für Familien mit sich bringen, zu einem Thema der Politik geworden. Zum anderen erlebt der private Haushalt als eine Kernzelle auch und vor allem des familiären Zusammenlebens eine Renaissance. Auf die Wohnung konzentriert sich in der Pandemie vieles: Sie wird zum Ort von „Home-Kita“, „Home-Schooling“ und „Home-Care“ und auch zum Ort von „Home-Office“. Zugleich definiert der Umstand, mit wem wir in einem Haushalt zusammenleben, wem und in welchen Konstellationen wir jemandem physisch begegnen dürfen.

In vielen familienpolitischen Debatten wird, dem traditionellen Familienbild folgend, der private Haushalt mit der Kernfamilie als Gemeinschaft von Eltern und Kindern gleichgesetzt. Diese Fokussierung ist aus epidemiologischen Erwägungen heraus vermutlich sinnvoll. Darüber darf aber nicht aus dem Blick geraten, dass auch Kernfamilien heute in getrennten Haushalten leben können, zwischen denen minderjährige Kinder ihren Aufenthalt wechseln, und dass Bindungen und Verantwortungsbeziehungen weit über die Kernfamilie hinausreichen können. Gerade die hinter uns liegende Zeit um Weihnachten und Neujahr mit ihren Chancen auf Entschleunigung für die einen und Konflikte für die anderen hat dies noch einmal verdeutlicht.

Grundsätzlich ist die Familie im weiten, Kernfamilie und Privathaushalt übersteigenden Sinn für die Unterhaltssicherung und Sorgearbeit auf Erziehungs- und Sorgepartnerschaften sowohl zwischen den Generationen als auch mit Institutionen angewiesen. Bleibt die Kindertageseinrichtung beispielsweise wegen eines Streiks geschlossen oder das Grundschulkind wegen Krankheit zuhause, sind häufig die Großeltern gefragt. So gaben vor der Pandemie nahezu 40 Prozent der Eltern mit Kindern unter zehn Jahren an, dass im Notfall die

Großmutter bei der Betreuung der Kinder einspringt. Während der Pandemie haben sich Kontakte mit den Großeltern durch die Infektionsschutzmaßnahmen reduziert, und Großeltern stehen im Notfall womöglich nicht mehr zur Verfügung. Auch die Erziehungspartnerschaften getrenntlebender Eltern gestalten sich schwieriger. Die Familienhaushalte sind deshalb häufig auf sich selbst gestellt, und dies in einer Situation, in der auch noch der Ausfall von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten sowie die Schulaufgaben bewältigt werden müssen. In ähnlicher Weise ist die häusliche Pflege erschwert, die ebenfalls häufig durch Partner oder Partnerin und erwachsene Kinder geleistet wird. Herausforderungen, vor denen Familien ohnehin stehen, haben sich also vielfach verschärft, potenziert und werden auf einmal besonders sichtbar; und neue Herausforderungen kommen hinzu.

In Gestalt von Kommunen, Ländern und Bund erbringt der Staat seinen Teil der Verantwortungspartnerschaft. Dies geschieht durch Geldleistungen und Infrastrukturangebote sowie über gesetzliche Regelungen, die Familien unter anderem auch Zeit für Sorgearbeit ermöglichen. Aus unterschiedlichen familienwissenschaftlichen Perspektiven erweist sich dies als wichtig und grundsätzlich richtig, wie der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen in seinen Gutachten immer wieder betont. Familien leisten Erhebliches, nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für Gesellschaft und Wirtschaft; sie erbringen einen unerlässlichen Beitrag zur Herausbildung von Humanvermögen in Gegenwart und Zukunft sowie bei der Pflege von Angehörigen. Gerade gegenwärtig zeigt sich der besondere Wert der Familien. Sie ist ein unersetzliches Fundament des Gemeinwesens. Staatliche Investitionen in Familien – in der Sprache der Ökonomie – sind deshalb nicht nur gerecht, sondern auch notwendig für die Gesellschaft als Ganzes. Die gesellschafts-, wirtschafts- und staatstragende Funktion der Familien wird gerade in und durch die Corona-Pandemie sehr deutlich – ohne Familien geht es nicht.

Mit staatlicher Familienförderung wird Teilhabe gesichert. Der Ausschluss von Individuen oder ganzen Gruppen aus der Gesellschaft ist teuer; als Gemeinwesen haben wir uns außerdem auf unterschiedliche Teilhaberechte verständigt, etwa auf das Recht auf Bildung oder auf ein menschenwürdiges Leben. Diese Teilhaberechte im Sozialstaatsprinzip und in Grundrechten des Grundgesetzes und der Landesverfassungen verfasst.

Im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen verstehen wir Teilhabe der Familien(mitglieder) als Verwirklichungschance in der Gesellschaft. Teilhabe muss individuell und für alle verwirklicht und aufrechterhalten werden. Teilhabe ist deshalb kein Endpunkt und keine Momentaufnahme, sondern ein fortwährender Prozess. Sie muss auf der einen Seite von Familien erwünscht und angestrebt und auf der anderen Seite durch das Gemeinwesen ermöglicht werden. Gerade mit Blick auf Familien in belastenden Lebenslagen ermöglicht das Konzept der Teilhabe die Beschreibung von Barrieren ebenso wie die Möglichkeit zu ihrer Überwindung. In dieser Vorstellung von Teilhabe, die etwa auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verfolgt, wird aber auch deutlich, dass es nicht allein um Rahmenbedingungen geht, sondern auch um gesellschaftliche Einstellungen und Normen. Diese können in einer mittel- bis langfristigen Perspektive allerdings wiederum Ergebnis sich verändernder Rahmenbedingungen sein.

Auch unter den Bedingungen von Corona stellt sich die Frage nach den richtigen Strategien und Maßnahmen, mit denen Familien gefördert und gestützt werden können. Erhöhungen des Kindergeldes oder eine Senkung der Mehrwertsteuersätze kommen zwar grundsätzlich allen Familien zugute, werfen aber die altbekannte Frage auf, ob Familien nicht zielgerichteter gefördert werden sollten. Diese Frage stellt sich etwa für den Corona-Kinderbonus, auch wenn dieser als spezifische Maßnahme in der Pandemie im Gegensatz zum Eltern- und Kindergeld auch Familien tatsächlich zu Gute kommt, die „Hartz“-Leistungen nach dem SGB II beziehen. Pandemiebedingte Anpassungen beim Elterngeld, Kinderzuschlag und Kinderpflege-Krankengeld erfolgen zielgerichtet. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern ein Konjunkturpaket die richtigen Akzente setzt, welches insgesamt nur etwa acht von 130 Milliarden Euro explizit im Bereich Bildung und Familie ansiedelt. Teilhabe in Pandemiezeiten zu ermöglichen und Ausgrenzung zu verhindern bedarf vieler Maßnahmen, nicht nur im Rahmen der Familienpolitik des Bundes, sondern auch durch Länder und Gemeinden.

Seit langem wissen wir, dass zur Forderung und zur Förderung von Teilhabe jene familienpolitischen Maßnahmen erfolgreich sind, welche auf Infrastrukturangebote setzen. Eine umfassende, im Jahr 2018 abgeschlossene Evaluation familienpolitischer Leistungen Deutschlands hat dies abermals sehr deutlich belegt. So erwies sich die öffentliche Förderung der Kindertagesbetreuung als die einzige untersuchte familienpolitische Maßnahme, mit der alle gesetzten familienpolitischen Ziele der Politik effektiv und effizient erreicht werden. Oft

sind es die zielgerichteten infrastrukturellen Unterstützungsangebote, die Teilhabe erst ermöglichen und die individuelle Motivation zur Teilhabe aufrechterhalten. Wie unter einem Brennglas hat die Corona-Pandemie aber auch Innovationsrückstände und Veränderungsbedarf in unterschiedlichen Infrastrukturbereichen sichtbar werden lassen, welche für Familie und deren Teilhabe bedeutsam sind.

So ist es zum Beispiel auf dem Feld der Kindertagesbetreuung längst eine Binsenmaxime, dass der Fokus auf die Qualität der Angebote gelegt werden muss. Quantität reicht insbesondere bei der Betreuung der unter Dreijährigen nicht aus, um den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern gerecht zu werden. Dies gilt für alle Familien, vor allem aber für solche mit geringerer Bildung und solchen, in denen beide Eltern einen Migrationshintergrund haben: Diese sind selbst im quantitativen Sinne in ihrer Teilhabe – wiederum in den Worten der Ökonomie – sehr viel stärker rationiert als andere.

Bezeichnenderweise findet sich unter den zehn Handlungsfeldern, die der Bund im Rahmen des „Gute-KiTa-Gesetzes“ für den Ausbau der Qualität formuliert, keines, auf dem es um Digitalisierung ginge. Dabei besteht Bedarf an einem Digitalpaket Kita, aber nicht, damit die Kinder nun vor PCs geparkt werden sollen, sondern zur Erleichterung von Organisation, von Dokumentation, von Elternkontakten sowie von Fort- und Weiterbildung. Auch der jüngste Nationale Bildungsbericht sieht hier ein erhebliches Potential.

Über einige Auswirkungen des eingeschränkten Kita-Betriebs während der Pandemie wird öffentlich kaum diskutiert, und auf sie weist der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen immer wieder hin: Kindertageseinrichtungen für Familien nach einer Flucht nach Deutschland vielfach Orte des Anschlusses und der Teilhabe geworden. Diese Orte, oftmals die wichtigsten für ihre Integration, sind teilweise und zeitweise verschlossen. Gerade Familien mit Fluchthintergrund haben aber oft Kinder im Kita-Alter. Für sie ist der Besuch der Kindertageseinrichtung von elementarer Bedeutung. Es ist empirisch belegt, dass eine Einbindung in Betreuungseinrichtungen nicht nur die Sprachfähigkeit der Kinder verbessert, sondern auch die Integration der Mütter. Auch diese Gruppe von geflüchteten Familienmitgliedern hat vor der Pandemie ebenfalls nur wenig Beachtung gefunden. Geschlossene Kitas bedeuten für sie vielfach den Rückzug ins Private und verlangsamen bzw. unterbrechen den Integrationsprozess.

Auch wenn die Schule nicht originäre Angelegenheit der Familienpolitik ist, so zeigt sich in der Pandemie doch eines: Es muss rasch in eine zeitgemäße Ausstattung der Unterrichtsräume, in Hardware und vor allem Personal und damit in die Digitalisierung investiert werden. Lehrkräfte müssen durch zielgerichtete Maßnahmen in die Lage versetzt werden, in normalen Zeiten und auch unter neuen Erwartungshorizonten und Rahmenbedingungen mit digitalen Instrumenten und Techniken Beziehungen pädagogisch produktiv zu gestalten. Dies gilt auch für die ganztägige Betreuung von Grundschulkindern und damit für einen Sektor, auf dem sich Familienpolitik zuletzt vermehrt engagiert hat. Auch bei der ganztägigen Betreuung von Schulkindern hat Infrastruktur eine Integrationsfunktion – noch mehr als andere Gruppen identifizieren sich geflüchtete Jugendliche mit ihrer Schule. Soll eine ganztägige Betreuung von Schulkindern kurz- als auch langfristig Teilhabe von Kindern und Jugendlichen erhöhen, sind neben Investitionen in den Ausbau der Ganztagsbetreuung auch solche in deren Qualität essentiell.

Nicht nur auf diesem Feld, auch auf dem der Kindertageseinrichtungen und für die ambulante Pflege verdeutlicht die Pandemie: Fachkräfte sind systemrelevant! In den Kitas sind sie an der Entwicklung der Kinder beteiligt und leisten ihren Beitrag bei der frühen Bildung, bei Inklusion und Integration. Gleiches gilt für die Fachkräfte in der ambulanten und stationären Pflege. Eine alternde Gesellschaft, in der auch die Teilhabe pflegebedürftiger Menschen erhalten bleiben soll, benötigt sie dringend. Nach wie vor aber spiegelt sich die Relevanz dieser Professionen nicht in angemessener Entlohnung; eine bessere Bezahlung gehört deshalb spätestens nach der Pandemie auf die Agenda der Politik und der Sozialpartner.

Die Pandemielage offenbart auch die Bedeutung, die Erwerbstätigkeit und die Sicherung des Einkommens für die Familien haben. Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung und zur Pflege Angehöriger erhöhen, wie wir aus vielen empirischen Studien wissen, auch die Arbeitsmarkt-Teilnahme insbesondere von Frauen. Mit zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen steigen in Familien die Chancen für ein höheres Erwerbsvolumen, welches kurz- und langfristig zur wirtschaftlichen Stabilität von Familie beitragen kann. Außerdem verbessern sich Chancen dafür, dass auch bei Ausfall eines Einkommens noch Familieneinkommen erzielt werden kann – jedenfalls dann, wenn die erwerbsfähigen Mitglieder in unterschiedlichen Berufen tätig sind. In der Pandemie zeigt sich aber auch, wie zentral insbesondere eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit für Teilhabe sein kann. Frauen und insbesondere

Mütter sind häufig geringfügig beschäftigt. Geringfügig Beschäftigte haben aber in Pandemiezeiten keinen Anspruch auf Kurzarbeit – sie verlieren vielfach einfach ihren Job. Im Unterschied zu der letzten Wirtschaftskrise, der Finanzkrise der Jahre 2008/9, sind dieses Mal auch jene Sektoren von Arbeitslosigkeit betroffen, in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten. Dies trifft z.B. auf die Bereiche „Gastgewerbe“ sowie „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ zu.

Alleinerziehende Eltern, vorwiegend sind es Mütter, sind in der gegenwärtigen Lage vielfach vollkommen auf sich gestellt. Kontakte in unterstützenden Netzwerken können nicht genutzt werden, Infrastrukturangebote sind stark eingeschränkt. Aktuelle Forschungsergebnisse belegen, dass deren Wohlbefinden während des ersten Lockdowns besonders stark beeinträchtigt war. Alleinerziehende Eltern sollte die Familienpolitik während und nach der Pandemie ganz besonders im Blick haben.

Besonders stark betroffen sind auch Trennungsfamilien, in denen Kinder nicht mit beiden Eltern in einem Haushalt leben. In Deutschland dominiert nach Trennung und Scheidung rechtlich und tatsächlich das „Residenzmodell“, in dem das Kinder vorwiegend bei einem Elternteil lebt. Andere Eltern teilen sich die Betreuung im sogenannten Wechselmodell. Ganz gleich, wie die Familien die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder organisieren: Der Umgang mit dem andernorts lebenden Kind und die Organisation gemeinsamer Betreuung werden durch die infektionsschutzbedingten Kontaktbeschränkungen erheblich erschwert. Auch diese Familien erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Politik nicht nur in Pandemiezeiten: Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen ist dabei, Empfehlungen zur Erleichterung der gemeinsamen Erziehung und Betreuung von Kindern in getrennten Elternhaushalten zu formulieren.

Nicht zuletzt zeigt die demographische Entwicklung, dass der Anteil hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen weiterhin zunehmen wird. Damit steigt auch der Anteil derjenigen, die von ihren Angehörigen zu Hause betreut und gepflegt werden. Übernehmen die erwachsenen Kinder diese Aufgabe, so müssen vielfach auch sie Sorge- und Erwerbsarbeit miteinander in Einklang bringen. In der gegenwärtigen Pandemie-Situation stehen auch sie besonders unter Druck und sind von Kontaktbeschränkungen betroffen, wenn nicht isoliert.

Ob die Arbeitsform des Homeoffice, die in der Corona-Pandemie neue Verbreitung und Aufmerksamkeit findet, zur Auflösung dieser Spannung taugt, hängt – wie sich aktuell zeigt – von den Rahmenbedingungen ab. Für einige scheint Homeoffice eine gute Lösung zu sein – für andere offenbaren sich dabei gerade in der Pandemielage Schwierigkeiten und neue Fallstricke. Für wieder andere ist Homeoffice überhaupt nicht möglich. Bereits „vor Corona“ hatte sich die Bundesregierung darauf verständigt, ein Gesetz zum Arbeiten von zu Hause auf den Weg zu bringen. Der von dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales jüngst vorgelegte Entwurf mit dem Vorschlag eines Anspruchs auf 24 Tage im Jahr ist nach dem Urteil des Wissenschaftlichen Beirates angemessen auch in dem Sinn, dass Erfahrungen mit unterschiedlichen betrieblichen Rahmenbedingungen gesammelt werden können. Ein solcher Anspruch erfordert aber auch gesetzliche Regelungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, für den Datenschutz sowie für einen angemessenen Ausgleich zwischen den Informationsansprüchen der Arbeitgeber und dem Schutz der Privatsphäre der Beschäftigten. Auch darauf haben Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats verschiedentlich hingewiesen.

Vielfach muss in der gegenwärtigen Lage Erwerbsarbeit zugunsten von Familienarbeit unterbrochen oder eingeschränkt werden. Die aktuellen Erweiterungen der bezahlten Pflegezeiten für Kinder und pflegebedürftige Angehörige werden jedoch mit der Pandemie enden. Sie lenken aber den Blick auf die Bedeutung dauerhaft gesetzlich verankerter Familienzeiten zur Sorgearbeit für Kinder, pubertierende Jugendliche sowie Angehörige mit Behinderungen oder besonderem Pflegebedarf. Zugleich schreiben die aktuellen Maßnahmen aber auch eine Ungleichheit in der Finanzierung von Zeiten der Sorge für Kinder und der häuslichen Pflege fort.

Im Kontext der Pandemie kaum beachtet werden Angebote der Familienberatung und der Selbsthilfe für Familien oder einzelne Familienmitglieder. Frühe Hilfen für Familien, die von Anfang an mit Überforderung konfrontiert sind, Beratungsangebote für Familien in Konfliktsituationen, in Armuts- oder anderen Problemlagen sind für die zielgerichtete Unterstützung von Familien unerlässlich. Dies gilt für die Sorgearbeit mit Kindern und die Pflege von Angehörigen, die den Pflegenden nicht nur die Pflegeleistung abverlangt, sondern auch deren Koordinierung mit den Pflegekassen, Pflegediensten und sonstigen Einrichtungen und Netzwerken. Die (Teil-)Schließung vieler Familienberatungsstellen und Selbsthilfeangebote hat gezeigt und wird vermutlich in Zukunft noch deutlicher zeigen, wie

wichtig diese Angebote in Krisenzeiten gewesen wären beziehungsweise – sofern sie offen waren – gewesen sind. Hier muss weiter investiert werden, auch in die Digitalisierung.

Wie unter einem Brennglas hat sich während der Corona-Pandemie gezeigt, dass auch die Kinder- und Jugendhilfe einer Weiterentwicklung bedarf. Angebote können derzeit, oft aufgrund einer verschleppten Digitalisierung, kaum oder gar nicht an die Nachfragenden gelangen. Eine Digitalisierung von Verwaltungsabläufen, Dokumentationen und Kontaktformaten ist auch hier dringend notwendig. Geschlossene Jugendzentren, Freizeitaktivitäten, die nicht mehr angeboten werden, Jugendliche und Heranwachsende, die auf die Kernfamilie zurückgeworfen werden – all dies hätte sich bei einer weiter fortgeschrittenen Digitalisierung anders dargestellt. Auch ein Digitalpakt Jugendhilfe ist überfällig.

Eine Voraussetzung erfolgreicher Teilhabe sind Teilhaberechte, die als Verfahrensrechte festgelegt werden. In vielen Bereichen geht es dabei auch um die Partizipation von Familien als e-participation. Formate wie e-counseling oder Apps mit spezifischen Informationen für unterschiedliche familiäre Bedarfslagen sollten in Modellen erprobt und evaluiert werden. Sollte deren Wirkung wissenschaftlich belegt werden, könnten sie flächendeckend eingesetzt werden. Staatliche Familienleistungen müssen bekannt gemacht werden und niederschwellig digital von zu Hause aus beantragt werden können. Hier hat das Bundesfamilienministerium einiges getan, aber noch gibt es mehr zu tun.

Von immenser Bedeutung für den Prozess der Teilhabe sind aber nicht nur Informationen über den Anspruch auf Familienleistungen, sondern auch die Befähigung, diese Informationen zu verstehen und das eigene Handeln hierauf auszurichten. Zu bedenken ist weiterhin die Chance, mit spezifischen Belangen und Bedürfnissen Gehör zu finden. Informationen über Verfahrensrechte und Rechtsansprüche in den Sozialgesetzbüchern ab dem ersten Lebensjahr und entsprechende Zugänge sollten für Familien „common knowledge“ sein, was sie – so empirische Hinweise – bisher keinesfalls sind. Darüber hinaus muss es auch Informationsangebote darüber geben, wie die Förderung von Kinder und Jugendlichen oder die häusliche Pflege auch dort gelingen kann, wo die Rahmenbedingungen nicht optimal sind.

Alles in allem ist Familien im Rahmen der aktuellen Infektions- und der nachpandemischen Politik mehr Gehör zu geben und mehr Mitsprache zu sichern. Während starke Lobby-Organisationen der Wirtschaft von der Politik wahrgenommen werden, haben die Familien vor den jeweiligen Entscheidungen der Corona-Runden aus Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sowie der Kanzlerin keine Stimme. Die Familienministerin sollte reguläres Mitglied eines Krisenkabinetts sein, Krisenstäbe auf allen Ebenen bedürfen einer Vertretung der Belange von Familien.

Die SARS-CoV-2-Pandemie ist eine gewaltige Herausforderung für Familien und Familienpolitik. Gleichzeitig verbieten sich Schwarzmalereien wie die, dass verallgemeinernd von einer verlorenen Generation durch Corona-Folgen gesprochen wird. Sozial- und humanwissenschaftliche Befunde zeigen, dass moderate Belastungen (im Gegensatz zu toxischem Stress wie in Situationen häuslicher Gewalt, die durch die Pandemie verschärft sind) Resilienz steigern können. Die Pandemie wird für viele Familien eine Erfahrung sein, an der sie längerfristig wachsen, so herausfordernd das Alltagsmanagement auch täglich ist.

Die Schere zwischen jenen, die größere Nachteile erleiden, und jenen, die insgesamt ganz gut klarkommen, öffnet sich jedoch umso weiter, je länger die Krise andauert. Die große Aufgabe für eine zielgerichtete und nachhaltige Familienpolitik besteht darin, im Nachgang der Pandemie und unter Auswertung der in ihr gemachten Erfahrungen Teilhabechancen für *alle* Familien zu sichten und wo notwendig zu sichern. Das sollte in der hoffentlich bald möglichen Erleichterung über eine überstandene Krise nicht vergessen werden.

15 Autorenliste

Sabine Andresen	Goethe-Universität Frankfurt am Main, Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Miriam Beblo	Universität Hamburg, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Martin Bujard	Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Vera Clemens	Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ulm
Claudia Diehl	Universität Konstanz, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Martin Diewald	Universität Bielefeld, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Beate Ditzen	Universitätsklinikum Heidelberg
Heiner Fangerau	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Jörg M. Fegert	Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ulm, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Maria Griemert	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Kurt Hahlweg	TU Braunschweig, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Mathias Hübener	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin
Evelyn Korn	Philipps Universität Marburg, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Michael Kölch	Universitätsmedizin Rostock
Michaela Kreyenfeld	Hertie School Berlin, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen

Birgit Leyendecker	Ruhr-Universität Bochum, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Katja Nebe	Universität Halle-Wittenberg, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Notburga Ott	Ruhr-Universität Bochum, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Wolfgang Schröer	Universität Hildesheim, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Margarete Schuler-Harms	Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, stellv. Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
C. Katharina Spieß	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin, stellv. Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen
Sabine Walper	Deutsches Jugendinstitut in München, Ludwig-Maximilians-Universität München, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen